

Geschäftsberichte 2017

Konzern

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.

WGV-Versicherung AG

WGV-Lebensversicherung AG

WGV-Versicherungen auf einen Blick (EUR in TEUR)

	2017	2016	2015	2010	2000	1990
Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.						
Bruttobeitragseinnahme	331.756	323.096	314.687	265.502	242.524	161.315
Nettobeitragseinnahme	254.298	247.779	242.333	199.640	183.318	128.765
Nettoaufwendungen für Versicherungsfälle	186.224	198.676	178.473	177.373	157.115	96.656
Nettoaufwendungen für Beitragsrückerstattung	10.531	9.715	12.190	11.700	13.147	23.563
Eigenkapital zum 31.12.	535.121	517.179	504.985	467.522	264.771	68.387
Anzahl der Verträge	2.064.894	2.077.208	1.948.183	1.951.318	1.617.519	1.105.209
Anzahl der neu angemeldeten Schäden	116.911	117.680	117.173	123.240	117.911	86.480
WGV-Versicherung AG						
Bruttobeitragseinnahme	359.024	334.263	308.288	218.273	165.763	61.051
Nettobeitragseinnahme	311.044	289.639	265.343	183.403	126.150	38.993
Nettoaufwendungen für Versicherungsfälle	247.990	240.419	201.880	152.097	103.091	27.313
Eigenkapital zum 31.12.	150.000	130.000	504.985	116.236	76.063	14.313
Anzahl der Verträge	2.848.773	2.690.242	2.539.723	1.980.697	1.246.214	426.654
Anzahl der neu angemeldeten Schäden	166.879	162.065	153.843	139.618	96.666	35.851
WGV-Lebensversicherung AG						
Bruttobeitragseinnahme	43.213	44.903	44 385	42.917	21.562	–
Anzahl der Verträge	56.431	56.274	56 901	55.833	30.773	–
Versicherungssummen	4.370.507	4.283.503	4 209 261	3.490.382	1.364.153	–

Geschäftsberichte 2017

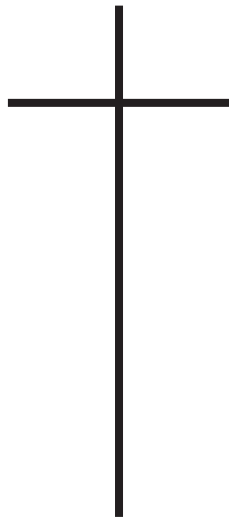
Konzern

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.

WGV-Versicherung AG

WGV-Lebensversicherung AG

**Wir gedenken ehrend und
dankbar unseres
Verstorbenen**



Mitglied des Vorstandes

Dietmar Berner, Esslingen

† am 03.07.2017 im Alter von 77 Jahren

Vorstandsmitglied von 1992 bis 2001

**Aufsichtsräte, Vorstände und
Belegschaft der wgv Gruppe**

Inhaltsverzeichnis

Konzernbericht

Konzern-Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017	8
Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017	18
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung 2017	20
Konzern-Anhang	23
Bestätigungsvermerk	35
Bericht des Aufsichtsrats.....	41

Bericht der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.

Organe	44
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017.....	45
Bilanz zum 31. Dezember 2017	52
Gewinn- und Verlustrechnung 2017.....	54
Anhang.....	56
Bestätigungsvermerk	67
Bericht des Aufsichtsrats.....	72

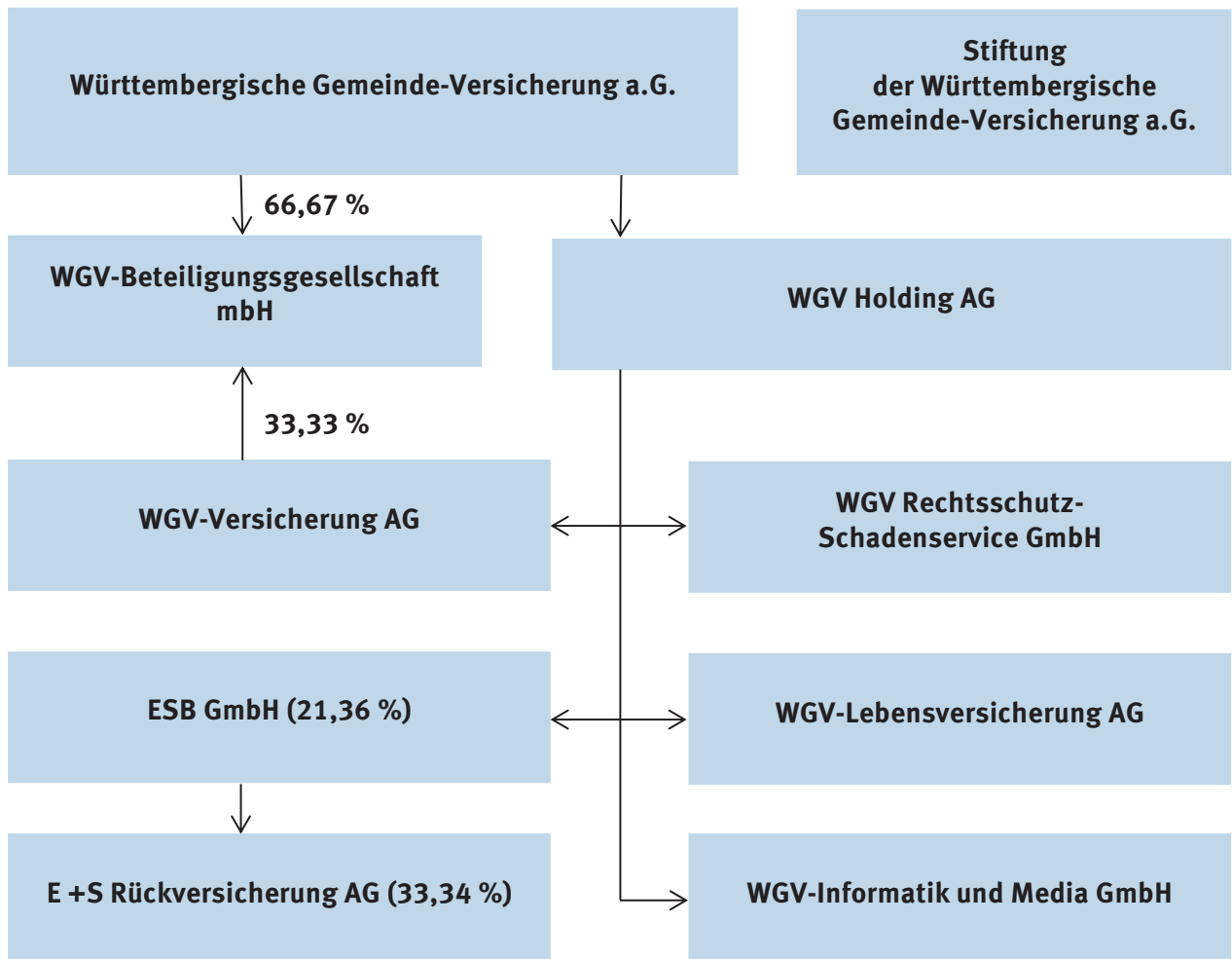
Bericht der WGV-Versicherung AG

Organe	74
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017.....	75
Bilanz zum 31. Dezember 2017	82
Gewinn- und Verlustrechnung 2017.....	84
Anhang.....	86
Bestätigungsvermerk	96
Bericht des Aufsichtsrats.....	100

Bericht der WGV-Lebensversicherung AG

Organe	102
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017.....	103
Bilanz zum 31. Dezember 2017	112
Gewinn- und Verlustrechnung 2017.....	114
Anhang.....	116
Bestätigungsvermerk	131
Bericht des Aufsichtsrats.....	136

WGJV Versicherungen



Konzernbericht 2017

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.

Tübinger Straße 55, 70178 Stuttgart

www.wgv.de

Konzern-Lagebericht

Geschäftsgebiet

Geschäftsgebiet ist die Bundesrepublik Deutschland.

Allgemeines

Die wgv Gruppe besteht aus den Unternehmen

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.,
WGV-Versicherung AG,
WGV-Lebensversicherung AG,
WGV Rechtsschutz-Schadenservice GmbH,
WGV-Informatik und Media GmbH,
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH,
alle mit Sitz in Stuttgart sowie
WGV Holding AG, Ravensburg

Sie bilden einen Konzern gemäß § 18 des Aktiengesetzes. Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. hat als Obergesellschaft nach § 341 i Abs. 1 HGB einen Konzernabschluss und Konzernlagebericht zu erstellen, in den die genannten Unternehmen einbezogen sind.

Betriebene Versicherungsbranche und -arten im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Lebensversicherung

Krankenversicherung

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Kraftfahrtversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
Fahrzeugvollversicherung
Fahrzeugteilversicherung

Rechtsschutzversicherung

Feuer- und Sachversicherung

Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Wohngebäudeversicherung
Sonstige Sachversicherung
Glasversicherung
Feuerversicherung
Sonstige Sachversicherung
Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
Leitungswasserversicherung
Technische Versicherungen
Sonstige Sachschadenversicherungen

Beistandsleistungsversicherung

Transportversicherung

Sonstige Versicherungen

Betriebene Versicherungsbranche und -arten im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Feuer- und Sachversicherung

Feuerversicherung
Leitungswasserversicherung
Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Gebäudeversicherung

Vertrauensschadenversicherung

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich in 2017 weiter beschleunigt und verfestigt. Im ersten Halbjahr 2017 haben sowohl der Konsum, die Investitionen als auch der Außenhandel zum Wachstum beigetragen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren konnte das Tempo nochmals erhöht werden. Im Jahr 2016 war das BIP bereits deutlich um 1,9 % und 2015 um 1,7 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,3 % lag. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2017 von rund 44,3 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Damit wurde die höchste Zahl an Erwerbstätigen seit der Wiedervereinigung erreicht. Der seit 12 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit setzte sich 2017 dynamisch fort. Mit einem Plus von 638.000 Personen oder 1,5 % gegenüber dem Vorjahr gab es die stärkste Zunahme seit dem Jahr 2007 (+ 690.000 Personen oder + 1,7 %). Im Jahresdurchschnitt 2017 betrug die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen nach Definition des Sozialgesetzbuches (SGB) rund 2,5 Millionen. Das waren 158.000 weniger (-5,9 %) als im Vorjahr. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank von 6,1 % im Jahr 2016 auf 5,7 % im Jahr 2017.

Der Zinssatz für 3-monatige Termingelder in Euro im Interbankengeschäft (3-Monats-Euribor) blieb im Jahresverlauf nahezu stabil mit einem nur geringen Rückgang von -0,32 % auf -0,33 %. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg im Jahresverlauf von 0,21 % auf 0,43 %, dies jedoch unter erheblichen Schwankungen. So lag die Rendite im Tief bei 0,15 %, um danach auf 0,60 % zu steigen. Die Volatilität an den Aktienmärkten ging trotz der weiterhin unsicheren Situation zum beschlossenen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, den Spannungen in Katalonien und den Differenzen zwischen Nordkorea und den USA deutlich zurück. Im Kalenderjahr 2017 stieg der Eurostoxx50-Performance-Index im Jahresverlauf um 9,2 %, der Deutsche Aktien-Index DAX konnte um 12,5 % zulegen.

Der Anstieg der Weltproduktion, gerechnet auf Basis von Kaufkraftparitäten, wird sich nach Einschätzungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft von 3,8 % in 2017 auf 3,9 % in 2018 erhöhen und sich 2019 leicht auf 3,6 % abschwächen. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften steigt die Produktion in den kommenden beiden Jahren weiter kräftig. Vor dem Hintergrund einer nur langsamen Straffung der expansiven Geldpolitik, zunehmender Anregungen von Seiten der Finanzpolitik und einer wieder kräftiger steigenden Nachfrage in den Entwicklungs- und Schwellenländern erwartet das ifw Kiel, dass der Produktionsanstieg in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den kommenden beiden Jahren kaum an Fahrt verliert. In Deutschland stellt die schleppende Regierungsbildung auf Bundesebene kein

bedeutsames Konjunkturrisiko dar. Für 2018 wird preisbereinigt abermals mit einem sehr kräftigen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,5 % gerechnet.

Die deutschen Schaden- und Unfallversicherer verzeichneten nach vorläufiger Rechnung im Geschäftsjahr 2017 ein gutes versicherungstechnisches Gesamtergebnis. Nach aktuellen Hochrechnungen stiegen die gebuchten Bruttobeiträge 2017 um 2,9 % auf 68,2 Mrd. €. Der Aufwand für Geschäftsjahresschäden stieg um 3,2 % auf 50,8 Mrd. €. Die Schaden-Kostenquote lag mit 95,0 % auf dem Niveau des Vorjahres. In der Kraftfahrtversicherung wird für 2017 ein Beitragsanstieg von 4,1 % auf 27,0 Mrd. € erwartet; bei einem leichten Anstieg der Schaden-Kosten-Quoten wird sowohl in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung als auch in den Kasko-Sparten ein ausgeglichenes bis leicht positives Ergebnis erwartet.

Für das laufende Geschäftsjahr werden weiter verhaltene Wachstumsaussichten gesehen.

Nach Angaben des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) sanken die Beitragseinnahmen in der Lebensversicherung leicht um 0,2 % auf 86,52 Mrd. €. Versicherungen gegen Einmalbeitrag verzeichnen einen Rückgang um 0,3 % auf 24,95 Mrd. €. Die Beitragseinnahmen aus Versicherungen mit laufender Beitragszahlung verringerten sich um 0,2 %. Für das 2018 wird für die Lebensversicherung mit einem leichten Rückgang der Beitragseinnahmen gerechnet.

Versicherungsgeschäft Schaden- und Unfallversicherung insgesamt

Das Geschäftsjahr 2017 ist durch wachsende Bestände, steigende Beitragseinnahmen und zufriedenstellende Brutto-Schadenverläufe gekennzeichnet. Die verdienten Nettobeiträge stiegen um 27.802 T€ (5,2 %) auf 565.087 T€, die Netto-Schadenaufwendungen verringerten sich um 4.881 T€ (1,1 %) auf 434.214 T€.

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft insgesamt

Die folgenden Angaben betreffen, sofern nicht anders angegeben, das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft brutto. Die Bestandszahlen des Vorjahres wurden aufgrund einer geänderten Zählweise angepasst.

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft bestanden am Bilanzstichtag 4.979.492 Versicherungsverträge; dies waren 146.135 Verträge oder 3,0 % mehr als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt. Die gebuchten Beiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 32.517 T€ oder 5,1 % auf 665.479 T€ erhöht. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle reduzierten sich um 3,8 % auf 481.390 T€, was im Wesentlichen auf eine geringere Elementarschadenbelastung sowie ein steigendes Abwicklungsergebnis zurückzuführen war.

Die Aufwendungen des Versicherungsbetriebs für das selbst abgeschlossene Geschäft lagen bei 64.360 T€ (Vorjahr 65.462 T€). Die Kostenquote betrug 9,7 % (Vorjahr 10,3 %). Netto, das heißt nach Abzug der Rückversicherungsprovisionen, verblieb ein Kostensatz von 8,1 % (Vorjahr 8,9 %). Durch diese im Verhältnis zu

anderen Unternehmen sehr niedrige Kostenbelastung können wir unseren Mitgliedern bzw. Versicherungsnehmern gerade auch im Vergleich zu anderen Versicherungsgesellschaften weiterhin äußerst günstige Tarife bieten.

Aus dem im Geschäftsjahr 2017 erzielten versicherungstechnischen Überschuss konnten 10.270 T€ den Rückstellungen für die erfolgsabhängige Beitragsrück-
erstattung zugeführt werden.

Versicherungsgeschäft im Einzelnen

	Bestandsentwicklung *		gebuchte Bruttobeiträge		Schaden-Kostenquote	
	Anzahl Verträge	Veränderung zum VJ	T€	Veränderung zum VJ	%	Veränderung zum VJ in %-Pkt
Schaden- und Unfallversicherung						
Gesamtgeschäft	4.979.492	3,0 %	690.780	5,1 %	82,2 %	-6,8
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	4.979.492	3,0 %	665.479	5,1 %	82,0 %	-7,4
Unfall	239.215	0,6 %	17.509	0,7 %	54,5 %	7,3
Allgemeine Haftpflicht	675.006	-0,2 %	61.280	2,5 %	66,9 %	-0,9
Kraftfahrt gesamt	2.489.231	4,9 %	409.754	6,1 %	95,1 %	-3,3
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	1.477.175	5,3 %	237.896	6,5 %	93,0 %	-6,3
Sonstige Kraftfahrt	1.012.056	4,2 %	171.858	5,7 %	98,0 %	0,7
Feuer	1.200	-2,2 %	781	2,3 %	5,9 %	-7,0
Verbundene Hausrat	349.605	0,6 %	23.289	2,1 %	45,9 %	0,0
Verbundene Wohngebäude	174.767	2,3 %	40.603	7,5 %	54,7 %	-13,6
Einbruchdiebstahl	435	-6,3 %	200	-1,3 %	18,3 %	-0,2
Leitungswasser	1.425	-28,6 %	920	-29,0 %	117,1 %	16,1
Glas	132.947	1,2 %	4.927	2,1 %	86,1 %	21,3
Technische Versicherung	5.378	9,4 %	9.157	5,6 %	28,4 %	1,7
Sonstige Schadenversicherung	4.946	-3,7 %	2.288	0,9 %	47,4 %	8,4
Sonstige Versicherungen gesamt	85.071	2,1 %	45.512	3,5 %	40,9 %	-52,4
Betriebsunterbrechung	484	-2,4 %	1.052	9,0 %	26,5 %	2,9
Inhaltsversicherung	2.094	2,5 %	7.449	3,9 %	39,7 %	-63,6
Vertrauensschadenversicherung	1.981	0,8 %	9.690	0,9 %	69,4 %	-29,1
Verbundene Gebäudeversicherung von Körperschaften	79.368	2,1 %	24.076	0,8 %	31,1 %	-62,5
Rechtsschutz	459.061	1,3 %	44.493	4,0 %	90,7 %	-18,5
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft gesamt			25.301	3,7 %	87,5 %	8,4
Lebensversicherung						
Gesamtgeschäft	56.431	0,3 %	43.213	-3,8 %		

* Die Vorjahreszahl wurde aufgrund einer geänderten Zählweise angepasst.

Bestand und Beitragseinnahme

In der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung konnte der Vertragsbestand um 5,3 % (74.616 Verträge) weiter ausgebaut werden. Die Beitragseinnahmen stiegen dabei um 6,5 % (14.481 T€).

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung konnten Bestand (4,2 %) und Beitrag (5,7 %) weiter ausgebaut werden.

In der Entwicklung der Bestände und Beiträge in den Haftpflicht-, Unfall-, Sach- und Rechtsschutzversicherungen sind die weiterhin erfreulichen Entwicklungen in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung mit einem Bestandswachstum von 2,3 % (3.872 Verträge) und mit einem Beitragswachstum von 2.828 T€ (7,5 %) sowie in der Rechtsschutzversicherung (Beitragswachstum 4,0 %) hervorzuheben.

Schaden und Kosten

Das Abwicklungsergebnis der Vorjahre verbesserte sich insgesamt um 18,8 % (16.966 T€) auf 107.233 T€. Ursächlich hierfür waren vor allem steigende Abwicklungsergebnisse in der Kraftfahrzeug-Haftpflicht-

versicherung und, basierend auf Einmaleffekten, in der Verbundenen Gebäudeversicherung von Körperschaften.

Die Schaden-Kostenquote insgesamt lag mit 82,0 % um 7,4 %-Punkte unter dem Vorjahresniveau.

Schadenseitig verbesserte sich die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung im Vergleich zum Vorjahr, die Brutto-Schadenaufwendungen sanken bei deutlich steigenden Beständen auf 197.373 T€ (Vorjahr 198.977 T€). Es ergab sich mit 8.407 T€ erneut ein hoher Zuführungsbedarf zur Schwankungsrückstellung.

Erfreulich verlief die Entwicklung der Schadenquote in der Rechtsschutzversicherung. Die Geschäftsjahres-schadenquote verringerte sich auf 90,9 % (Vorjahr 106,2 %), aus der Abwicklung der Vorjahresschäden ergab sich ein Abwicklungsgewinn in Höhe von 4.408 T€ (Vorjahr 3.518 T€). Der Schwankungsrückstellung mussten 3.709 T€ zugeführt werden.

Während sich in der Sonstigen Kraftfahrtversicherung Belastungen durch mehrere kleinere bis mittelgroße Hagelunwetter ergaben, lag die Elementarschadenbe-

lastung in den Sachversicherungen deutlich unter dem Vorjahr. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich eine deutliche höhere Zuführung zur Schwankungsrückstellung.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Im übernommenen Versicherungsgeschäft wurden Risiken in der Unfall-, Haftpflicht-, Kraftfahrt-, Leitungswasser-, Verbundenen Hausrat-, Verbundenen Gebäude-, Vertrauensschaden- und Sonstige Versicherungen in Rückdeckung genommen. Die verdienten Brutto-Beiträge lagen im Berichtsjahr bei 25.324 T€ (+3,9 %). Der Netto-Schadenaufwand stieg um 2.503 T€ auf 13.672 T€.

Nach Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 284 T€ ergab sich insgesamt ein Gewinn von 2.492 T€ (Vorjahr 2.458 T€).

Versicherungsgeschäft Lebensversicherung Neugeschäft

Im Berichtsjahr 2017 wurden 2.944 Versicherungsscheine (Vorjahr 2.560) mit einer Versicherungssumme von 262.256 T€ eingelöst. Der laufende Beitrag der eingelösten Versicherungsscheine betrug 1.647 T€ (Vorjahr 1.562 T€). Der eingelöste Einmalbeitrag belief sich auf 1.695 T€ (Vorjahr 3.189 T€).

Bei den Kapitalversicherungen betrug die Versicherungssumme 2.329 T€ bei 424 eingelösten Versicherungsscheinen. In den Risikoversicherungen wurden 1.720 Verträge mit einer Versicherungssumme von 254.780 T€ eingelöst. Die 12-fache Jahresrente belief sich bei Rentenversicherungen auf 5.147 T€ bei 800 eingelösten Versicherungsscheinen.

Die Beitragssumme des gesamten Neugeschäfts belief sich auf 47.244 T€ (Vorjahr 47.151 T€).

Beiträge

Im Geschäftsjahr 2017 beliefen sich die gebuchten Bruttobeiträge auf 43.213 T€. Bei leicht sinkenden laufenden Beitragszahlungen und einer Abnahme der Einmalbeiträge ergab sich insgesamt ein Beitragsrückgang um 3,8 %.

Kapitalanlagen und Kapitalanlageergebnis

Der Bestand an Kapitalanlagen betrug am Bilanzstichtag 2.614.429 T€. Er lag um 3,7 % höher als im Vorjahr. Die konsolidierten Kapitalerträge beliefen sich auf 100.474 T€ (Vorjahr 83.605 T€), davon entfielen 22.343 T€ (Vorjahr 24.082 T€) auf die Lebensversicherung (ohne fondsgebundene). Die Netto-Verzinsung der Kapitalanlagen des Konzerns lag im Berichtsjahr bei 2,8 %. Unter Schwankungen gingen die erzielbaren Renditen bei Neuanlagen durch die Entwicklung der Kapitalmärkte nochmals zurück. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen stiegen um 9.319 T€ auf 28.896 T€. Die darin enthaltenen Abschreibungen betragen 23.013 T€ (Vorjahr 11.105 T€). Der Ertragssaldo aus den Kapitalanlagen betrug in 2017 vor technischem Zinsertrag 71.578 T€ (Vorjahr 64.027 T€). Der darin enthaltene Ertragssaldo der Lebensversicherung ohne nicht realisierte Gewinne und Verluste der Fondsgebundenen Lebensversicherung betrug 21.838 T€ (Vorjahr 23.083 T€).

Die Liquiditätsplanung erfolgt auf Ebene der Einzelgesellschaften.

Der Liquiditätsbedarf wird aus dem laufenden Versicherungsgeschäft sowie ggf. den Einschusspflichten der Rückversicherer gedeckt. Die Liquiditätsplanung ist zentraler Bestandteil der Anlageplanung.

Jahresergebnis

Nach Aufwendungen für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung von 10.270 T€ und einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 38.024 T€ (Vorjahr 11.822 T€), schloss das selbst abgeschlossene Geschäft in der Schaden- und Unfallversicherung mit einem Gewinn für eigene Rechnung von 28.440 T€ (Vorjahr 19.143 T€) und das übernommene Geschäft mit einem Gewinn von 2.492 T€ (Vorjahr 2.458 T€) ab.

In der Lebensversicherung schloss das Geschäftsjahr 2017 mit einem Jahresüberschuss von 1.500 T€ (Vorjahr 1.500 T€).

Das Ergebnis aus Kapitalanlagen betrug 46.669 T€ (Vorjahr 38.014 T€).

Bei der Saldierung der übrigen Erträge und Aufwendungen ergab sich ein Saldo von -5.663 T€ (Vorjahr -979 T€), so dass sich als Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit ein Gewinn von 73.578 T€ (Vorjahr 60.909 T€) errechnete. Nach einem Steueraufwand von 25.498 T€ (Vorjahr 17.675 T€) ergab sich ein Jahresüberschuss von 48.080 T€ (Vorjahr 43.234 T€).

Risikobericht

Das Risikofrüherkennungssystem dient der frühzeitigen Identifikation von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben oder den Bestand des Konzerns sowie der Einzelunternehmen gefährden könnten.

Die Risikostrategie findet ihre Konkretisierung im Risiko-Management-Handbuch. Anhand einer regelmäßigen Risikoinventur werden die grundsätzlich in allen Unternehmen, Unternehmensteilen und -prozessen möglichen Risiken systematisch identifiziert, analysiert, auf Gruppenebene aggregiert und bewertet. Die Bewertung der Risiken durch das zentrale Risikomanagement wird hierbei durch Risikoverantwortliche aus den Fachbereichen unterstützt. Durch monatliche Ist-Abschlüsse in Kapitalanlage und Versicherungstechnik werden bilanzielle Effekte frühzeitig in den Steuerungs- und Risikofrüherkennungsprozess mit einbezogen.

Aufsichtsrat und Vorstand werden regelmäßig über die Risikosituation des Konzerns informiert.

Schaden- und Unfallversicherung

Das Prämien-/Schadenrisiko wird im Rahmen des laufenden Berichtswesens permanent überwacht, risikomindernde Annahmerichtlinien sowie eine laufende risikoadäquate Gestaltung der Tariflandschaft dienen der frühzeitigen Identifikation und Nichtannahme erkennbar schlechter Risiken.

Die Angemessenheit der Schadenreserven wird durch die Schadenabteilungen auf Basis der Einzelschäden permanent überwacht, turnusmäßig erfolgt zudem eine

Analyse der Schadenreserven mithilfe mathematischer Verfahren.

Rückversicherungsschutz

Die Risiken aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft – insbesondere Großrisiken aus Elementarschadenereignissen oder Risiken aus den Haftpflichtsparten – sind unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen rückgedeckt. Die Zession erfolgt dabei jeweils an mehrere Rückversicherer mit erstklassigen Ratings.

Schadenquoten und Abwicklungsergebnisse

Die Schadenquote und die Abwicklungsergebnisse der letzten 10 Jahre stellen sich folgendermaßen dar:

Jahr	Bilanzielle Schadenquote netto in %	Abwicklungsergebnisquote netto in %
2008	85,0	10,0
2009	83,2	9,5
2010	85,9	7,8
2011	83,0	9,9
2012	83,9	8,8
2013	109,4	10,1
2014	79,1	6,1
2015	74,9	9,7
2016	81,7	9,9
2017	76,8	10,6

Bereinigt man das Jahr 2013 um den Hagelsturm Andreas ergibt sich eine Netto-Schadenquote von 86,3%.

Lebensversicherung

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken eines Lebensversicherungsunternehmens bestehen insbesondere aus den biometrischen Risiken, dem Stornorisiko und dem Zinsgarantierisiko.

Die versicherungstechnischen Risiken sind durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen rückgedeckt. Die Zession erfolgt dabei nur an Rückversicherer mit erstklassigen Ratings.

Biometrische Risiken

Biometrische Risiken beschreiben die Gefahr, dass sich die Rechnungsgrundlagen der Tarife – etwa die Sterbe- oder Invalidisierungswahrscheinlichkeiten – im Laufe der Zeit signifikant verändern. Bei der WGV-Lebensversicherung AG wird der Verlauf des Risikos ständig beobachtet. Dies gilt auch im Hinblick auf die im Neugeschäft ab dem 01.01.2013 geltenden Unisex-Tarife. Änderungen der biometrischen Rechnungsgrundlagen werden bei der jährlichen Deklaration der Überschussanteilsätze berücksichtigt. Die zur Berechnung der Deckungsrückstellungen verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen werden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) als ausreichend angesehen. Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung zum 31.12.2017 wurden zum Beispiel für den Bestand an Rentenversicherungen die aktuellen Anforderungen der DAV und der BaFin berücksichtigt. Für einzelne Teilbestände wurden Auffüllungen der Deckungsrück-

stellungen derart vorgenommen, dass aktuellere Ausscheidereihenfolgen Anwendung gefunden haben. Derzeit ergibt sich kein Anlass, die Sicherheit der Rechnungsgrundlagen in Zweifel zu ziehen. Eine detaillierte Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden befindet sich im Anhang des Geschäftsberichts. Das Zufallsrisiko durch hohe Versicherungsleistungen einzelner versicherter Risiken wird durch eine entsprechende Annahmepolitik und durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen begrenzt.

Stornorisiko

Das Stornorisiko besteht darin, dass unerwartet viele Versicherungsnehmer ihre Verträge vorzeitig beenden und im Extremfall Kapitalanlagen zu ungünstigen Bedingungen verkauft werden müssen. Bei Kapital- und Rentenversicherungen fließen Stornowahrscheinlichkeiten in die Berechnung der Zinszusatzreserve mit ein. Ansonsten werden bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen keine Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Die Deckungsrückstellungen sind mindestens so hoch wie die Rückkaufwerte. In Bezug auf die aktivierten, noch nicht fälligen Ansprüche an Versicherungsnehmer aus gezielten Tarifen wird dem Stornorisiko durch angemessene Wertberichtigungen begegnet. Schwankungen im Stornoverhalten haben nur geringen Einfluss auf das Geschäftsergebnis.

Zinsgarantierisiko

Die Gefahr, dass aus den vorhandenen Kapitalanlagen aufgrund extremer Kapitalmarktentwicklungen die garantierte Mindestverzinsung für die Versicherungsnehmer nicht dauerhaft erwirtschaftet werden kann, stellt das Zinsgarantierisiko dar. Die Kapitalanlagen bestehen zum ganz überwiegenden Teil aus Papieren mit Zinscharakter. Die Verzinsung des Bestandes an Zinstiteln liegt derzeit um ca. einen Prozentpunkt über dem durchschnittlichen bilanziellen Rechnungszins des Bestandes. Angesichts des aktuell sehr niedrigen Zinsniveaus wird die Marktentwicklung aufmerksam beobachtet. Muss die Neuanlage künftig dauerhaft in einem Niedrigzinsumfeld erfolgen, erhöht sich das Garantierisiko erheblich. Für Bestände mit einem Garantiezins von 2,25 %, 2,75 %, 3,25 %, 3,5 % und 4 % wurde im Geschäftsjahr 2017 eine Zinszusatzreserve gestellt. Die Verpflichtung dazu ergibt sich aus § 341 f. Abs. 2 HGB i.V.m. § 5 Abs. 3 der Deckungsrückstellungsverordnung bzw. aus einem genehmigten Geschäftsplan. Die Zinszusatzreserve ist Teil der Deckungsrückstellung. Der Berechnung der Zinszusatzreserve lag bei Verträgen, die ab dem 01.01.1995 abgeschlossen wurden, ein Referenzzins von 2,21 % zugrunde. Bei Verträgen, die vor diesem Termin abgeschlossen wurden richtete sich der Zinssatz nach dem Geschäftsplan. Im Geschäftsjahr 2017 betrug der Aufwand für die Zinszusatzreserve 10.980 T€ oder 2,54 % der gesamten Deckungsrückstellung. Für das Folgejahr wird ein nochmals höherer Aufwand erwartet, falls die Deckungsrückstellungsverordnung vom Gesetzgeber nicht geändert wird. Der Rechnungszins in Höhe von 0,9 % für das Neugeschäft seit dem 01.01.2017 wirkt mittel- bis langfristig risikomindernd.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Im selbst abgeschlossenen Schaden- und Unfall- sowie Lebensversicherungsgeschäft waren zum Bilanzstichtag Forderungen mit einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen in einer Höhe von 0,2 % der gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres zu verzeichnen. Die durchschnittliche Forderungsausfallquote der vergangenen 3 Jahre lag unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge. Bei den Forderungen gegen Versicherungsvertreter sowie gegen Rückversicherer kam es zu keinerlei nennenswerten Zahlungsverzögerungen oder -ausfällen. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft war daher insgesamt als unbedeutend zu betrachten.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebereich waren bei jeder Entscheidung die Anlagegrundsätze des § 124 VAG Grundlage des Handelns, wonach das Vermögen unter Berücksichtigung des Versicherungsgeschäfts und der Unternehmensstruktur so angelegt wird, dass möglichst große Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität erreicht wird. Weitere Risikominimierungen werden durch Mischungs- und Streuungsentscheidungen nach Anlagearten, Emittenten und Regionen erzielt.

Anlagerichtlinien, Mandate und Überwachung

Die Steuerung und Überwachung des Anlagemanagements erfolgt durch Anlagerichtlinien, laufende Berichterstattung und periodische Anlagesitzungen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig unterrichtet. Bei der Vergabe von externen Mandaten für Spezialfonds wird die Anlagepolitik durch Festlegung eines Fondsprofils und durch Vorgabe von Anlagegrundsätzen und Zielvorgaben laufend gesteuert und durch regelmäßige Berichterstattung und Anlageausschusssitzungen überwacht.

Marktpreisrisiken

Die festverzinslichen Wertpapiere sind Hauptbestandteil des Kapitalanlagenbestandes. Dem Risiko aus Zinsänderungen wird durch Laufzeitmanagement begegnet. Die Bestände lauten, bis auf geringe Beimischungen, auf Euro, so dass Währungsrisiken nicht gegeben sind. Die nachfolgende Szenarioanalyse zum 31.12.2017 umfasst sowohl direkt als auch über Fonds gehaltene Aktien und festverzinsliche Wertpapiere. Bei den festverzinslichen Wertpapieren werden auch die im Anlagevermögen gehaltenen Papiere berücksichtigt, nicht aber Namenspapiere oder Schuldscheindarlehen.

Anlageklasse	Szenario	Marktwert- änderung
Aktien	Aktienkurse – 20 %	–28.814 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditeanstieg + 1 %	–23.575 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditerückgang – 1 %	25.096 T€

Bonitätsrisiken

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand waren 55,6 % von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Namensschuldverschreibungen und Darlehen enthalten, für die eine besondere Deckungsmasse besteht, eine Einlagensicherung, Institutsgarantie oder Gewährträgerhaftung gegeben war oder die von öffentlichen Haushalten gegeben wurden. Bei den restlichen Kapitalanlagebeständen handelt es sich in erster Linie um Genussscheine und nachrangige Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten und um Unternehmensanleihen, die im sogenannten Investment Grade-Rating eingestuft waren. Die in Spezialfonds gehaltenen Renten waren zu über 92,0 % im Investment Grade-Rating eingestuft.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Banken im Kapitalanlagebestand lag nach Buchwerten bei 52,6 %. Es unterlagen davon 53,8 % einer Sicherungseinrichtung bzw. es waren 34,1 % mit einer besonderen Deckungsmasse hinterlegt. Das Durchschnittsrating verzinslicher Wertpapiere im Gesamtbestand war im oberen Investment Grade-Bereich angesiedelt.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Staaten im Kapitalanlagenbestand lag bei 6,8 %. Der Anteil an Kapitalanlagen in den EWU-Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland) lag bei 1,9 % der Kapitalanlagen, zum Bilanzstichtag bestanden keine stillen Lasten.

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand befinden sich keine Kapitalanlagen in britischen Pfund. Beimischungen in Aktien, Beteiligungen oder Investmentanteilen sind in geringem Maße vorhanden. Wesentliche Risiken durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union bestehen nicht.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken werden durch den laufenden Abgleich der Zahlungsströme mit den Liquiditätsplänen gesteuert. Im Rahmen des Asset-Liability Managements erfolgt ein Abgleich der Laufzeitenstruktur der Kapitalanlagen mit denen der passivseitigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Liquiditätspuffer in hoch fungiblen Kapitalanlagen stellen die Zahlungsfähigkeit auch im Falle kurzfristig auftretender Auszahlungsspitzen sicher.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in allen Unternehmensbereichen ergeben. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Sicherheit und Verfügbarkeit der unternehmenskritischen DV-Systemlandschaft. Ein umfangreiches konzernweites DV-Sicherheitskonzept wird dabei durch ein nach ISO 27001 zertifiziertes Managementsystem für Informationssicherheit (ISMS) unterstützt.

Im Personalbereich wird das Risiko von Fehlbearbeitungen oder dolosen Handlungen anhand von Arbeitsanweisungen, Vollmachten sowie IT-gestützten Freigabe- und Stichprobensystemen reduziert. Zusätzlich ist die Innenrevision beauftragt, Prüfungen in allen relevanten Unternehmensbereichen durchzuführen.

Notfallkonzepte, die die Geschäftsführung im Krisenfall sicherstellen, unterliegen einer laufenden Weiterentwicklung und Überprüfung auf Wirksamkeit und Effizienz.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Nach den derzeitigen Erkenntnissen sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens kurz- oder mittelfristig gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich und nachhaltig beeinträchtigen könnten. Es ergibt sich eine deutliche Überdeckung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen. Details hierzu finden sich im Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) unter <http://www.wgv.de>.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch die angeführten vielschichtigen Maßnahmen Vorsorge getroffen wird, der geschilderten Risikolage des Unternehmens angemessen gerecht zu werden.

Nichtfinanzielle Erklärung

Geschäftsmodell

Die wgv Gruppe versichert im Bereich der Schaden- und Unfallversicherung Kommunen und kommunale Einrichtungen im Geschäftsgebiet Württemberg mit Hohenzollern sowie Privatkunden im Geschäftsgebiet der Bundesrepublik Deutschland in den Sparten Schaden- und Unfallversicherung sowie der Lebensversicherung.

Umweltbelange

Umweltbewusstes Handeln ist in der Geschäftsstrategie der wgv Gruppe verankert. Als Beitrag zur Senkung der lokalen Schadstoffbelastung legt die wgv Gruppe großen Wert auf die Umweltverträglichkeit des Fuhrparks. Parkplätze für elektrisch angetriebene Car-Sharing Fahrzeuge sind auf dem Firmengelände vorhanden, die Nutzung dieser Fahrzeuge für dienstliche Fahrten ist allen Mitarbeitern über einen Firmenaccount möglich. Die forcierte Nutzung papierloser Kommunikationskanäle führt zu einer Schonung der natürlichen Ressourcen. Durch die Sanierung von Verwaltungsgebäuden konnte der Fernwärmebedarf dieser Gebäude um 35 % und der Stromverbrauch um 18 % reduziert werden. Im kommenden Jahr 2018 soll auf den Dächern unserer Verwaltungsgebäude in Stuttgart eine Photovoltaikanlage mit einer Leistung von 160 kWp und somit einem jährlichen Energieertrag von 150.000 kWh installiert werden.

Arbeitnehmerbelange

Gemeinsam zukunfts- und erfolgsorientiert

Hoch qualifizierte, zufriedene und motivierte Mitarbeiter und Führungskräfte bilden die Basis für den wirtschaftlichen Erfolg der wgv Gruppe. Die individuelle Entwicklung jedes Einzelnen nach seinen Stärken und Fähigkeiten ist wichtiger Bestandteil unserer Führungskultur. Regelmäßige Mitarbeitergespräche sind institutionalisiert. Aufgrund innovativer IT-Systeme und Prozesse können den Kunden attraktive Produkte und umfassender Kundenservice angeboten werden. Prozesse und Systeme unterliegen einem permanenten Wandel, alle Mitarbeiter sind aufgerufen, diesen Wandel durch innovative Vorschläge voranzutreiben. Dies dient nicht zuletzt dem Erhalt der bestehenden Arbeitsplätze.

Mitarbeiter werden in ihren individuellen Fähigkeiten gefördert und, wenn möglich, werden Fach- und Führungspositionen intern besetzt. Die Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung ist selbstverständlich.

Gesundheit

Die Gesundheit der Mitarbeiter ist ein wichtiger Baustein für die Zufriedenheit und Motivation der Mitarbeiter.

Das betriebliche Gesundheitsmanagement verfolgt hierzu einen ganzheitlichen Ansatz. Im täglichen Arbeiten tragen gesundheitsbewusste Führungskonzepte sowie modern gestaltete Arbeitsplätze mit neuester Technik zur Zufriedenheit der Mitarbeiter bei. Außerhalb der täglichen Arbeit dienen die regelmäßige Ausrichtung eines Gesundheitstages sowie diverse Betriebssportaktivitäten der Förderung der Gesundheit der Mitarbeiter.

Für den Fall längerer Erkrankungen ist ein umfassendes betriebliches Eingliederungsmanagement eingerichtet, welches den Mitarbeitern die Wiedereingliederung in das Arbeitsleben erleichtert und notwendige Hilfestellungen zur Vorbeugung einer erneuten Arbeitsunfähigkeit gibt.

Sozialer Dialog und Durchatmen – in den Pausen laden Betriebsrestaurant, Bistro und begrünte Innenhöfe zum Verweilen und zum Austausch ein. Die wgv Gruppe gestaltet durch regelmäßige Veranstaltungen wie z.B. Betriebsfeste ein kollegiales Arbeitsklima, das von gegenseitiger Wertschätzung und einem vertrauensvollen Miteinander geprägt ist. Des Weiteren bieten wir den Mitarbeitern die Möglichkeit zur Nutzung eines JobRades.

Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben

In Abhängigkeit der jeweiligen privaten und beruflichen Situation haben die Mitarbeiter unterschiedliche Bedürfnisse an die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben. Ein umfassendes Gleitzeitkonzept sowie die Bereitstellung von Homeofficearbeitsplätzen schaffen hierfür die notwendige Flexibilität. In Phasen wie der Kinderbetreuung oder der Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger wird die private Belastung, z.B. durch das Angebot externer Beratungsleistung in Betreuungsfragen und eine finanzielle Unterstützung bei der Kinderbetreuung, verringert.

Aus- und Weiterbildung

Wissen und Können müssen sich permanent weiterentwickeln und anpassen. Dies beginnt bereits mit der beruflichen Erstqualifikation. Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. ist ein Ausbildungsbetrieb aus Überzeugung – sowohl um der gesellschaftlichen Verantwortung gerecht zu werden als auch um in Zukunft über eine ausreichende Zahl qualifizierter Arbeitskräfte zu verfügen. Neben den in der Versicherungsbranche klassischen Ausbildungsberufen werden dabei mehrere Duale Studiengänge angeboten. Im Geschäftsjahr 2017 befanden sich 33 (Vorjahr: 31) Mitarbeiter in Ausbildung. Neue Mitarbeiter durchlaufen ein umfassendes, individuell auf die Tätigkeit abgestimmtes Einarbeitungsprogramm.

Bei der wgv Gruppe wird großer Wert auf eine nachhaltige Durchführung von Schulungen und Seminaren für alle Mitarbeiter gelegt. Regelmäßige individuelle Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten fördern das lebenslange Lernen. Hierfür ist ein umfassendes Schulungskonzept mit internen und externen, Fachlichkeit und Sozialkompetenz fördernden Schulungen, E-Learning und Blended Learning Maßnahmen eingerichtet. Das Schulungskonzept und die einzelnen Schulungsmaßnahmen werden kontinuierlich weiterentwickelt, sowohl was die Inhalte als auch die Methoden betrifft. Zusätzlich wird eine Vielzahl individueller Fortbildungsmaßnahmen gefördert.

Betriebliche Altersvorsorge

Für die Zeit nach dem Ausscheiden aus dem Berufsleben ist seit Jahrzehnten ein Programm der betrieblichen Altersvorsorge eingerichtet. Im Geschäftsjahr 2017 wurde das betriebliche Altersvorsorgeprogramm erheblich aufgestockt.

Sozialbelange

Als Versicherungsgruppe mit kommunalen Wurzeln ist sich die wgv Gruppe ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, wurde die Stiftung der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. gegründet. Stiftungszweck der gemeinnützigen Stiftung ist insbesondere die Gewährung finanzieller Zuwendungen für:

- kulturelle Veranstaltungen und Veranstaltungsreihen, insbesondere Vorträge, Konzerte und Ausstellungen
- Investitionen und sonstige Fördermaßnahmen zugunsten sozialer Projekte, insbesondere auf dem Gebiet der Jugend- und Altenhilfe, der Hilfe für Menschen mit Behinderungen und der Wohnungslosenhilfe
- Investitionen und sonstige Fördermaßnahmen zugunsten kultureller Projekte, insbesondere auf dem Gebiet der baden-württembergischen Landesgeschichte, der Heimatkunde, des Denkmalschutzes und der Kunst.

Im Geschäftsjahr 2017 wurde die Stiftung der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. erneut durch eine signifikante Spende seitens der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. unterstützt.

Menschenrechte

Die wgv Gruppe ist ein regional geprägtes Unternehmen ohne Niederlassungen oder Tochterfirmen im Ausland. Für in Deutschland bzw. in der Europäischen Union ansässige Unternehmen wird aufgrund der geltenden Rechtslage grundsätzlich von einer vollumfänglichen Achtung der Menschenrechte ausgegangen. Die Lieferantenstruktur der wgv Gruppe ist ebenfalls vollkommen national bzw. europäisch geprägt. Von den als wesentlich eingestuft Lieferanten der wgv Gruppe ist lediglich ein Unternehmen mit einem Umsatzanteil von weniger als 0,5 % außerhalb der EU in den USA angesiedelt, insofern wird auch für die Lieferanten von einer vollumfänglichen Achtung der Menschenrechte ausgegangen.

Bekämpfung von Korruption und Bestechung

Um die Einhaltung aller rechtlichen Anforderungen zu gewährleisten (Compliance) wurde für die Unternehmen des Konzerns eine Compliancefunktion eingerichtet. Es wurde darüber hinaus ein Compliance-Beauftragter bestellt, der die Mitarbeiter und die Geschäftsleitung überwacht und berät. Der Compliance-Beauftragte ist insbesondere für die Vermeidung von Verstößen gegen das Kartellrecht und die Verhinderung von Korruption verantwortlich. Schließlich wurde in den Unternehmen ein sogenanntes Hinweisgeber-System implementiert, über das Mitarbeiter Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, insbesondere auch Korruption, jederzeit melden können, ohne persönliche Nachteile befürchten zu müssen.

Kapitalanlagen

Neben dem direkten Geschäftsbetrieb ist sich die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. auch im Bereich der Kapitalanlage ihrer Verantwortung für die Gesellschaft und die Umwelt bewusst. Neben den klassischen Anlagegrundsätzen Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität, finden ethische, soziale und ökologische Belange bei der Kapitalanlage Beachtung. So sind z.B. Kapitalanlagen in Hersteller und Vertreiber von Streumunition grundsätzlich ausgeschlossen. Investitionen im Bereich der Nachhaltigkeit wurden vor allem durch Investitionen in Anlagen im Bereich der Erneuerbaren Energien bzw. Energieeffizienz getätigt. Der Anteil in diesen Anlagen beläuft sich zum Stichtag auf 2,5 % der Kapitalanlagen.

Chancen und voraussichtliche Entwicklung

Schaden- und Unfallversicherung

Die wgv Gruppe versichert über die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. nahezu alle Kommunen und kommunalen Einrichtungen im satzungsgemäß festgelegten Geschäftsgebiet Württemberg mit Hohenzollern. Vor dem Hintergrund dieses hohen Marktanteils verfügt die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. über sehr gute Kenntnisse der Bedürfnisse der kommunalen Mitglieder. Die hohe Eigenkapitalausstattung macht die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. zu einem verlässlichen Partner für die versicherten Mitglieder.

Auf Basis einer schlanken und flexiblen Organisationsstruktur mit einer im Marktvergleich sehr geringen

Kostenbelastung sieht sich die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. in der Lage, den Versicherungsbedarf der kommunalen Mitglieder auch in Zukunft mit maßgeschneiderten Deckungskonzepten zu günstigen Preisen zu befriedigen.

Im Privatkundenbereich sind die Produkte der wgv Gruppe durch eine regelmäßige Anpassung an die Gegebenheiten des Marktes in den erwünschten Segmenten unter den besten Angeboten des Marktes positioniert.

Insbesondere außerhalb des angestammten Geschäftsgebietes besteht – vor allem auch über neue Vertriebswege im Internet – ein erhebliches Wachstumspotential.

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem geringen Bestands- und Beitragswachstum für das institutionelle Versicherungsgeschäft ausgegangen. Die Bestände im institutionellen Geschäft lagen mit 111.683 Verträgen auf Vorjahresniveau, im Privatkundengeschäft stiegen die Bestände um 3,1 % auf 4.867.809 Verträge, das Bestandswachstum lag damit innerhalb der Erwartungen von 3 % bis 5 %.

Die gebuchten Bruttobeiträge im institutionellen Geschäft lagen nach einer Steigerung von 3,5 % auf 97.294 T€ im Rahmen der erwarteten Spanne von 95.680 T€ bis 97.613 T€. Das Beitragsniveau im Privatkundengeschäft entwickelte sich im Rahmen der Erwartungen. Die Beiträge erhöhten sich um 5,4 % auf 568.185 T€ und lagen damit innerhalb der prognostizierten Spanne von 559.183 T€ bis 570.479 T€.

Die Kostenquote wurde bei knapp 12 % erwartet, tatsächlich ergaben sich 9,7 %. Im Rahmen der Erwartungen verlief die Entwicklung der Schadenquote. Während von einer Spanne von 72 % bis 82 % ausgegangen wurde, ergab sich tatsächlich eine Schadenquote von 72,3 %.

Im Geschäftsjahr 2018 werden die gebuchten Bruttobeiträge im institutionellen Geschäft bei nahezu konstanten Vertragszahlen zwischen 99.768 T€ und 101.783 T€ liegen, im Privatkundengeschäft kann bei leicht steigenden Vertragszahlen von einem Beitragsvolumen zwischen 590.671 T€ und 602.604 T€ ausgegangen werden. Für das gesamte selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden die gebuchten Bruttobeiträge daher zwischen 690.439 T€ und 704.387 T€ liegen.

Sofern Großschäden, z. B. durch flächendeckende Elementarschäden ausbleiben, wird sich der Schadenaufwand moderat entwickeln, die Schadenquote wird unter diesen Voraussetzungen in der Bandbreite von 76 % – 86 % liegen.

Die Kosten werden auf dem Niveau des Vorjahres erwartet, die Kostenquote wird 2018 unter 10 % liegen.

Für die im Geschäftsjahr 2013 durch den Hagelsturm „Andreas“ stark belasteten Sparten Sonstige Kraftfahrtversicherung, Verbundene Wohngebäudeversicherung sowie Verbundene Gebäudeversicherung von Körperschaften wird im Geschäftsjahr 2018 – ein moderater Geschäftsjahresschadenaufwand vorausgesetzt –

weiterhin von einem deutlichen Zuführungsbedarf zur Schwankungsrückstellung ausgegangen.

Im übernommenen Versicherungsgeschäft wird für das Geschäftsjahr 2018 von einem weitgehend konstanten Beitragsniveau ausgegangen.

Lebensversicherung

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem unveränderten Niveau des Neugeschäfts ausgegangen. Mit 2.944 (Vorjahr 2.560) eingelösten Versicherungsscheinen und einer Versicherungssumme von 262.256 T€ (Vorjahr 249.057 T€) lag das Neugeschäft etwas über den Erwartungen. Insgesamt hat sich der Bestand an Hauptversicherungen um 157 auf 56.431 Verträge erhöht. Der erwartete Rückgang des Jahresüberschusses auf 750 T€ konnte vermieden werden. Der Jahresüberschuss lag wie im Vorjahr bei 1.500 T€.

Mit dem – in der Fachpresse regelmäßig bestätigten – hervorragenden Preis-/Leistungsverhältnis unserer Produkte sehen wir mittelfristig gute Chancen für weiteres Wachstum. Aufgrund der andauernden Diskussion über die Rentabilität von Lebens- und Rentenversicherungen und wegen dem niedrigen Zinsniveau besteht bei den Verbrauchern eine geringe Neigung zum Abschluss von Versicherungen mit einer langfristigen Verpflichtung zur Beitragszahlung. Nach wie vor liegt der Schwerpunkt unseres Geschäfts bei Produkten zur Risikoabsicherung bei Tod oder bei Berufsunfähigkeit. Wir erwarten für das Jahr 2018 ein Neugeschäft auf dem Niveau des Vorjahres. Der Jahresüberschuss wird sich voraussichtlich auf 750 T€ verringern.

Kapitalanlagen

Die auf Sicherheit und Diversifikation bedachte Anlagestrategie der letzten Jahre soll grundsätzlich weitergeführt werden. Nach wie vor steht durch die Politik der Notenbanken weltweit übermäßig viel Liquidität für Investitionen in allen Assetklassen zur Verfügung. Daraus resultieren weiterhin sehr niedrige Renditen auf alle Laufzeiten deutscher Bundesanleihen sowie niedrige Risikoaufschläge für Finanzierungen von Banken. Das generelle Renditeniveau für unsere Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere bleibt daher weiterhin sehr niedrig. Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere werden sowohl regional, als auch über Sektoren und Einzelemittenten breit gestreut. Dem Bereich der Unternehmensanleihen wird gegenüber den Bundesanleihen weiterhin ein höheres Ertragspotenzial eingeräumt. Daher soll die Quote der Corporates ausgebaut werden. Zunehmend soll dabei auf die Vereinnahmung der Illiquiditätsprämie gesetzt werden. Dies soll aber wie die Strategie, in außereuropäische festverzinsliche Wertpapiere zu investieren, insbesondere über Spezialfondsmandate durchgeführt werden. Fremdwährungsrisiken werden dabei weiterhin jedoch nur in geringem Maße eingegangen.

Investitionen in Sachwerte sollen auch in 2018 einen Schwerpunkt der Anlage bilden. Dazu werden weitere Investitionen in erneuerbare Energien / Infrastruktur geplant. Neben Kapitalabrufen der bereits im Bestand befindlichen Investments sind neue, attraktiv erscheinende Investments in diesem Segment vorgesehen. Ein

moderater Ausbau der Immobilienquote ist über Direktinvestitionen und über Spezialfonds angedacht.

Ergänzend sind bei vorgegebenem Risikokapital zusätzliche Aktieninvestitionen vorgesehen. Weiterhin werden darüber hinaus Anlagemöglichkeiten geprüft, die bei limitiertem Risiko zu einer Diversifikation des Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien beitragen können.

Trotz der niedrigen risikofreien Zinsen und der weiterhin niedrigen absoluten Renditen auch für Bank- und Unternehmensanleihen ist so in 2018 mit einem im Vergleich zum Berichtsjahr leicht höheren Kapitalanlageergebnis zu rechnen.

Stuttgart, 23. März 2018

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

Passiva

	€	2017 €	€	2016 €
A. Eigenkapital				
Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital		958.643.528,14	958.643.528,14	910.563.697,33
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	14.606.663,98			14.344.317,61
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	2.154.005,96			2.074.560,76
		12.452.658,02		12.269.756,85
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	471.521.743,13			448.841.385,21
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	567.866,00			600.013,00
		470.953.877,13		448.241.372,21
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	1.192.418.112,07			1.191.637.748,69
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	327.588.319,83			332.762.222,57
		864.829.792,24		858.875.526,12
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	50.295.702,30			51.248.358,54
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		50.295.702,30		51.248.358,54
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		188.107.454,90		149.799.161,72
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	593.131,38			530.229,08
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			3.800,00
		593.131,38		526.429,08
			1.587.232.615,97	1.520.960.604,52
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung Bruttobetrag		3.378.281,52	3.378.281,52	3.522.789,81
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		58.946.826,00		55.700.891,00
II. Steuerrückstellungen		17.917.042,01		16.607.469,34
III. Sonstige Rückstellungen		9.055.106,41		8.463.527,30
			85.918.974,42	80.771.887,64
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			4.781.147,00	4.894.942,67
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	70.471.098,69			70.650.326,72
2. Versicherungsvermittlern	1.192.574,04			1.114.997,01
		71.663.672,73		71.765.323,73
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		7.193.472,79		4.658.660,37
III. Sonstige Verbindlichkeiten		1.925.226,46		3.611.369,24
			80.782.371,98	80.035.353,34
G. Rechnungsabgrenzungsposten			280.770,64	556.777,82
			2.721.017.689,67	2.601.306.053,13

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2017	€	2017 €	€	2016 €
I. Versicherungstechnische Rechnung für das Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	690.780.105,85			657.358.663,43
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>-125.438.193,18</u>			<u>-119.940.505,52</u>
		565.341.912,67		537.418.157,91
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-295.972,92			-159.923,57
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	41.463,20			26.714,47
		<u>-254.509,72</u>		<u>-133.209,10</u>
			565.087.402,95	537.284.948,81
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			2.920.997,39	2.766.119,25
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			466.846,67	342.968,94
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-494.501.722,73			-483.788.565,90
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>65.987.092,69</u>			<u>63.980.775,51</u>
		-428.514.630,04		-419.807.790,39
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-559.917,13			-27.949.634,65
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>-5.139.689,74</u>			<u>8.662.465,11</u>
		<u>-5.699.606,87</u>		<u>-19.287.169,54</u>
			-434.214.236,91	-439.094.959,93
5. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			-66.702,30	-29.628,73
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-10.533.007,31	-9.714.147,13
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		-72.804.402,21		-73.587.983,85
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>20.635.485,93</u>		<u>19.834.691,05</u>
			-52.168.916,28	-53.753.292,80
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-2.252.190,84	-2.180.887,62
9. Zwischensumme			69.240.193,37	35.621.120,79
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			<u>-38.308.293,18</u>	<u>-14.020.384,66</u>
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft			30.931.900,19	21.600.736,13

	€	2017 €	€	2016 €
II. Versicherungstechnische Rechnung für das Lebensversicherungsgeschäft				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	43.212.574,31			44.903.278,19
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>-2.414.845,80</u>	40.797.728,51		<u>-2.367.723,47</u>
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	33.626,55			42.535.554,72
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>37.982,00</u>			<u>479.210,06</u>
		71.608,55		35.824,00
			40.869.337,06	515.034,06
				43.050.588,78
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			398.083,73	758.636,20
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		63.152,27		42.137,80
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		18.954.783,21		19.695.387,67
c) Erträge aus Zuschreibungen		85.694,09		324.577,83
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>3.239.601,97</u>		<u>4.020.192,09</u>
			22.343.231,54	24.082.295,39
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			224.773,02	279.350,95
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			5.614,40	9.686,78
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-28.035.211,01			-40.325.855,42
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>547.763,58</u>	-27.487.447,43		<u>815.499,62</u>
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				-39.510.355,80
aa) Bruttobetrag	-220.446,25			-374.954,19
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>-34.213,00</u>			<u>29.656,00</u>
		-254.659,25		-345.298,19
			-27.742.106,68	-39.855.653,99
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
Deckungsrückstellung				
a) Bruttobetrag		-22.535.849,63		-9.552.120,07
b) Anteil der Rückversicherer		<u>-32.147,00</u>		<u>-71.744,00</u>
			-22.567.996,63	-9.623.864,07
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-7.451.698,87	-10.810.001,49
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	-1.422.168,42			-1.535.632,33
b) Verwaltungsaufwendungen	<u>-652.962,81</u>			<u>-672.339,07</u>
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		-2.075.131,23		-2.207.971,40
		681.177,93		470.640,72
			-1.393.953,30	-1.737.330,68
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		-229.758,90		-230.898,31
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		-273.291,98		-726.403,77
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>-2.372,21</u>		<u>-42.281,33</u>
			-505.423,09	-999.583,41
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-127.411,16	-297.332,42
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-2.412.454,46	-2.584.236,74
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung im Lebensversicherungsgeschäft			1.639.995,56	2.272.555,30

	€	2017 €	€	2016 €
III. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung				
a) im Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft		30.931.900,19		21.600.736,13
b) im Lebensversicherungsgeschäft		1.639.995,56		2.272.555,30
			32.571.895,75	23.873.291,43
2. Erträge aus Kapitalanlagen, soweit nicht unter II. 3. aufgeführt				
a) Erträge aus Beteiligungen				
aa) Erträge aus Beteiligungen	2.227.837,81			1.451.418,48
bb) Erträge aus assoziierten Unternehmen	8.776.910,71			7.725.420,37
	11.004.748,52			9.176.838,85
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.308.468,37			5.282.515,46
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	53.041.841,78			39.289.610,72
	58.350.310,15			44.572.126,18
c) Erträge aus Zuschreibungen	1.974.793,70			3.972.351,73
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	6.801.381,19			1.801.285,94
		78.131.233,56		59.522.602,70
3. Aufwendungen für Kapitalanlagen, soweit nicht unter II. 10. aufgeführt				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-4.067.326,27			-6.325.451,16
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-22.740.142,19			-10.378.814,13
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-1.583.299,36			-1.873.675,51
		-28.390.767,82		-18.577.940,80
4. Technischer Zinsertrag		-3.071.319,93		-2.930.688,63
			46.669.145,81	38.013.973,27
5. Sonstige Erträge		9.226.942,43		10.366.219,54
6. Sonstige Aufwendungen		-14.889.994,30		-11.344.857,63
			-5.663.051,87	-978.638,09
7. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			73.577.989,69	60.908.626,61
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-25.243.169,86		-17.417.169,62
9. Sonstige Steuern		-254.989,02		-257.716,90
			-25.498.158,88	-17.674.886,52
10. Jahresüberschuss			48.079.830,81	43.233.740,09
11. Entnahme aus der Kapitalrücklage			0,00	162.523,33
12. Einstellung in die Verlustrücklage			0,00	-162.523,33
13. Konzernjahresüberschuss			48.079.830,81	43.233.740,09

Der Konzern-Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB sowie unter Berücksichtigung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) aufgestellt.

Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet.

Die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen bewertet.

Im Abschluss enthaltene Kapitalanlagen in fremder Währung werden zum Kurs am Tag ihrer Anschaffung in Euro umgerechnet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Währungsverluste werden berücksichtigt.

Anteile an assoziierten Unternehmen werden mit dem anteiligen bilanziellen Eigenkapital (at equity) angesetzt.

Beteiligungen werden zu ihren Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden im Wesentlichen dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Namenschuldverschreibungen und übrige Ausleihungen (Namensgenussscheine) sind für die in den Konzernabschluss einbezogenen Versicherungsunternehmen gem. § 341 c HGB zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagioträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt. Für die übrigen in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten und die Bewertung gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip. Zeronamenschuldverschreibungen sind mit dem Anschaffungskurs zuzüglich nicht fälliger Zinsforderungen bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu Anschaffungskosten zu- oder abzüglich der kumulierten Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen Namensgenussscheine sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagioträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen bewertet.

Die anderen Kapitalanlagen sind mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungen sind mit dem Zeitwert angesetzt.

Sämtliche Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert. Von den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird eine auf Basis der Vorjahre ermittelte Pauschalwertberichtigung abgesetzt.

Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter ab 150,00 € bis 1.000,00 € werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie alle übrigen Aktiva sind mit den Nominalbeträgen angesetzt und, soweit erforderlich, um Wertberichtigungen gekürzt.

Unter den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen aktiviert, soweit diese Aufwand für Folgejahre darstellen.

Die Zeitwerte der bebauten Grundstücke werden jährlich nach der Ertragswertmethode ermittelt, die unbebauten Grundstücke nach dem Sachwertverfahren und die im Bau befindlichen Gebäude werden mit den Herstellungskosten angesetzt.

Für die Ermittlung der Zeitwerte bei Beteiligungen werden Ertragswertmodelle herangezogen. Soweit ertragsorientierte Verfahren nicht zum Einsatz kommen konnten, wird das anteilige Eigenkapital herangezogen. Bei Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wird der Börsenjahresschlusskurs zur Bewertung herangezogen, andernfalls Ertragswerte. Für Spezialfonds wird der von der Kapitalanlagegesellschaft mitgeteilte Rücknahmepreis verwendet. Die Zeitwerte der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen werden auf Grundlage der Barwertmethode in einem internen Modell ermittelt, basierend auf aktuellen Zinsstrukturkurven und Credit Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit.

Bei einem Steuersatz von 30,5 % ergab sich aufgrund von Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in den Positionen „Rückstellung für nicht abgewickelte Versicherungsfälle“, „Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ und „Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ insgesamt ein Überhang an aktiven latenten Steuern. Auf den Ansatz dieser aktiven latenten Steuern wurde aufgrund des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB verzichtet.

Passiva

Der Eigenkapitalausweis erfolgt aus Gründen der besseren Nachvollziehbarkeit für den Bilanzleser nach dem Konzept des erwirtschafteten Kapitals. Die Unterposten Gewinnrücklagen und Konzerngewinn werden zum „erwirtschafteten Konzerneigenkapital“ zusammengefasst. Dieser Unterposten enthält also neben den Gewinnrücklagen der Muttergesellschaft anteilig alle während der Konzernzugehörigkeit thesaurierten Überschüsse der verbundenen Unternehmen des Konsolidierungskreises und den aktuellen Konzernjahresüberschuss. Analog endet auch der Ausweis in der Gewinn- und Verlustrechnung mit dem Konzernjahresergebnis.

Die Bruttobeitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und die hierauf entfallenden Rückversicherungsanteile wurden grundsätzlich für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung des Kostenabzugs gemäß dem BMF-Erlass vom 30.04.1974 ermittelt; Anteile der Rückversicherer werden entsprechend dem vertraglichen Risikoanteil abgesetzt. Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft entsprechen den Aufgaben der Vorversicherer.

Die Rückstellung für bekannte, noch nicht abgewickelte Schadenfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts wird durch Einzelbewertung ermittelt. Für die am Bilanzstichtag noch nicht bekannten Fälle sind Spätschadenrückstellungen nach den Erfahrungen der Vergangenheit gebildet worden.

Für die Schulunfallversicherung wird die Rückstellung nach Erfahrungssätzen pauschal ermittelt.

Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden vertragsgemäß abgesetzt.

Im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden die Rückstellungen entsprechend den Aufgaben der Vorversicherer bzw. nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Die Berechnung der HUK Renten-Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode. Es liegen die Sterbetafeln DAV 2006 HUR für Männer bzw. Frauen zugrunde. Bei Rentenfällen mit Eintritt der Leistungsverpflichtung bis 31.12.2011 betrug der Rechnungszins 2,21 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2012 betrug er 1,75 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2015 betrug er 1,25 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2017 betrug er 0,90 %. Zukünftige Regulierungskosten für Rentenfälle werden pauschal berücksichtigt.

Der technische Zinsertrag wird aus dem arithmetischen Mittel des Anfangs- und Endbestandes der Brutto-Rentendeckungsrückstellung mit 3,50 % errechnet.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode mit implizierter Berücksichtigung der künftigen Kosten, sofern es sich nicht um Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen handelt. Insbesondere werden für beitragsfreie Versicherungsjahre ausreichende Verwaltungskosten reserviert. Die Deckungsrückstellung der Bonusversicherungssummen und der Bonusrenten wird nach denselben Grundlagen berechnet wie die Deckungsrückstellung der zugehörigen Versicherung.

Für den Altbestand im Sinne von § 336 VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/ EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet worden. Im Neubestand liegt den bis 30.06.2000 abgeschlossenen Risikoversicherungen die DAV-Sterbetafel 1994 T für Männer bzw. Frauen zugrunde. Ab 01.07.2000 werden bei den Risikoversicherungen Raucher und Nichtraucher gesondert behandelt, wobei die verwendeten Rechnungsgrundlagen auf der DAV-Sterbetafel 1994 T basieren. Den ab November 2008 eingeführten Risikoversicherungen liegt die Sterbetafel DAV 2008 T für Raucher und Nichtraucher zugrunde. Für die ab Oktober 2016 eingeführten Risikoversicherungen werden die unternehmenseigenen Sterbetafeln WGV 2016 T verwendet.

Für die bis 31.12.2012 abgeschlossenen kapitalbildenden Lebensversicherungen im Neubestand ist die DAV-Sterbetafel 1994 T für Männer bzw. Frauen maßgeblich. Den ab 01.01.2013 eingeführten kapitalbildenden Lebensversicherungen liegt die Sterbetafel DAV 2008 T zugrunde.

Bei den Rentenversicherungen des Neubestandes bis 31.12.2004 kommt die Sterbetafel DAV 1994 R für Männer bzw. Frauen mit geschlechtsabhängigen, nach Geburtsjahrganggruppen gestaffelten Altersverschiebungen zum Tragen. Im Jahr 2017 hat die Deutsche Aktuarvereinigung e.V. ihre Einschätzung zur Sterblichkeitsentwicklung bei Rentenversicherungen aktualisiert. Aus diesem Grund wurden die Deckungsrückstellungen der bis 31.12.2004 abgeschlossenen Rentenversicherungen angepasst. Die Deckungsrückstellung wurde ermittelt als das im Verhältnis sieben zu dreizehn gewichtete Mittel aus der auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R-Bestand berechneten Deckungsrückstellung und der auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R-B20 berechneten Deckungsrückstellung. Bei der Ermittlung des Anpassungsbedarfs von Rentenversicherungen in der Aufschubzeit wurden aus dem Bestand abgeleitete Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten verwendet. Die Anforderungen für die Neubewertung der Deckungsrückstellung gemäß der Veröffentlichung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (VerBaFin 01/2005) wurden berücksichtigt. Den Rentenversicherungen des Neubestandes ab 01.01.2005 liegt die Sterbetafel DAV 2004 R für Männer und Frauen zugrunde.

Den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes bis 30.06.2000 liegen dieselben Aus-

scheideordnungen wie beim Altbestand zugrunde (vgl. VerBAV 1986 S. 200 f. bzw. VerBAV 1990 S. 301 ff.). Um den geänderten Eintrittswahrscheinlichkeiten bei Berufsunfähigkeitsversicherungen Rechnung zu tragen, wurde bei den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Alt- und Neubestandes Kontrollrechnungen für eine Anpassung der Deckungsrückstellung durchgeführt. Maßgebliche Rechnungsgrundlagen für das Berufsunfähigkeitsrisiko waren die Tafeln DAV 1997 I, DAV 1997 TI und DAV 1997 RI (jeweils getrennt für Männer und Frauen, vgl. VerBAV 1998 S. 117 ff.). Die Sterbewahrscheinlichkeiten für Aktive entsprachen der Sterbetafel DAV 1994 T für Männer bzw. Frauen. Im Alt- und Neubestand wurde der für die Tarifkalkulation maßgebliche Rechnungszins angesetzt. Die Kontrollrechnung ergab keinen Anpassungsbedarf für die Deckungsrückstellung. Den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes ab 01.07.2000 liegen dieselben Tafeln zugrunde, die auch für die Kontrollrechnung verwendet werden, wobei ab 01.07.2002 eine Differenzierung nach vier Berufsgruppen und ab 01.01.2013 eine Differenzierung nach acht Berufsgruppen abgeleitet wurde.

Im Neugeschäft ab dem 01.01.2013 gelten Unisex-Tarife. Für die biometrischen Rechnungsgrundlagen wird ein unternehmensindividueller Geschlechtermix angesetzt. Aus diesem Grund wird für jede Tarifart eine Kontrollrechnung gemäß Abschnitt 6 des DAV Fachgrundsatzes „Unisex-Reservierung in der Lebensversicherung vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils“ vom 06. März 2013 durchgeführt. Zum 31.12.2017 ergibt sich für die kapitalbildenden Lebensversicherungen wie im Vorjahr ein geringfügiger Anpassungsbedarf. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass die zugrundeliegenden Abweichungen zwischen tatsächlichem und kalkulatorischem Geschlechtermix vorübergehender Natur sind.

Gemäß der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) sind Versicherungsunternehmen verpflichtet, die Deckungsrückstellung für die Versicherungsverträge zu stärken, bei denen der Rechnungszins den nach § 5 Abs. 3 der DeckRV ermittelten Referenzzins übersteigt. Der Referenzzins zum 31.12.2017 betrug 2,21 %. Von der Zinsnachreservierung waren sämtliche Renten-, Kapital-, Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes bis 31.12.2011 betroffen, da diesen ein Rechnungszins zugrunde liegt, der den Referenzzins übersteigt. Für den Bestand bis 30.06.2000 beträgt der Rechnungszins 4,0 %, vom 01.07.2000 bis 31.12.2003 liegt er bei 3,25 %, vom 01.01.2004 bis 31.12.2006 bei 2,75 %, vom 01.01.2007 bis 31.12.2011 bei 2,25 %. Der Nachreservierungsbedarf (Zinszusatzreserve) wurde konform zur DeckRV einzelvertraglich für die betroffenen Bestände ermittelt. Im Berichtsjahr wurden dabei bei Kapitalversicherungen und Rentenversicherungen in der Aufschubzeit Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten verwendet. Bei Kapitalversicherungen kamen zudem erstmals die Sterbetafeln DAV 2008 T für Männer und Frauen zur Anwendung. Als Zinszusatzreserve wurde die Differenz aus der mit dem Referenzzins berechneten Deckungsrückstellung und der mit dem Rechnungszins berechneten Deckungsrückstellung angesetzt. Zudem wurde einzelvertraglich eine Maximierung mit der unter

Verwendung der zum 31.12.2016 gültigen Rechnungsgrundlagen berechneten Zinszusatzreserve vorgenommen. Auch im Altbestand wurde für Kapital-, Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen mit einem Rechnungszins von 3,5 % eine zinsinduzierte Verstärkung der Deckungsrückstellung notwendig. Die Berechnung wurde analog zum Neubestand vorgenommen. Einzelheiten dazu sind in einem Geschäftsplan für die Zinsverstärkung im Altbestand geregelt. Für Rentenbestände, bei denen bereits eine biometrische Anpassung der Deckungsrückstellung durchgeführt wurde, wurden bei der Berechnung der Zinszusatzreserve die gleichen mit einem Sicherheitsabschlag versehenen Wahrscheinlichkeiten angesetzt, die auch bei der Berechnung der biometrischen Nachreservierung verwendet wurden. Für das Jahr 2017 beläuft sich der Aufwand für die Zinszusatzreserve auf 10.980 T€ wovon 354 T€ auf die Zinsverstärkung des Altbestands entfallen.

Dem Bestand vom 01.01.2004 bis 31.12.2006 liegt ein Rechnungszins von 2,75 % zugrunde, dem Bestand vom 01.01.2007 bis 31.12.2011 ein Rechnungszins von 2,25 %, dem Bestand vom 01.01.2012 bis 31.12.2014 ein Rechnungszins von 1,75 %, dem Bestand vom 01.01.2015 bis 31.12.2016 ein Rechnungszins von 1,25 % und dem Bestand ab 01.01.2017 ein Rechnungszins von 0,9 %. Die zum Oktober 2016 eingeführten Risikoversicherungen sind bereits mit einem Rechnungszins von 0,9 % kalkuliert.

Bei Renten- und kapitalbildenden Lebensversicherungen liegt der Zillmersatz bei 9 ‰ bis 15 ‰ der Beitragssumme. Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen werden mit 20 ‰ bis 40 ‰ der Beitragssumme gezillmert. Von der gesamten Deckungsrückstellung entfallen 12,8 % auf den Altbestand und 87,2 % auf den Neubestand.

Die durch die Zillmerung bedingten negativen Deckungskapitalien als Unterschiedsbetrag zwischen den geschäftsplanmäßigen Deckungsrückstellungen und den uneingeschränkt gezillmerten Deckungsrückstellungen sind beim Altbestand bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer unter noch nicht fälligen Ansprüchen aktiviert. Für den Neubestand werden negative Deckungskapitalien aktiviert, die aus Zillmerung herühren, sofern sie die geleisteten einmaligen Abschlusskosten nicht übersteigen. Bei den ab dem 01.01.2008 neu abgeschlossenen Versicherungen des Neubestandes, mit durch das VVG bedingten Mindestrückkaufswerten, wird zusätzlich die Auffüllung auf den Mindestrückkaufswert aktiviert. Die Anteile der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung wurden vertragsgemäß abgesetzt.

Die zurückgestellten Schadenregulierungsaufwendungen werden nach dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 berechnet.

Forderungen aus Regressen werden abgesetzt.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung betrifft im Wesentlichen die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

Die Schwankungsrückstellung wird nach der Anlage zu § 29 RechVersV und die Pharmarückstellung nach § 30 RechVersV berechnet.

Die Stornorückstellung wird pauschal, alle sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen durch Einzelberechnungen ermittelt.

Bei der Fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherung wird die Deckungsrückstellung retrospektiv ohne Zillmerung ermittelt. Sie wird in Anteileneinheiten geführt und entspricht dem Posten „Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice“ auf der Aktivseite.

Die Rückstellungen für Pensionen werden nach der Projected Unit Credit (PUC) Methode berechnet. Als Rechnungsgrundlage dienen die Heubeck Richttafeln 2005 G, der Rechnungszinssatz betrug 3,68 %, der Gehaltstrend lag bei 2,50 % p.a., der Rententrend bei 2,00 % bzw. 2,25 % p.a. Als Rechnungszins wird der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der letzten zehn Jahre verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung

der Pensionsrückstellungen sind unter der Position „Sonstige Aufwendungen“ ausgewiesen.

Steuerrückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf bemessen.

Alle anderen Rückstellungen sind mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Depotverbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, die Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie alle übrigen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Einzahlungen und Disagien ausgewiesen, soweit diese Ertrag für Folgejahre darstellen.

Konsolidierungsgrundsätze

Gemäß Art. 66 Abs. 5 EGHGB wurde zur Kapitalkonsolidierung für die vor dem 1. Januar 2010 beginnenden Geschäftsjahre die Buchwertmethode nach § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB in der bis zum 28. Mai 2009 geltenden Fassung auf Konzernabschlüsse angewandt. Die dabei ermittelten Unterschiedsbeträge werden ab dem Geschäftsjahr 2010 gemäß Art. 66 Abs. 3 Satz 5 EGHGB wie bisher weitergeführt. Die Verrechnung der Beteiligungsbuchwerte mit dem anteiligen Eigenkapital (Erstkonsolidierung) erfolgt daher mit den Wertansätzen im Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung in den Konzernabschluss. Die WGV-Versicherung AG wurde gemäß Artikel 27 EGHGB konsolidiert. Die sich aus der Kapitalkonsolidierung der Tochterunternehmen ergebenden Unterschiedsbeträge wurden in den Vorjahren erfolgsneutral mit den Gewinnrücklagen

verrechnet. Der im Geschäftsjahr 2014 aus dem Erwerb der restlichen 26 % Aktienanteile an der WGV-Lebensversicherung AG entstandene passive Unterschiedsbetrag wurde gemäß § 309 Abs. 2 Nr. 1 HGB erfolgswirksam vereinnahmt.

Forderungen und Verbindlichkeiten sowie Erträge und Aufwendungen zwischen den einbezogenen Gesellschaften sind eliminiert. Zwischengewinne aus dem gegenseitigen Leistungsverkehr sind konsolidiert. Bei Rechtsgeschäften zwischen den Versicherungsunternehmen, die zu marktüblichen Bedingungen vorgenommen worden sind und die Rechtsansprüche der Versicherungsnehmer begründet haben, wurde gem. § 341j Abs. 2 HGB auf die Eliminierung der Zwischenergebnisse verzichtet.

Konsolidierungskreis

Name und Sitz der vollkonsolidierten Unternehmen	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2017 €	Ergebnis 2017 €
WGV-Versicherung AG, Stuttgart	100,00	150.000.000,00	0,00
WGV-Lebensversicherung AG, Stuttgart	100,00	18.277.255,42	1.500.000,00
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	100,00	26.319.155,09	745.413,83
WGV Holding AG, Ravensburg	100,00	489.715.738,83	27.044.559,51 *)
WGV-Informatik und Media GmbH, Stuttgart	100,00	12.586.145,63	868.385,81
WGV Rechtsschutz-Schadenservice GmbH, Stuttgart	100,00	98.570,37	-3.615,74

*) einschließlich 13.579.327,76 € aus Ergebnisübernahme von der WGV-Versicherung AG, Stuttgart.

Zum anteiligen Eigenkapital (at equity) bewertete assoziierte Unternehmen

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2017 €	Ergebnis 2017 €
ESB GmbH, Coburg	21,36	343.752.737,09	41.084.138,46

Die Beteiligungen an assoziierten Unternehmen wurden bei der erstmaligen Erfassung gemäß § 312 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 HGB in der bis zum 28. Mai 2009 geltenden Fassung nach der Buchwertmethode angesetzt. Im Jahr 2014 wurden weitere Anteile der ESB GmbH hinzuerworben, diese wurden gem. § 312 Abs. 2 HGB nach der Neubewertungsmethode bewertet.

Auf eine Überleitung des Abschlusses der ESB GmbH, Coburg, auf die konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften wurde aus Wesentlichkeitsgründen verzichtet.

Angaben zur Konzern-Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten A., B.I. und B.II. im Geschäftsjahr 2017

Aktivposten	Bilanzwerte 2016 €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.017.566,84
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	90.623.664,35
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	
1. Anteile an assoziierten Unternehmen	73.453.458,48
2. Beteiligungen	47.008.109,83

Grundstücke und Bauten

Aktivposten	2017 €
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken Bilanzwert selbstgenutzter Grundstücke und Bauten	72.620.329,65

Stille Lasten

Aktivposten	Stille Last €	Zugeordneter Buchwert €
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
2. Beteiligungen	518.234,88	6.407.064,76
B.III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	220.797,85	16.149.137,37
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.271.417,13	67.907.962,00
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	1.853.923,21	26.061.902,18
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	970.182,03	51.307.864,26
d) Übrige Ausleihungen	0,00	0,00

Bei den stillen Lasten handelte es sich jeweils um vorübergehende Wertminderungen; ein Ausfall war nicht ersichtlich.

C. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

Zusammensetzung der Fondsanteile	Tageswert 31.12.2017 €	Anteileinheiten	Wert je Anteileinheiten
BWI-Fonds Portfolio Kontinuität	706.158,36	11.049,26	63,91
BWI-Fonds Portfolio Rendite	1.630.732,98	27.495,08	59,31
BWI-Fonds Portfolio Wachstum	1.041.390,13	18.334,33	56,80
Insgesamt	3.378.281,47	56.878,67	

Zugänge	Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwerte 2017
€	€	€	€	€
1.200.088,13	0,00	0,00	573.651,42	1.644.003,55
131.878,33	1.448.110,00	0,00	3.334.436,43	85.972.996,25
0,00	16.672,59	0,00	0,00	73.436.785,89
27.519.165,06	6.521.353,70	57.764,27	172.766,52	67.890.918,94

Abschreibungen

	2017 €
Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung	19.678.997,74

Angabe zu Investmentfonds

	Buchwert €	Marktwert nach § 36 Investment- gesetz €	Differenz Marktwert zu Buchwert €	Ausschüttung des Geschäfts- jahres €	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlas- sene Abschrei- bungen
Immobilienfonds (Europa)	24.816.845,17	25.105.351,00	288.505,83	876.700,00	Nein	Nein
Immobilienfonds (Deutsch- land)	14.688.915,99	15.721.246,39	1.032.330,40	292.174,12	Nein	Nein
Dachfonds (international gemischt)	41.746.222,48	45.299.943,52	3.553.721,04	528.090,98	Ja	Nein
Mischfonds (Europa)	329.937.132,92	334.799.600,00	4.862.467,08	8.210.287,11	Ja	Nein
Mischfonds (Global)	308.405.290,02	317.232.130,00	8.826.839,98	3.766.210,60	Ja	Nein
Rentenfonds	16.390.484,78	18.070.400,00	1.679.915,22	0,00	Ja	Nein
Infrastruktur-Beteiligungen	7.935.141,80	8.433.780,00	498.638,20	300.000,00	Nein	Nein
Erneuerbare Energien- Beteiligung	21.186.541,45	21.898.835,14	712.293,69	842.399,42	Nein	Nein

Aufgrund von Analystenbewertungen war für die zum Bilanzstichtag nicht abgeschriebenen Wertpapiere in den Mischfonds von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen.

D.III. Sonstige Forderungen

	2017 €	2016 €
Mit Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	864.802,00	31.128,01

F.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

	2017 €	2016 €
Agio für Namensschuldverschreibungen	2.249.397,99	2.413.019,13
Sonstiges	2.253.166,80	890.574,48
Insgesamt	4.502.564,79	3.303.593,61

Passiva

A. Eigenkapital

Erwirtschaftetes Konzerneigenkapital

	2017 €	2016 €
davon Konzernjahresergebnis	48.079.830,81	43.233.740,09

B.IV. Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Entwicklung der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung der Lebensversicherung

	€
Stand 01.01.2017	40.078.141,51
Entnahme für Überschussanteile	8.977.709,95
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	7.451.698,87
Stand 31.12.2017	38.552.130,43

Zusammensetzung der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2017 €	2016 €
a) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	6.678.439,77	7.413.646,61
b) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	637.987,90	548.720,11
c) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	0,00	0,00
d) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven	35.639,48	23.902,43
e) Schlussüberschussanteilfonds, ausschließlich für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen, ohne Buchstabe b	7.947.188,06	9.815.121,82
f) Ungebundener Teil, ohne Buchstaben a bis e	23.252.875,22	22.276.750,54
Insgesamt	38.552.130,43	40.078.141,51

Im Altbestand wird der Schlussüberschussanteilfonds nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet. Im Neubestand wird er so berechnet, dass sich für jede Versicherung mindestens der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen Schlussüberschussanteils ergibt, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer entspricht, abgezinst mit 2,00 %. In diesem Diskontierungszinssatz ist ein Zuschlag für Storno und Sterblichkeit enthalten.

D.I. Andere Rückstellungen, Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	2017 €	2016 €
Differenzbetrag aus der Abzinsung der Pensionsrückstellung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre	9.018.312,00	7.515.904,00

F.III. Andere Verbindlichkeiten, Sonstige

	2017 €	2016 €
Aus Steuern	65.719,99	927.953,51
Im Rahmen der sozialen Sicherheit	160,00	40,00

G. Rechnungsabgrenzungsposten

	2017 €	2016 €
Disagio auf Namensschuldverschreibungen	235.971,68	439.185,03
Sonstiges	44.798,96	117.592,79
Insgesamt	280.770,64	556.777,82

Angaben zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

Gebuchte Bruttobeiträge

	Gebuchte Bruttobeiträge €
Selbst abgeschlossenes Schaden- und Unfallversicherungsgeschäft gesamt	665.479.139,99
Selbst abgeschlossenes Lebensversicherungsgeschäft gesamt	43.212.574,31
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft	25.300.965,86

Ergebnis aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellung (Kompositversicherungen)

	2017 €	2016 €
Versicherungsgeschäft gesamt	104.854.623,70	92.743.671,31
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	107.233.318,87	90.267.016,14
Unfall	5.644.274,20	8.324.649,33
Haftpflicht	7.609.435,66	6.318.718,57
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	49.682.220,79	38.361.800,16
Sonstige Kraftfahrt	6.748.037,76	7.073.637,67
Feuer und Sach gesamt	15.050.332,31	15.774.696,67
Verbundene Hausratversicherung	2.706.326,94	3.204.490,36
Verbundene Gebäudeversicherung	8.525.596,17	8.239.411,19
Sonstige Sachversicherung	3.689.029,75	4.334.492,04
Rechtsschutzversicherung	4.407.870,54	3.518.367
Sonstige Versicherungen	17.474.719,83	10.914.357,59

Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	Kompositversicherungen		Lebensversicherung	
	2017 €	2016 €	2017 €	2016 €
Abschlussaufwendungen	42.874.356,65	43.466.870,86	1.422.168,42	1.535.632,33
Verwaltungsaufwendungen	29.930.045,56	30.121.112,99	652.962,81	672.339,07
Insgesamt	72.804.402,21	73.587.983,85	2.075.131,23	2.207.971,40

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2017 €	2016 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	12.823.005,99	11.805.435,84
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92HGB	2.800.770,22	2.540.762,48
3. Löhne und Gehälter	51.932.113,53	51.473.736,73
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	8.856.199,76	8.741.189,36
5. Aufwendungen für Altersversorgung	588.090,67	2.024.349,89
Aufwendungen insgesamt	77.000.180,17	76.585.474,30

Weitere Angaben

Personalbericht

	2017	2016
Mitarbeiter in:		
Vollzeit	723	719
Teilzeit	212	214
	935	933
Auszubildende	33	31
Gesamt	968	964

Firma, Sitz und Registergericht des Mutterunternehmens

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.
Sitz des Vereins: Stuttgart
Registergericht: Amtsgericht Stuttgart HRB 547

Organe

	2017 €
Bezüge des Aufsichtsrats	640.574,89
Bezüge des Vorstands	1.411.974,81
Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder	490.863,58
Rückstellungen für Altersversorgung ehemaliger Vorstandsmitglieder	12.737.521,00

Honorar des Abschlussprüfers

	2017 €
Abschlussprüfleistung	296.661,26
Steuerberatungsleistungen	2.624,23
Gesamthonorar	299.285,49

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Beteiligungen und Investmentanteilen bestanden Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 82.194 T€. Aus Miet-, Leasing- und sonstigen langfristigen Verträgen bestanden Verpflichtungen in Höhe von 8.600 T€. In Summe bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 90.794 T€.

Aufgrund der Verpflichtungserklärung im Rahmen der Protektor-Lebensversicherungs-AG sowie der Mitgliedschaft im Sicherungsfonds für Lebensversicherer gem. §§ 221 ff. VAG bestand eine Gesamtverpflichtung in Höhe von 4.954 T€. Eine Inanspruchnahme ist derzeit nicht ersichtlich.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir für den Fall, dass eines der übrigen Poolmitglieder ausfällt, dessen Leistungsverpflichtung im Rahmen unserer quotenmäßigen Beteiligung zu übernehmen.

Aufgrund der Mitgliedschaft unserer Schaden- und Unfallversicherer im Verein Verkehrsoferhilfe e.V. sind wir verpflichtet, Mittel entsprechend unserem Anteil an den Beitragseinnahmen, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Kfz-Haftpflichtgeschäft jeweils im vorletzten Kalenderjahr erzielt haben, zur Verfügung zu stellen.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Berichtsjahres sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten. In den ersten Monaten des Jahres 2018 konnte das Geschäft des Unternehmens planmäßig weiterentwickelt werden.

Konzern-Kapitalflussrechnung

Konzern-Kapitalflussrechnung vom 01. Januar bis 31. Dezember		2017 €
1.	Konzernjahresüberschuss	48.079.830,81
2.	+/- Zunahme/Abnahme der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen	66.127.503,16
3.	-/+ Zunahme/Abnahme der Depot- und Abrechnungsforderungen	2.018.139,05
4.	+/- Zunahme/Abnahme der Depot- und Abrechnungsverbindlichkeiten	2.319.365,75
5.	-/+ Zunahme/Abnahme der sonstigen Forderungen	2.994.959,99
6.	+/- Zunahme/Abnahme der sonstigen Verbindlichkeiten	-1.686.142,78
7.	+/- Veränderung sonstiger Bilanzposten, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind.	9.873.122,07
8.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	22.653.499,38
9.	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Kapitalanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen	-8.455.311,59
10.	+/- Ertragsteuerzahlungen	-5.591.376,42
11.	= Kapitalfluß aus der laufenden Geschäftstätigkeit (Summe aus 1 bis 10)	138.333.589,42
12.	+ Einzahlung aus dem Verkauf und der Endfälligkeit von Kapitalanlagen	704.932.977,60
13.	- Auszahlungen aus dem Erwerb von Kapitalanlagen	-811.653.207,50
14.	+ Einzahlung aus Abgängen von Sachanlagen	5.289,00
15.	- Auszahlungen für Investitionen in Sachanlagen	-1.101.012,08
16.	- Auszahlungen für Investitionen in Immaterielle Vermögensgegenstände	-1.200.088,13
17.	+ Einzahlungen aus dem Abgang von Kapitalanlagen der FLV	467.110,21
18.	- Auszahlungen für Investitionen in Kapitalanlagen der FLV	-229.352,36
19.	- Sonstige Auszahlungen (Andere Vermögensgegenstände)	-13.168,13
20.	= Kapitalfluß aus der Investitionstätigkeit (Summe aus 12 bis 19)	-108.791.451,39
21.	Kapitalfluß aus der Finanzierungstätigkeit	0,00
22.	+/- Zahlungswirksame Zunahme/Abnahme des Finanzmittelfonds	29.542.138,03
23.	Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	30.006.528,99
24.	Finanzmittelfonds am Ende der Periode	59.548.667,02
	erhaltene Zinsen	28.735.941,09
	erhaltene Ausschüttungen	52.302.127,02

Die Kapitalflussrechnung veranschaulicht die Veränderung der Zahlungsmittel der wgv Gruppe im Geschäftsjahr 2017. Dabei erfolgt eine Trennung der Zahlungsströme in laufende Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit. Der in der Kapitalflussrechnung dargestellte Finanzmittelfonds umfasst die laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand und entspricht damit dem Aktivposten E.II. der Konzernbilanz.

Konzern-Eigenkapitalspiegel

Konzern-Eigenkapitalspiegel zum 31. Dezember 2017

	Erwirtschaftetes Konzern-eigenkapital €	Gesamtes Konzerneigenkapital €
Stand 31.12.2015	867.167.433,91	867.167.433,91
Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2015	0,00	0,00
Konzernjahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2016	43.233.740,09	43.233.740,09
Stand 31.12.2016	910.563.697,33	910.563.697,33
Dividendenzahlungen für das Geschäftsjahr 2016	0,00	0,00
Konzernjahresüberschuss 01.01. bis 31.12.2017	48.079.830,81	48.079.830,81
Stand 31.12.2017	958.643.528,14	958.643.528,14

Stuttgart, 23. März 2018

Württembergische Gemeinde-Versicherung auf Gegenseitigkeit

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Wir haben den Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., Stuttgart und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2017, der Konzerngesamtergebnisrechnung, der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Konzernanhang, einschließlich einer Zusammenfassung bedeutsamer Rechnungslegungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungs-

nachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Konzernabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Konzernabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Konzernabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Finanzinstrumenten und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Für den überwiegenden Teil der nicht notierten Finanzinstrumente, insbesondere Schuldverschreibungen und Darlehen sowie strukturierte Finanzinstrumente, werden die beizulegenden Zeitwerte mittels marktüblicher anerkannter Bewertungsverfahren, insbesondere Discounted Cashflow Methoden ermittelt. Als Eingangsdaten werden hierbei prinzipiell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter, vereinzelt aber auch instrumentenspezifische Modellparameter, wie z.B. laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge und Volatilitäten, verwendet. Bei der Festlegung dieser Bewertungsparameter bestehen ermessensbehafte Spielräume. Ferner übt der Vorstand unter Verwendung festgelegter Aufgreifkriterien Ermessen bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei allen wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten aus.

Infolge des bei der Festlegung der wesentlichen Bewertungsparameter im Rahmen der Bewertung nicht börsennotierter Finanzinstrumente als auch bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei den wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten bestehenden Ermessens handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die nicht börsennotierten Finanzinstrumente einen hohen Anteil am Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft aus.

Prüferisches Vorgehen

Für nicht notierte Finanzinstrumente haben wir die verwendeten Bewertungsverfahren dahingehend beurteilt, ob diese bei sachgerechter Anwendung eine verlässliche Ermittlung des Zeitwerts gewährleisten. Ferner haben wir die verwendeten Bewertungsparameter (insbesondere laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge sowie Volatilitäten und Wahrscheinlichkeitsschätzungen) untersucht.

Dabei haben wir ermessensabhängige am Markt beobachtbare Bewertungsparameter dahingehend untersucht, ob sich diese innerhalb einer am Markt beobachtbaren Bandbreite befinden bzw. ob instrumentenspezifisch verwendete Bewertungsparameter geeignet sind. In diesem Zusammenhang haben wir die am Markt beobachtbaren verwendeten Bewertungsparameter durch Abgleich mit öffentlich verfügbaren Bewertungsparametern in Stichproben abgeglichen bzw. instrumentenspezifische Bewertungsparameter auf deren Geeignetheit beurteilt und die errechneten Zeitwerte durch eigene Berechnungen unter Einsatz von speziell hierfür ausgebildeten Mitarbeitern validiert.

Die so ermittelten Zeitwerte nicht notierter Finanzinstrumente wurden gemeinsam mit den Zeitwerten für notierte Finanzinstrumente sodann bei der Prüfung im Hinblick auf eine mögliche Dauerhaftigkeit etwaiger Wertminderungen herangezogen. Die verwendeten Aufgreifkriterien zur Feststellung einer dauerhaften Wertminderung sowie deren stetige Anwendung waren ebenfalls Gegenstand unserer Prüfung. Hierbei haben wir insbesondere überprüft, ob für alle relevanten Finanzinstrumente eine dokumentierte Einschätzung im Hinblick auf eine vorliegende Wertminderungen getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sachgerecht und im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben ausgeübt wurden.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für die wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumente ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und zur Bestimmung von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten sind im Abschnitt „Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle unterteilt sich insbesondere in Rückstellungen für bekannte und unbekannte Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorschriften des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt einzeln je Schadenfall und basiert auf den Erkenntnissen und Informationen zum Bilanzstichtag sowie den Erfahrungen der Gesellschaft aus ähnlichen Schadenfällen.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bereits eingetretene aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle (unbekannte Versicherungsfälle) erfolgt auf der Grundlage eines statistischen Verfahrens, für das von der Gesellschaft spartenspezifische Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl nachgemeldeter Schäden sowie des voraussichtlich aufzuwendenden durch-

schnittlichen Entschädigungsbetrages zu Grunde gelegt werden. Bei der Gesellschaft basiert die Berechnung auf einem vergangenheitsbezogenen Beobachtungszeitraum von zehn Jahren, in den kurz abwickelnden Versicherungszweigen von sechs Jahren.

Es handelt sich hierbei um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt, da die Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in hohem Maß auf Schätzungen und Annahmen beruhen und daher das Risiko besteht, dass diese insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen nicht ausreichend bemessen sind. Zudem machen die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle mit Blick auf ihre relative Höhe einen hohen Anteil an der Bilanzsumme aus.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Abschlussprüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle und den dort zur Anwendung gelangten Verfahren, Methoden und Kontrollmechanismen auseinandergesetzt. Dabei haben wir durch Nachvollziehen der Bearbeitung einzelner Schadenfälle den Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung von der Schadenmeldung bis zur Abbildung in der Bilanz untersucht und die dort implementierten Kontrollen getestet.

Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von bekannten Versicherungsfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Basis der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind. Für diese Stichprobe haben wir weiter untersucht, ob die unternehmensinternen Vorgaben zur Schadenbearbeitung eingehalten wurden. Mit Blick auf die unter den Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ausgewiesenen Rentendeckungsrückstellungen haben wir durch eigene Nachberechnungen untersucht, ob diese unter Beachtung der handels- und aufsichtsrechtlichen Vorgaben rechnerisch richtig ermittelt wurden.

Darüber hinaus haben wir die der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für unbekannte Spätschäden zugrundeliegenden Verfahren und Methoden dahingehend beurteilt, ob sie grundsätzlich geeignet sind, eine sachgerechte Ermittlung der Rückstellungshöhe zu gewährleisten. Weiterhin haben wir durch eigene versicherungsmathematische Analysen und Berechnungen nachvollzogen, ob die der Schätzung zugrundeliegenden Parameter für die Spätschadenreserven des Geschäftsjahres (insbesondere Schadenanzahl und durchschnittliche Schadenhöhen) nachvollziehbar abgeleitet wurden.

Mit Blick auf die ausreichende Bemessung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle insgesamt haben wir für die sechs größten Versicherungszweige bzw. -arten auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren eigene Schadenprojektionen durchgeführt. Den hierbei von uns ermittelten besten Schätzwert haben wir mit den gebildeten Rückstellungen verglichen und so die insgesamt ausreichende Bemessung der Rückstellung beurteilt. Ferner haben wir beurteilt, ob die Brutto-Rückstellungen für

noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Vorjahren nach aktuellen Erkenntnissen ausgereicht haben, um die tatsächlich eingetretenen Schadenfälle zu decken und so Indikationen für die Angemessenheit der Schätzungen der Vergangenheit („Soll-Ist-Vergleich“) zu erhalten.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten. Angaben zur Zusammensetzung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für die betriebenen Versicherungszweige bzw. -arten finden sich im Abschnitt „Angaben zur Bilanz – Passiva/Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen“ des Anhangs.

3. Bewertung der Deckungsrückstellung einschließlich der Zinszusatzreserve

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Ermittlung der Deckungsrückstellung erfolgt überwiegend auf Basis der prospektiven Methode nach § 341f HGB sowie § 25 RechVersV unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen und enthält diverse Annahmen zur Biometrie (unter anderem Sterblichkeit bzw. Langlebigkeit, Berufsunfähigkeit), zu den Kosten und zur Verzinsung der versicherungstechnischen Verpflichtungen. Die Rechnungsgrundlagen basieren zum einen auf den tariflichen Rechnungsgrundlagen der Beitragskalkulation und zum anderen auf aktuellen Rechnungsgrundlagen. Letztere können sich aus rechtlichen Vorschriften ergeben, wie z.B. der Referenzzinssatz gemäß der Verordnung über Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung (DeckRV), oder aus Veröffentlichungen der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV), wie z.B. eine aktuellere Sterbetafel für das Langlebighkeitsrisiko. Außerdem fließen unternehmensindividuell abgeleitete Annahmen ein, wie Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten oder biometrische Annahmen, die von den von der DAV veröffentlichten Tafeln abweichen.

Gemäß § 341e Abs. 1 HGB haben Versicherungsunternehmen versicherungstechnische Rückstellungen auch insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Dabei sind die im Interesse der Versicherten erlassenen aufsichtsrechtlichen Vorschriften über die bei der Berechnung der Rückstellungen zu verwendenden Rechnungsgrundlagen einschließlich des dafür anzusetzenden Rechnungszinsfußes und über die Zuweisung bestimmter Kapitalerträge zu den Rückstellungen zu berücksichtigen.

Insbesondere sind nach § 341f Absatz 2 HGB in Verbindung mit § 5 Absatz 3 und 4 DeckRV bei der Bildung der Deckungsrückstellung auch gegenüber den Versicherern eingegangene Zinssatzverpflichtungen zu berücksichtigen, sofern die derzeitigen oder zu erwartenden Erträge der Vermögenswerte des Unternehmens für die Deckung dieser Verpflichtungen nicht ausreichen. Dies führt zur Bildung einer Zinszusatzreserve als Teil der Deckungsrückstellung.

Bei der Ermittlung dieser Zinszusatzreserve werden die Wahlrechte des BaFin-Schreibens „Erläuterungen zur Berechnung der Zinszusatzreserve für den Neubestand und der Dotierung der Zinsverstärkung für den Altbestand“ vom 5. Oktober 2016 teilweise ausgeübt. Die Gesellschaft setzt in diesem Zusammenhang Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten an, bei deren Festlegung Ermessensspielräume bestehen. Hier wirken sich insbesondere Annahmen über das Verhalten der Versicherungsnehmer aus. Außerdem hat die Gesellschaft bei Kapitallebensversicherungen biometrische Rechnungsgrundlagen mit gegenüber der Kalkulation reduzierten Sicherheitszuschlägen verwendet, die auf beobachtbaren Entwicklungen im Bestand der Gesellschaft basieren und die ebenfalls Ermessensspielräume beinhalten.

Aufgrund der Höhe der Deckungsrückstellung als auch aufgrund der Ermessensspielräume und Schätzungen bei der Ermittlung der Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten sowie den biometrischen Rechnungsgrundlagen erachten wir diesen Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Prozesse zur Ermittlung der Deckungsrückstellung (einschließlich der Zinszusatzreserve) aufgenommen und die implementierten Kontrollen in diesen Prozessen auf ihre Wirksamkeit beurteilt und getestet. Die getesteten Kontrollen decken unter anderem die Vollständigkeit und Richtigkeit des Bestandes ab.

Darüber hinaus haben wir analytische und Einzelfallprüfungshandlungen durchgeführt. Durch eine Hochrechnung der Deckungsrückstellung auf Basis der Gewinnerlegungen der vergangenen Jahre und der aktuellen Bestandsentwicklung haben wir eine Erwartungshaltung formuliert und diese mit den bilanzierten Werten verglichen. Des Weiteren haben wir für ausgewählte Teilbestände bzw. Verträge die tarifliche Deckungsrückstellung und die Zinszusatzreserve nachgerechnet. Zusätzlich haben wir Kennzahlen- und Zeitreihenanalysen durchgeführt, um die Entwicklung der Deckungsrückstellung insgesamt sowie für Teilbestände oder Teilkomponenten im Zeitablauf zu plausibilisieren.

Ein Schwerpunkt unserer Prüfung lag in der Ableitung und Nachvollziehbarkeit der zugrundeliegenden Rechnungsgrundlagen.

Zur Prüfung der Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Deckungsrückstellung, insbesondere im Hinblick auf die Wahlrechte des BaFin-Schreibens vom 5. Oktober 2016 für die Berechnung der Zinszusatzreserve, haben wir die Herleitung der Rechnungsgrundlagen auf Basis der historischen und

aktuellen Bestandsentwicklung, der Gewinnerlegung sowie der zukünftigen Erwartung des Unternehmens an der Verhalten der Versicherungsnehmer einer kritischen Würdigung unterzogen. Bei unserer Beurteilung der Angemessenheit der angesetzten Rechnungsgrundlagen haben wir insbesondere auch die Empfehlungen und Veröffentlichungen der DAV und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) herangezogen.

Weiterhin haben wir den Erläuterungsbericht sowie den Angemessenheitsbericht des Verantwortlichen Aktuars als auch die Ergebnisse der jährlichen Prognoserechnung gemäß BaFin-Anforderung daraufhin kritisch durchgesehen, ob bei der Bewertung der Deckungsrückstellung alle Risiken im Hinblick auf die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen und die dauernde Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge berücksichtigt wurden.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Deckungsrückstellungen einschließlich der Zinszusatzreserve ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zu den Grundsätzen der Bewertung der Deckungsrückstellung und der hierbei angesetzten Rechnungsgrundlagen sind im Abschnitt „Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die im Konzernlagebericht enthaltene nichtfinanzielle Konzernklärung.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, es sei denn, es besteht die Absicht den Konzern zu liquidieren oder der Einstellung des Geschäftsbetriebs oder es besteht keine realistische Alternative dazu.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentli-

che falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten

können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Konzernabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt;
- holen wir ausreichende, geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Überwachung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile;
- beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Konzernabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am

bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 12. Mai 2017 als Konzernabschlussprüfer bestimmt. Wir wurden am 11. August 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Konzernabschlussprüfer der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Freiling.

Stuttgart, den 26. März 2018

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart

Dr. Freiling

Wirtschaftsprüfer

Karsak

Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die Geschäftsführung des Vorstands intensiv überwacht und sich durch den Vorstand regelmäßig und eingehend über den Gang der Geschäfte und die Lage des Konzerns unterrichten lassen. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung hat sich der Aufsichtsrat angemessen einbinden lassen. Darüber hinaus standen der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorstand in laufendem Kontakt zu wesentlichen Fragestellungen.

Der Aufsichtsrat hat sich mit den Entwicklungen auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten, den Folgen der anhaltenden Niedrigzinsphase sowie den Änderungen der regulatorischen Anforderungen und deren Auswirkungen auf den Konzern beschäftigt. Die Solvabilitäts-situation unter Solvency II stand ebenfalls im Blickpunkt.

Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich im Plenum diskutiert und beurteilt.

Der Aufsichtsrat hat sich beim Vorstand regelmäßig und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung informiert. Dies beinhaltete auch die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement.

Der Konzernabschluss und der Konzern-Lagebericht 2017 sind durch den gemäß § 341k Abs. 2 HGB i. V. mit § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB bestellten Abschlussprüfer, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, als Pflichtprüfer geprüft, in Ordnung befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bericht des Abschlussprüfers vom 26. März 2018 hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Das Ergebnis der Prüfung ist in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats vom 12. April 2018 vom Abschlussprüfer erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden.

Den Konzernabschluss und den Konzern-Lagebericht hat der Aufsichtsrat geprüft. Nach dem Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Er billigt den Konzernabschluss, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Für die im Berichtsjahr geleistete erfolgreiche Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank aus. Den kommunalen und privaten Mitgliedern dankt er für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Stuttgart, den 12. April 2018

Der Aufsichtsrat

Roger Kehle Vorsitzender	Joachim Walter 1. stellvertretender Vorsitzender	Helmut Reitemann 2. stellvertretender Vorsitzender	Hans-Martin Kempter 3. stellvertretender Vorsitzender	
Benjamin Binder	Markus Binder	Harry Brunnet	Bettina Dannenmann	Wilfried Dölker
Christine Eismann	Gudrun Heute-Bluhm	Prof. Dr. Felix Hammer	Erwin Hartmann	Peter Jahn
Ljiljana Jakovljevic	Sylvia Kern	Jochen Müller	Dr. Matthias Neth	Dr. Daniel Rapp
Stephan Scholl	Dr. Heinz-Werner Schulte			

Geschäftsbericht 2017

**Württembergische
Gemeinde-Versicherung a.G.**

Tübinger Straße 55, 70178 Stuttgart

www.wgv.de

Organe

Aufsichtsrat

Roger Kehle

Präsident des Gemeindetags
Baden-Württemberg
— Vorsitzender, ab 11.07.2017—
— 1. stellvertretender
Vorsitzender, bis 11.07.2017—

Helmut Jahn

Landrat i. R.
des Hohenlohekreises
— Vorsitzender —
bis 11.07.2017

Joachim Walter

Landrat
des Landkreises Tübingen
— 1. stellvertretender
Vorsitzender, ab 11.07.2017—

Helmut Reitemann

Oberbürgermeister i.R.
der Stadt Balingen
— 2. stellvertretender
Vorsitzender, ab 11.07.2017—

Helmut Himmelsbach

Oberbürgermeister i.R.
der Stadt Heilbronn
— 2. stellvertretender
Vorsitzender —
bis 11.07.2017

Hans-Martin Kempter

Betriebsratsvorsitzender
— 3. stellvertretender
Vorsitzender —
— Arbeitnehmervertreter —

Benjamin Binder

DV-Koordinator
— Arbeitnehmervertreter —

Markus Binder

Direktionsbevollmächtigter
— Arbeitnehmervertreter —

Harry Brunnet

Bürgermeister
der Gemeinde Hardthausen am
Kocher
ab 11.07.2017

Bettina Dannenmann

stellvertretende Betriebsrats-
vorsitzende
— Arbeitnehmervertreterin —

Wilfried Dölker

Bürgermeister i.R.
der Stadt Holzgerlingen

Christine Eismann

Sachbearbeiterin
— Arbeitnehmervertreterin —

Prof. Stefan Gläser

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied i.R. des Städtetags
Baden-Württemberg
bis 11.07.2017

Gudrun Heute-Bluhm

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied des Städtetags
Baden-Württemberg
ab 11.07.2017

Prof. Dr. Felix Hammer

Diözesanjustitiar beim
Bischöflichen Ordinariat
Rottenburg

Erwin Hartmann

Oberkirchenrat beim
Evangelischen Oberkirchenrat
Stuttgart

Rudolf Heß

Bürgermeister i.R.
der Stadt Pfullingen
bis 11.07.2017

Peter Jahn

Bürgermeister
der Gemeinde Denkendorf

Ljiljana Jakovljevic

Teamleiterin
— Arbeitnehmervertreterin —

Sylvia Kern

Sachbearbeiterin
— Arbeitnehmervertreter —
ab 11.07.2017

Jochen Müller

Bürgermeister
der Gemeinde Korb
ab 11.07.2017

Dr. Matthias Neth

Landrat
des Landkreises Künzelsau
ab 11.07.2017

Dr. Daniel Rapp

Oberbürgermeister
der Stadt Ravensburg
ab 11.07.2017

Stephan Scholl

Vorsitzender des Vorstands
der Sparkasse Pforzheim Calw

Dr. Heinz-Werner Schulte

Vorsitzender des Vorstands
der Kreissparkasse Ludwigsburg

Torsten Widmann

Teamleiter
— Arbeitnehmervertreter —
bis 31.03.2017

Robert Wiedemann

Bürgermeister i. R.
der Gemeinde Baienfurt
bis 11.07.2017

Vorstand

Hans-Joachim Haug

Stuttgart
— Vorsitzender —
bis 31.12.2017

Dr. Klaus Brachmann

Stuttgart
— Vorsitzender, ab 01.01.2018—
— stellvertretender
Vorsitzender, bis 31.12.2017 —

Achim Schweizer

Stuttgart
bis 17.06.2017

Dr. Jochen Kriegmeier

Korntal-Münchingen
ab 01.10.2017

Dr. Frank Welfens

Unterföhring
ab 01.10.2017

Geschäftsgebiet

Nach § 1 Abs. 2 der Satzung ist das Geschäftsgebiet das Gebiet des früheren Landes Württemberg mit Hohenzollern.

Betriebene Versicherungsweige und -arten im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Unfallversicherung

- Einzel-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
- Gruppen-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
- Übrige und nicht aufgliederte Allgemeine Unfallversicherung
- Kraftfahrtunfallversicherung

Haftpflichtversicherung

- Privathaftpflichtversicherung
- Betriebs- und Berufshaftpflichtversicherung
- Umwelt-Haftpflichtversicherung
- Umweltschadenversicherung
- Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung
- Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung
- Strahlen-Haftpflichtversicherung
- Übrige und nicht aufgliederte Allgemeine Haftpflichtversicherung

Kraftfahrtversicherung

- Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
- Fahrzeugvollversicherung
- Fahrzeugteilversicherung

Feuer- und Sachversicherung

- Feuerversicherung
- Verbundene Hausratversicherung
- Verbundene Wohngebäudeversicherung
- Sonstige Sachversicherung
 - Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
 - Leitungswasserversicherung
 - Glasversicherung
- Technische Versicherungen
 - Maschinenversicherung
 - Elektronikversicherung
 - Bauleistungsversicherung
- Sonstige Sachschadenversicherungen
 - Ausstellungsversicherung
 - Garderobenversicherung
 - Musikinstrumentversicherung
 - Kraftfahrtgepäckversicherung
 - Reisegepäckversicherung

Transportversicherung

- Sportboot-Kaskoversicherung

Beistandsleistungsversicherung

- Schutzbriefversicherung

Sonstige Versicherungen

- Betriebsunterbrechungsversicherung
- Schlüsselverlustversicherung
- Allgefahrenversicherung
- Inhaltsversicherung
- Vertrauensschadenversicherung
- Verbundene Gebäudeversicherung von Körperschaften
- Bodenkaskoversicherung
- übrige und nicht aufgliederte gemischte Versicherung

Betriebene Versicherungsweige und -arten im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

Unfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Feuer- und Sachversicherung

- Feuerversicherung
- Leitungswasserversicherung
- Verbundene Hausratversicherung
- Verbundene Gebäudeversicherung

Vertrauensschadenversicherung

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich in 2017 weiter beschleunigt und verfestigt. Im ersten Halbjahr 2017 haben sowohl der Konsum, die Investitionen als auch der Außenhandel zum Wachstum beigetragen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren konnte das Tempo nochmals erhöht werden. Im Jahr 2016 war das BIP bereits deutlich um 1,9 % und 2015 um 1,7 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,3 % lag. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2017 von rund 44,3 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Damit wurde die höchste Zahl an Erwerbstätigen seit der Wiedervereinigung erreicht. Der seit 12 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit setzte sich 2017 dynamisch fort. Mit einem Plus von 638.000 Personen oder 1,5 % gegenüber dem Vorjahr gab es die stärkste Zunahme seit dem Jahr 2007 (+ 690.000 Personen oder + 1,7 %). Im Jahresdurchschnitt 2017 betrug die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen nach Definition des Sozialgesetzbuches (SGB) rund 2,5 Millionen. Das waren 158.000 weniger (-5,9 %) als im Vorjahr. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank von 6,1 % im Jahr 2016 auf 5,7 % im Jahr 2017.

Der Zinssatz für 3-monatige Termingelder in Euro im Interbankengeschäft (3-Monats-Euribor) blieb im Jahresverlauf nahezu stabil mit einem nur geringen Rückgang von -0,32 % auf -0,33 %. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg im Jahresverlauf von 0,21 % auf 0,43 %, dies jedoch unter erheblichen Schwankungen. So lag die Rendite im Tief bei 0,15 %, um danach auf 0,60 % zu steigen. Die Volatilität an den Aktienmärkten ging trotz der weiterhin unsicheren Situation zum beschlossenen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, den Spannungen in Katalonien und den Differenzen zwischen Nordkorea und den USA deutlich zurück. Im Kalenderjahr 2017 stieg der Eurostoxx50-Performance-Index im Jahresverlauf um 9,2 %, der Deutsche Aktien-Index DAX konnte um 12,5 % zulegen.

Der Anstieg der Weltproduktion, gerechnet auf Basis von Kaufkraftparitäten, wird sich nach Einschätzungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft von 3,8 % in 2017 auf 3,9 % in 2018 erhöhen und sich 2019 leicht auf 3,6 % abschwächen. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften steigt die Produktion in den kommenden beiden Jahren weiter kräftig. Vor dem Hintergrund einer nur langsamen Straffung der expansiven Geldpolitik, zunehmender Anregungen von Seiten der Finanzpolitik und einer wieder kräftiger steigenden Nachfrage in den Entwicklungs- und Schwellenländern erwarten das ifw Kiel, dass der Produktionsanstieg in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den kommenden beiden Jahren kaum an Fahrt verliert. In Deutschland stellt die schleppende Regierungsbildung auf Bundesebene kein

bedeutsames Konjunkturrisiko dar. Für 2018 wird preisbereinigt abermals mit einem sehr kräftigen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,5 % gerechnet.

Die deutschen Schaden- und Unfallversicherer verzeichneten nach vorläufiger Rechnung im Geschäftsjahr 2017 ein gutes versicherungstechnisches Gesamtergebnis. Nach aktuellen Hochrechnungen stiegen die gebuchten Bruttobeiträge 2017 um 2,9 % auf 68,2 Mrd. €. Der Aufwand für Geschäftsjahresschäden stieg um 3,2 % auf 50,8 Mrd. €. Die Schaden-Kostenquote lag mit 95,0 % auf dem Niveau des Vorjahres. In der Kraftfahrtversicherung wird für 2017 ein Beitragsanstieg von 4,1 % auf 27,0 Mrd. € erwartet; bei einem leichten Anstieg der Schaden-Kosten-Quoten wird sowohl in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung als auch in den Kasko-Sparten ein ausgeglichenes bis leicht positives Ergebnis erwartet.

Für das laufende Geschäftsjahr werden weiter verhaltene Wachstumsaussichten gesehen.

Versicherungsgeschäft insgesamt

Das Geschäftsjahr 2017 der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. ist durch leicht rückläufige Bestände, steigende Beitragseinnahmen und gute Brutto-Schadenverläufe gekennzeichnet. Die verdienten Nettobeiträge stiegen um 6.612 T€ (2,7 %) auf 254.302 T€, die Netto-Schadenaufwendungen verringerten sich um 12.452 T€ (-6,3 %) auf 186.224 T€.

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft insgesamt

Die folgenden Angaben betreffen, sofern nicht anders angegeben, das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft brutto. Die Bestandszahlen des Vorjahres wurden aufgrund einer geänderten Zählweise angepasst.

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft bestanden am Bilanzstichtag 2.064.894 Versicherungsverträge; dies waren 12.314 Verträge oder -0,6 % weniger als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt. Der Rückgang resultiert dabei im Wesentlichen aus der Umschichtung des Neugeschäfts zur WGV-Versicherung AG. Die gebuchten Beiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 8.273 T€ oder 2,7 % auf 319.760 T€ erhöht. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle reduzierten sich um 10,4 % auf 214.157 T€, was im Wesentlichen auf die Elementarschäden aus den Unwetterereignissen „Elvira“ und „Neele“ im Vorjahr sowie ein höheres Abwicklungsergebnis im Geschäftsjahr zurückzuführen war.

Die Aufwendungen des Versicherungsbetriebs für das selbst abgeschlossene Geschäft lagen bei 24.734 T€ (Vorjahr 26.490 T€). Die Kostenquote betrug 7,7 % (Vorjahr 8,5 %). Netto, das heißt nach Abzug der Rückversicherungsprovisionen, verblieb ein Kostensatz von 5,3 % (Vorjahr 6,4 %). Durch diese im Verhältnis zu anderen Unternehmen sehr niedrige Kostenbelastung können wir unseren Mitgliedern gerade auch im Vergleich zu anderen Versicherungsgesellschaften weiterhin äußerst günstige Tarife bieten.

Aus dem im Geschäftsjahr 2017 erzielten versicherungstechnischem Überschuss konnten 10.270 T€ den Rückstellungen für die erfolgsabhängige Beitragsrück-erstattung zugeführt werden.

Versicherungsgeschäft im Einzelnen

	Bestandsentwicklung *		gebuchte Bruttobeiträge		Schaden-Kostenquote	
	Anzahl Verträge	Veränderung zum VJ	T€	Veränderung zum VJ	%	Veränderung zum VJ in %-Pkt
Gesamtgeschäft	2.064.894	-0,6 %	331.756	2,7 %	74,9 %	-9,7
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	2.064.894	-0,6 %	319.760	2,7 %	74,7 %	-10,6
Unfall	144.464	-1,0 %	11.626	0,9 %	46,3 %	-7,0
Allgemeine Haftpflicht	293.180	-4,9 %	43.639	2,3 %	72,3 %	-2,3
Kraftfahrt gesamt	1.048.527	1,0 %	170.848	2,8 %	93,0 %	-3,2
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	583.988	1,2 %	92.242	2,7 %	85,7 %	-4,8
Sonstige Kraftfahrt	464.539	0,7 %	78.606	2,9 %	101,5 %	-1,3
Feuer	1.200	-2,2 %	781	2,3 %	5,9 %	-7,0
Verbundene Hausrat	180.608	-5,1 %	11.015	-0,8 %	43,9 %	-3,4
Verbundene Wohngebäude	88.528	1,3 %	19.235	6,3 %	55,7 %	-14,7
Einbruchdiebstahl und Raub	435	-6,3 %	200	-1,3 %	18,3 %	-0,2
Leitungswasser	1.425	-28,6 %	920	-29,0 %	117,1 %	16,1
Glas	82.385	-2,0 %	3.510	1,2 %	86,2 %	17,8
Technische Versicherung	4.675	-4,9 %	8.932	3,0 %	28,0 %	1,3
Sonstige Schadenversicherung	4.946	-3,7 %	2.288	0,9 %	47,4 %	8,4
Sonstige Versicherungen gesamt	85.071	2,1 %	45.512	3,5 %	40,9 %	-52,4
Betriebsunterbrechung	484	-2,4 %	1.052	9,0 %	26,5 %	2,9
Inhaltsversicherung	2.094	2,5 %	7.449	3,9 %	39,7 %	-63,6
Vertrauensschadenversicherung	1.981	0,8 %	9.690	0,9 %	69,4 %	-29,1
Verbundene Gebäudeversicherung von Körperschaften	79.368	2,1 %	24.076	0,8 %	31,1 %	-62,5
Beistandsleistungsversicherung	129.450	2,1 %	1.254	2,4 %	86,5 %	-41,2
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft gesamt			11.996	3,3 %	79,9 %	14,4

* Die Vorjahreszahl wurde aufgrund einer geänderten Zählweise angepasst.

Bestand und Beitragseinnahme

In der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung konnte der Vertragsbestand um 1,2 % (7.140 Verträge) weiter ausgebaut werden. Die Beitragseinnahmen stiegen dabei um 2,7 % (2.407 T€).

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung stieg bei leicht steigendem Bestand (0,7 %) der Beitrag um (2,9 %).

In der insgesamt im Rahmen der Erwartungen liegenden Entwicklung der Bestände und Beiträge in den Haftpflicht-, Unfall- und Sachversicherungen sind die weiterhin erfreulichen Entwicklungen in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung mit einem Bestandswachstum von 1,3 % (1.093 Verträge) und mit einem Beitragswachstum von 1.132 T€ (6,3 %) sowie in der Verbundenen Gebäudeversicherung von Körperschaften (Beitragswachstum 0,8 %) hervorzuheben. Der Rückgang der Bestände in der Allgemeinen Haftpflicht- und der Verbundenen Hausratversicherung erfolgte planmäßig durch die Umschichtung des Neugeschäftes auf die WGV-Versicherung AG.

Schaden und Kosten

Die Kostenseite entwickelte sich erfreulich; die Kostenquote betrug 7,7 %.

Das Abwicklungsergebnis der Vorjahre verbesserte sich insgesamt um 22,7 % (12.259 T€) auf 66.205 T€. Ursächlich hierfür war eine deutlich höhere Abwicklung der Vorjahresschäden in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung und, basierend auf Einmaleffekten, in der Verbundenen Gebäudeversicherung von Körperschaften.

Die Schaden-Kostenquote insgesamt lag mit 74,7 % um 10,6 %-Punkte unter dem Vorjahresniveau.

Schadenseitig entwickelte sich die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung zufriedenstellend. Die steigende Geschäftsjahresschadenquote konnte durch ein höheres Abwicklungsergebnis aus den Vorjahren kompensiert werden. Die Brutto-Schadenaufwendungen sanken um 2.226 T€ (3,0 %) auf 72.175 T€.

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung ergaben sich Belastungen durch mehrere kleinere bis mittelgroße Hagelunwetter. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich sowohl in der Sonstigen Kraftfahrtversicherung als auch in den Sachversicherungen eine deutliche höhere Zuführung zur Schwankungsrückstellung. Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung insgesamt liegt letztlich deutlich über dem Vorjahresniveau.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wies im Berichtsjahr verdiente Brutto-Beitragseinnahmen in Höhe von 12.006 T€ (+3,5 %) auf. Der Netto-Schadenaufwand stieg gegenüber dem Vorjahr um 1.924 T€ auf 5.605 T€. Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 493 T€ (Vorjahr 1.896 T€) schloss das versicherungstechnische Geschäft mit einem Gewinn von 1.709 T€ (Vorjahr 1.898 T€) ab.

Kapitalanlagen und Kapitalanlageergebnis

Der Bestand an Kapitalanlagen betrug am Bilanzstichtag 1.156.582 T€. Er lag um 4,1 % höher als im Vorjahr. Die Kapitalerträge beliefen sich auf 36.322 T€ (Vorjahr 26.730 T€). Die nach der Verbandsformel errechnete Durchschnittsrendite der Kapitalanlagen lag im Berichtsjahr bei 2,12 % (Vorjahr 1,37 %). Unter Schwankungen gingen die erzielbaren Renditen bei Neuanlagen durch die Entwicklung der Kapitalmärkte nochmals zurück. Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. ist Alleingesellschafterin der WGV Holding AG, die wesentliche Erträge im Konzern erwirtschaftet. Diese Erträge wurden bei der WGV Holding AG thesauriert und flossen damit nicht in die Kapitalerträge der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. mit ein. Die Aufwendungen für Kapitalanlagen stiegen um 6.670 T€ auf 19.331 T€. Die darin enthaltenen Abschreibungen betragen 14.323 T€ (Vorjahr 5.981 T€). Der Ertragssaldo aus den Kapitalanlagen betrug in 2017 vor technischem Zinsertrag 16.991 T€ (Vorjahr 14.069 T€). Weitere Informationen zu diesem Bereich sind im Risikobericht enthalten.

Der Liquiditätsbedarf wird aus dem laufenden Versicherungsgeschäft sowie ggf. den Einschusspflichten der Rückversicherer gedeckt. Die Liquiditätsplanung ist zentraler Bestandteil der Anlageplanung.

Jahresergebnis

Nach Aufwendungen für die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung von 10.270 T€ und einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung in Höhe von 22.768 T€ (Vorjahr 11.004 T€), schloss das selbst abgeschlossene Geschäft mit einem Gewinn für eigene Rechnung von 16.692 T€ (Vorjahr 6.378 T€) und das übernommene Geschäft mit einem Gewinn von 1.709 T€ (Vorjahr 1.898 T€) ab. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen betrug 14.804 T€ (Vorjahr 11.909 T€). Bei der Saldierung der übrigen Erträge und Aufwendungen ergab sich ein Saldo von -2.637 T€ (Vorjahr -487 T€), so dass sich als Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit ein Gewinn von 30.568 T€ (Vorjahr 19.698 T€) errechnete. Nach einem Steueraufwand von 12.626 T€ (Vorjahr 7.504 T€) ergab sich ein Jahresüberschuss von 17.942 T€ (Vorjahr 12.194 T€), der der Verlustrücklage nach §193 VAG und den anderen Gewinnrücklagen zugeführt wurde. Die Verlustrücklage erreicht am 31.12.2017 einen Stand von 163.428 T€ (Vorjahr 161.634 T€), die anderen Gewinnrücklagen belaufen sich auf 371.692 T€ (Vorjahr 355.545 T€).

Risikobericht

Das Risikofrüherkennungssystem dient der frühzeitigen Identifikation von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben oder den Bestand des Unternehmens gefährden könnten.

Die Risikostrategie findet ihre Konkretisierung im Risiko-Management-Handbuch. Anhand einer regelmäßigen Risikoinventur werden die grundsätzlich in allen Unternehmensteilen und -prozessen möglichen Risiken systematisch identifiziert, analysiert und bewertet. Die Bewertung der Risiken durch das zentrale Risikomanagement wird hierbei durch Risikoverantwortliche aus den Fachbereichen unterstützt. Durch monatliche Ist-Abschlüsse in Kapitalanlage und Versicherungstechnik werden bilanzielle Effekte frühzeitig in den Steuerungs- und Risikofrüherkennungsprozess mit einbezogen.

Aufsichtsrat und Vorstand werden regelmäßig über die Risikosituation des Unternehmens informiert.

Versicherungstechnische Risiken

Die zentralen Risiken im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft liegen in nicht auskömmlichen Tarifen sowie nicht ausreichend gebildeten Schadenrückstellungen.

Aufgrund der satzungsgemäßen Beschränkung der Geschäftstätigkeit auf Württemberg liegt eine regionale Häufung von Risiken im Geschäftsgebiet vor, ein überregionaler Risikoausgleich ist nicht möglich.

Das Prämien-/Schadenrisiko wird im Rahmen des laufenden Berichtswesens permanent überwacht, risikomindernde Annahmerichtlinien sowie eine laufende risikoadäquate Gestaltung der Tariflandschaft dienen der frühzeitigen Identifikation und Nichtannahme erkennbar schlechter Risiken.

Die Angemessenheit der Schadenreserven wird durch die Schadenabteilungen auf Basis der Einzelschäden permanent überwacht, turnusmäßig erfolgt zudem eine Analyse der Schadenreserven mithilfe mathematischer Verfahren.

Rückversicherungsschutz

Die Risiken aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft – insbesondere Großrisiken aus Elementarschadenereignissen oder Risiken aus den Haftpflichtsparten – sind unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen rückgedeckt. Die Zession erfolgt dabei jeweils an mehrere Rückversicherer mit erstklassigen Ratings.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft waren zum Bilanzstichtag Forderungen mit einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen in einer Höhe unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres zu verzeichnen. Die durchschnittliche Forderungsausfallquote der vergangenen 3 Jahre lag unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge. Bei den Forderungen gegen Versicherungsvertreter sowie gegen Rückversicherer kam es zu keinerlei nennenswerten Zahlungs-

verzögerungen oder -ausfällen. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft war daher insgesamt als unbedeutend zu betrachten.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebereich waren bei jeder Entscheidung die Anlagegrundsätze des § 124 VAG Grundlage des Handelns, wonach das Vermögen unter Berücksichtigung des Versicherungsgeschäfts und der Unternehmensstruktur so angelegt wird, dass möglichst große Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität erreicht wird. Weitere Risikominimierungen werden durch Mischungs- und Streuungsentscheidungen nach Anlagearten, Emittenten und Regionen erzielt.

Anlagerichtlinien, Mandate und Überwachung

Die Steuerung und Überwachung des Anlagemanagements erfolgt durch Anlagerichtlinien, laufende Berichterstattung und periodische Anlagesitzungen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig unterrichtet. Bei der Vergabe von externen Mandaten für Spezialfonds wird die Anlagepolitik durch Festlegung eines Fondsprofils und durch Vorgabe von Anlagegrundsätzen und Zielvorgaben laufend gesteuert und durch regelmäßige Berichterstattung und Anlageausschusssitzungen überwacht.

Marktpreisrisiken

Die festverzinslichen Wertpapiere sind Hauptbestandteil des Kapitalanlagenbestandes. Dem Risiko aus Zinsänderungen wird durch Laufzeitmanagement begegnet. Die Bestände lauten, bis auf geringe Beimischungen, auf Euro, so dass Währungsrisiken nicht gegeben sind. Die nachfolgende Szenarioanalyse zum 31.12.2017 umfasst sowohl direkt als auch über Fonds gehaltene Aktien und festverzinsliche Wertpapiere. Bei den festverzinslichen Wertpapieren werden auch die im Anlagevermögen gehaltenen Papiere berücksichtigt, nicht aber Namenspapiere oder Schuldscheindarlehen.

Anlageklasse	Szenario	Marktwert- änderung
Aktien	Aktienkurse - 20 %	-14.904 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditeanstieg + 1 %	-8.775 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditerückgang - 1 %	9.315 T€

Bonitätsrisiken

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand waren 43,8 % von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Namensschuldverschreibungen und Darlehen enthalten, für die eine besondere Deckungsmasse besteht, eine Einlagensicherung, Institutsgarantie oder Gewährträgerhaftung gegeben war oder die von öffentlichen Haushalten gegeben wurden. Bei den restlichen Kapitalanlagebeständen handelt es sich in erster Linie um Genussscheine und nachrangige Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten und um Unternehmensanleihen, die im sogenannten Investment Grade-Rating eingestuft waren. Die in Spezialfonds gehaltenen Renten waren zu über 95,0 % im Investment Grade-Rating eingestuft.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Banken im Kapitalanlagebestand lag nach Buchwerten bei 41,7 %. Es unterlagen davon 54,8 % einer Sicherungseinrichtung bzw. es waren 32,1 % mit einer besonderen Deckungsmasse hinterlegt. Das Durchschnittsrating verzinslicher Wertpapiere im Gesamtbestand war im oberen Investment Grade-Bereich angesiedelt.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Staaten im Kapitalanlagenbestand lag bei 7,4 %. Der Anteil an Kapitalanlagen in den EWU-Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland) lag bei 2,3 % der Kapitalanlagen, zum Bilanzstichtag bestanden keine stillen Lasten.

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand befinden sich keine Kapitalanlagen in britischen Pfund. Beimischungen in Aktien, Beteiligungen oder Investmentanteilen sind in geringem Maße vorhanden. Wesentliche Risiken durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union bestehen nicht.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken werden durch den laufenden Abgleich der Zahlungsströme mit den Liquiditätsplänen gesteuert. Im Rahmen des Asset-Liability Managements erfolgt ein Abgleich der Laufzeitenstruktur der Kapitalanlagen mit denen der passivseitigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Liquiditätspuffer in hoch fungiblen Kapitalanlagen stellen die Zahlungsfähigkeit auch im Falle kurzfristig auftretender Auszahlungsspitzen sicher.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in allen Unternehmensbereichen ergeben. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Sicherheit und Verfügbarkeit der unternehmenskritischen DV-Systemlandschaft. Ein umfangreiches konzernweites DV-Sicherheitskonzept wird dabei durch ein nach ISO 27001 zertifiziertes Managementsystem für Informationssicherheit (ISMS) unterstützt.

Im Personalbereich wird das Risiko von Fehlbearbeitungen oder dolosen Handlungen anhand von Arbeitsanweisungen, Vollmachten sowie IT-gestützten Freigabe- und Stichprobensystemen reduziert. Zusätzlich ist die Innenrevision beauftragt, Prüfungen in allen relevanten Unternehmensbereichen durchzuführen.

Notfallkonzepte, die die Geschäftsführung im Krisenfall sicherstellen, unterliegen einer laufenden Weiterentwicklung und Überprüfung auf Wirksamkeit und Effizienz.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Nach den derzeitigen Erkenntnissen sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens kurz- oder mittelfristig gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich und nachhaltig beeinträchtigen könnten. Es ergibt sich eine deutliche Überdeckung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen. Details hierzu finden sich im Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) unter <http://www.wgv.de>.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch die angeführten vielschichtigen Maßnahmen Vorsorge getroffen wird, der geschilderten Risikolage des Unternehmens angemessen gerecht zu werden.

Erklärung zum Frauenanteil in Führungspositionen

	Frauenanteil Ziel	Zu erreichen bis	Erreichung 2017
Aufsichtsrat	19 %	30.06.2022	Ja
Vorstand	0 %	30.06.2022	Ja
Führungsebene 1	5 %	30.06.2022	Ja
Führungsebene 2	30 %	30.06.2022	Ja

Nichtfinanzielle Erklärung

Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. ist gem. §289b Abs. 2 HGB von der Erstellung einer nicht-finanziellen Erklärung gem. §289 b bis e HGB befreit. Die nichtfinanzielle Erklärung findet sich im Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit

Im Jahr 2016 beschäftigte die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. durchschnittlich 597 Frauen und 366 Männer inklusive Auszubildende. Davon waren 201 Frauen und 12 Männer im Rahmen eines Teilzeitarbeitsverhältnisses tätig.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern wird durch folgende Maßnahmen gefördert:

Berufliche Erstqualifikation, Neueinstellungen

Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. bietet als Ausbildungsbetrieb weiblichen wie männlichen Auszubildenden beste Übernahmekancen in unbefristete Arbeitsverhältnisse. Neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird gleichermaßen ein umfassendes, individuell auf die Tätigkeit abgestimmtes Einarbeitungsprogramm geboten.

Weiterbildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten

Regelmäßig wird eine Vielzahl an Schulungen, Seminaren und individuellen Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten. Hierfür ist ein umfassendes Schulungskonzept mit internen und externen, Fachlichkeit und Sozialkompetenz fördernden Schulungen, E-Learning und Blended Learning Maßnahmen eingerichtet. Alle Weiterbildungsmöglichkeiten sind weiblichen wie männlichen Mitarbeitern gleichermaßen zugänglich.

Fach- und Führungspositionen werden wenn möglich intern besetzt. Hierzu werden Mitarbeiter nicht nur in ihren individuellen Fähigkeiten, sondern auch durch entsprechende Mentoring- und Führungskräfteentwicklungsprogramme gefördert. Die Gewährleistung der Geschlechtergleichstellung ist auch hier selbstverständlich.

Entgeltgleichheit

Bei Neueinstellungen und Gehaltsänderungen im laufenden Arbeitsverhältnis wird sichergestellt, dass Frauen und Männer bei vergleichbarer Tätigkeit ein identisches Gehalt beziehen.

Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben

In Abhängigkeit der jeweiligen privaten und beruflichen Situation bestehen bei Mitarbeitern unterschiedliche Bedürfnisse an die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben. Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. bietet Frauen wie Männern Unterstützung durch flexible Arbeitszeiten mit einem umfassenden Gleitzeitkonzept, vielfältige Teilzeitmodelle, die Bereitstellung von Homeoffice-Arbeitsplätzen und die Möglichkeit von anlassbezogenem mobilen Arbeiten. In Phasen wie der Kinderbetreuung oder der Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger wird die Vereinbarkeit von Privat- und Berufsleben durch das Angebot externer Beratungsleistung in Betreuungsfragen und eine finanzielle Unterstützung bei der Kinderbetreuung erleichtert.

Dank an Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben durch Fleiß und hohe Leistungsbereitschaft die ihnen im Berichtsjahr gestellten umfangreichen Aufgaben zuverlässig und erfolgreich erfüllt. Wir sprechen ihnen auch an dieser Stelle für die geleistete gute Arbeit, die zur Bewältigung der umfangreichen Aufgaben beigetragen hat, Dank und Anerkennung aus. Die Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat war, wie in der Vergangenheit, sachlich und konstruktiv.

Chancen und voraussichtliche Entwicklung

Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. versichert nahezu alle Kommunen und kommunalen Einrichtungen im satzungsgemäß festgelegten Geschäftsgebiet Württemberg mit Hohenzollern. Vor dem Hintergrund dieses hohen Marktanteils verfügt die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. über sehr gute Kenntnisse der Bedürfnisse der kommunalen Mitglieder. Die hohe Eigenkapitalausstattung macht die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. zu einem verlässlichen Partner für die versicherten Mitglieder.

Auf Basis einer schlanken und flexiblen Organisationsstruktur mit einer im Marktvergleich sehr geringen Kostenbelastung sieht sich die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. in der Lage, den Versicherungsbedarf der kommunalen Mitglieder auch in Zukunft mit maßgeschneiderten Deckungskonzepten zu günstigen Preisen zu befriedigen.

Auch den privaten Mitgliedern können mit einer deutlich unter dem Marktdurchschnitt liegenden Kostenquote attraktive Versicherungsprodukte angeboten werden.

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem geringen Bestands- und Beitragswachstum für das institutionelle und private Versicherungsgeschäft ausgegangen. Die Bestände im institutionellen Geschäft lagen mit 111.683 Verträgen auf Vorjahresniveau, im Privatkundengeschäft sanken die Bestände um -0,7 % auf

1.953.211 Verträge, das Bestandswachstum lag damit innerhalb der Erwartungen von –1 % bis 0 %.

Die gebuchten Bruttobeiträge im institutionellen Geschäft lagen nach einer Steigerung von 3,5 % auf 94.515 T€ oberhalb der erwarteten Spanne von 91.491 T€ bis 93.339 T€. Das Beitragsniveau im Privatkundengeschäft entwickelte sich im Rahmen der Erwartungen. Die Beiträge erhöhten sich um 2,3 % auf 225.245 T€ und lagen damit innerhalb der prognostizierten Spanne von 222.293 T€ bis 226.783 T€.

Die Kostenquote wurde bei knapp 8 % erwartet, tatsächlich ergaben sich 7,7 %. Besser als erwartet verlief die Entwicklung der Schadenquote. Während von einer Spanne von 75 % bis 85 % ausgegangen wurde, ergab sich tatsächlich eine Schadenquote von 67,0 %.

Im Geschäftsjahr 2018 werden die gebuchten Bruttobeiträge im institutionellen Geschäft bei nahezu konstanten Vertragszahlen zwischen 95.558 T€ und 97.488 T€ liegen. Für das Privatkundengeschäft kann bei leicht sinkenden Vertragszahlen von einem Beitragsvolumen zwischen 226.174 T€ und 230.743 T€ ausgegangen werden. Für das gesamte selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden die gebuchten Bruttobeiträge daher zwischen 321.732 T€ und 328.231 T€ liegen.

Sofern Großschäden, z. B. durch flächendeckende Elementarschäden, ausbleiben, wird sich der Schadenaufwand moderat entwickeln, die Schadenquote wird unter diesen Voraussetzungen in der Bandbreite von 76 % – 86 % liegen.

Die Kosten werden etwas über dem Niveau des Vorjahres erwartet, die Kostenquote wird 2018 unter 9 % liegen.

Für die im Geschäftsjahr 2013 durch den Hagelsturm „Andreas“ stark belasteten Sparten Sonstige Kraffahrtversicherung, Verbundene Wohngebäudeversicherung sowie Verbundene Gebäudeversicherung von Körperschaften wird im Geschäftsjahr 2018 – ein moderater Geschäftsjahresschadenaufwand vorausgesetzt – weiterhin von einem deutlichen Zuführungsbedarf zur Schwankungsrückstellung ausgegangen.

Im übernommenen Versicherungsgeschäft lagen die gebuchten Bruttobeiträge planmäßig auf Vorjahresniveau, für das Geschäftsjahr 2018 wird von einem weitgehend konstanten Beitragsniveau ausgegangen.

Die auf Sicherheit und Diversifikation bedachte Anlagestrategie der letzten Jahre soll grundsätzlich weitergeführt werden. Nach wie vor steht durch die Politik der Notenbanken weltweit übermäßig viel Liquidität für

Investitionen in allen Assetklassen zur Verfügung. Daraus resultieren weiterhin sehr niedrige Renditen auf alle Laufzeiten deutscher Bundesanleihen sowie niedrige Risikoaufschläge für Finanzierungen von Banken. Das generelle Renditeniveau für unsere Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere bleibt daher weiterhin sehr niedrig. Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere werden sowohl regional, als auch über Sektoren und Einzelemittenten breit gestreut. Dem Bereich der Unternehmensanleihen wird gegenüber den Bundesanleihen weiterhin ein höheres Ertragspotenzial eingeräumt. Daher soll die Quote der Corporates ausgebaut werden. Zunehmend soll dabei auf die Vereinnahmung der Illiquiditätsprämie gesetzt werden. Dies soll aber wie die Strategie, in außereuropäische festverzinsliche Wertpapiere zu investieren, insbesondere über Spezialfondsmandate durchgeführt werden. Fremdwährungsrisiken werden dabei weiterhin jedoch nur in geringem Maße eingegangen.

Investitionen in Sachwerte sollen auch in 2018 einen Schwerpunkt der Anlage bilden. Dazu werden weitere Investitionen in erneuerbare Energien / Infrastruktur geplant. Neben Kapitalabrufen der bereits im Bestand befindlichen Investments sind neue, attraktiv erscheinende Investments in diesem Segment vorgesehen. Ein moderater Ausbau der Immobilienquote ist über Direktinvestitionen und über Spezialfonds angedacht.

Ergänzend sind bei vorgegebenem Risikokapital zusätzliche Aktieninvestitionen vorgesehen. Weiterhin werden darüber hinaus Anlagemöglichkeiten geprüft, die bei limitiertem Risiko zu einer Diversifikation des Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien beitragen können.

Aufgrund der niedrigen risikofreien Zinsen und der weiterhin niedrigen absoluten Renditen auch für Bank- und Unternehmensanleihen ist in 2018 mit einem im Vergleich zum Berichtsjahr leicht niedrigeren Kapitalanlageergebnis zu rechnen.

Stuttgart, 5. März 2018

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

Bilanz

Aktiva

Bilanz zum 31. Dezember 2017

	€	2017 €	€	2016 €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			299.569,03	97.793,10
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		85.972.996,25		90.623.664,35
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	124.760.958,04			124.760.958,04
2. Beteiligungen	21.772.023,84			14.824.303,25
		146.532.981,88		139.585.261,29
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	539.324.441,91			465.179.440,58
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	96.285.041,50			84.413.006,50
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	110.239.422,97			129.384.634,85
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	83.702.172,27			95.411.457,02
c) Übrige Ausleihungen	1.500.000,00			1.500.000,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	93.000.000,00			105.000.000,00
5. Andere Kapitalanlagen	25.406,96			25.406,96
		924.076.485,61		880.913.945,91
			1.156.582.463,74	1.111.122.871,55
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	395.706,20			423.824,19
2. Versicherungsvermittler	127.317,90			222.375,83
		523.024,10		646.200,02
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		7.350.403,85		10.983.983,99
III. Sonstige Forderungen		3.655.092,64		11.529.665,23
			11.528.520,59	23.159.849,24
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		3.336.099,00		3.460.527,00
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		23.557.913,30		16.116.866,44
			26.894.012,30	19.577.393,44
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		3.680.815,62		3.819.376,34
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		1.876.674,05		268.951,39
			5.557.489,67	4.088.327,73
			1.200.862.055,33	1.158.046.235,06

Passiva

	€	2017 €	€	2016 €
A. Eigenkapital				
I. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gem. § 193 VAG	163.428.305,74			161.633.545,75
2. Andere Gewinnrücklagen	371.692.374,14			355.545.374,14
		535.120.679,88		517.178.919,89
II. Bilanzgewinn		0,00		0,00
			535.120.679,88	517.178.919,89
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	2.531.844,42			2.516.128,31
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	398.215,02			378.296,97
		2.133.629,40		2.137.831,34
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	683.764.744,00			696.587.638,07
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	248.337.210,89			254.639.585,56
		435.427.533,11		441.948.052,51
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	11.541.939,78			10.964.122,73
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		11.541.939,78		10.964.122,73
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		107.760.596,69		84.500.043,29
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	265.087,29			241.893,20
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			2.200,00
		265.087,29		239.693,20
			557.128.786,27	539.789.743,07
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		56.596.854,00		53.776.294,00
II. Steuerrückstellungen		6.339.651,16		2.021.101,27
III. Sonstige Rückstellungen		8.635.906,41		8.042.225,08
			71.572.411,57	63.839.620,35
D. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			4.213.281,00	4.294.929,67
E. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	28.376.357,35			29.324.363,84
2. Versicherungsvermittlern	757.595,12			704.699,14
		29.133.952,47		30.029.062,98
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		2.894.965,58		1.394.933,10
III. Sonstige Verbindlichkeiten		662.141,80		1.370.322,36
			32.691.059,85	32.794.318,44
F. Rechnungsabgrenzungsposten			135.836,76	148.703,64
			1.200.862.055,33	1.158.046.235,06

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341f und 341g HGB sowie der aufgrund des § 88 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Stuttgart, 14. Februar 2018

Lieder
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2017	€	2017 €	€	2016 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	331.756.073,62			323.095.812,29
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>-77.458.407,95</u>			<u>-75.316.928,56</u>
		254.297.665,67		247.778.883,73
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-15.716,11			-115.347,01
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>19.918,05</u>			<u>26.778,28</u>
		4.201,94		-88.568,73
			254.301.867,61	247.690.315,00
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			2.037.157,83	1.995.283,83
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			165.300,96	47.362,31
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-232.584.733,80			-237.985.237,89
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>39.840.181,02</u>			<u>42.059.286,22</u>
		-192.744.552,78		-195.925.951,67
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	12.822.894,07			-4.719.347,81
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>-6.302.374,67</u>			<u>1.969.355,94</u>
		6.520.519,40		-2.749.991,87
			-186.224.033,38	-198.675.943,54
5. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			-25.394,09	-11.175,22
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunab- hängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-10.530.647,15	-9.714.987,79
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		-28.717.372,88		-30.399.815,10
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>11.843.248,06</u>		<u>11.425.423,68</u>
			-16.874.124,82	-18.974.391,42
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-1.188.276,87	-1.180.186,37
9. Zwischensumme			41.661.850,09	21.176.276,80
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			<u>-23.260.553,40</u>	<u>-12.899.857,36</u>
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (= Übertrag)			18.401.296,69	8.276.419,44

	€	2017 €	€	2016 €
Übertrag			18.401.296,69	8.276.419,44
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	577.050,38			112.011,80
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	5.323.287,17			5.297.334,26
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	25.058.253,97			18.893.408,02
	30.381.541,14			24.190.742,28
c) Erträge aus Zuschreibungen	913.341,67			1.786.832,10
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	4.449.718,03			640.723,92
		36.321.651,22		26.730.310,10
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-3.627.392,81			-5.913.894,23
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-14.322.646,13			-5.981.084,71
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-1.380.477,68			-765.992,41
		-19.330.516,62		-12.660.971,35
3. Technischer Zinsertrag		-2.187.480,37		-2.159.853,21
			14.803.654,23	11.909.485,54
4. Sonstige Erträge		70.396.166,61		67.287.597,24
5. Sonstige Aufwendungen		-73.033.348,60		-67.775.130,12
			-2.637.181,99	-487.532,88
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			30.567.768,93	19.698.372,10
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		-12.371.019,92		-7.246.960,41
8. Sonstige Steuern		-254.989,02		-257.716,90
			-12.626.008,94	-7.504.677,31
9. Jahresüberschuss			17.941.759,99	12.193.694,79
10. Entnahme aus der Kapitalrücklage			0,00	162.523,33
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 193 VAG		-1.794.759,99		-1.382.218,12
b) in andere Gewinnrücklagen		-16.147.000,00		-10.974.000,00
			-17.941.759,99	-12.356.218,12
12. Bilanzgewinn			0,00	0,00

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB sowie unter Berücksichtigung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) aufgestellt.

Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet.

Die Grundstücke, grundstücksgleichen Rechte und Bauten sind mit den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung der planmäßigen Abschreibungen bewertet.

Im Abschluss enthaltene Kapitalanlagen in fremder Währung werden zum Kurs am Tag ihrer Anschaffung in Euro umgerechnet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Währungsverluste werden berücksichtigt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten bilanziert und werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Beteiligungen werden zu ihren Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden im Wesentlichen dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Namenschuldverschreibungen sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagiobeträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt. Zeronamenschuldverschreibungen sind mit dem Anschaffungskurs zuzüglich nicht fälliger Zinsforderungen bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu Anschaffungskosten zu- oder abzüglich der kumulierten Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen Namensgenussscheine sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagiobeträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen bewertet.

Die anderen Kapitalanlagen sind mit ihren Anschaffungskosten bilanziert.

Sämtliche Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert. Von den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird eine auf Basis der Vorjahre ermittelte Pauschalwertberichtigung abgesetzt.

Sachanlagen werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Geringwertige Wirtschaftsgüter ab 150,00 € bis 1.000,00 € werden im Jahr der Anschaffung aktiviert und über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie alle übrigen Aktiva sind mit den Nominalbeträgen angesetzt und, soweit erforderlich, um Wertberichtigungen gekürzt.

Unter den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen aktiviert, soweit diese Aufwand für Folgejahre darstellen.

Die Zeitwerte der bebauten Grundstücke werden jährlich nach der Ertragswertmethode ermittelt, die unbebauten Grundstücke nach dem Sachwertverfahren und die im Bau befindlichen Gebäude werden mit den Herstellungskosten angesetzt.

Für die Ermittlung der Zeitwerte bei Beteiligungen werden Ertragswertmodelle herangezogen. Soweit ertragsorientierte Verfahren nicht zum Einsatz kommen konnten, wird das anteilige Eigenkapital herangezogen. Bei Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wird der Börsenjahresschlusskurs zur Bewertung herangezogen, andernfalls Ertragswerte. Für Spezialfonds wird der von der Kapitalanlagegesellschaft mitgeteilte Rücknahmepreis verwendet. Die Zeitwerte der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen werden auf Grundlage der Barwertmethode in einem internen Modell ermittelt, basierend auf aktuellen Zinsstrukturkurven und Credit Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit.

Bei einem Steuersatz von 30,5 % ergab sich aufgrund von Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in den Positionen „Rückstellung für nicht abgewickelte Versicherungsfälle“, „Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ und „Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ insgesamt ein Überhang an aktiven latenten Steuern. Auf den Ansatz dieser aktiven latenten Steuern wurde aufgrund des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB verzichtet.

Passiva

Die Bruttobeitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und die hierauf entfallenden Rückversicherungsanteile wurden grundsätzlich für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung des Kostenabzugs gemäß dem BMF-Erlass vom 30.04.1974 ermittelt; Anteile der Rückversicherer werden entsprechend dem vertraglichen Risikoanteil abgesetzt. Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft entsprechen den Aufgaben der Vorversicherer.

Die Rückstellung für bekannte, noch nicht abgewickelte Schadenfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts wird durch Einzelbewertung ermittelt. Für die am Bilanzstichtag noch nicht bekannten Fälle sind Spätschadenrückstellungen nach den Erfahrungen der Vergangenheit gebildet worden.

Für die Schulunfallversicherung wird die Rückstellung nach Erfahrungssätzen pauschal ermittelt.

Die Berechnung der HUK Renten-Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode. Es liegen die Sterbetafeln DAV 2006 HUR für Männer bzw. Frauen zugrunde. Bei Rentenfällen mit Eintritt der Leistungsverpflichtung bis 31.12.2011 betrug der Rechnungszins 2,21 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2012 betrug er 1,75 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2015 betrug er 1,25 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2017 betrug er 0,90 %. Zukünftige Regulierungskosten für Rentenfälle werden pauschal berücksichtigt.

Der technische Zinsertrag wird aus dem arithmetischen Mittel des Anfangs- und Endbestandes der Brutto-Rentendeckungsrückstellung mit 3,50 % errechnet.

Die zurückgestellten Schadenregulierungsaufwendungen werden nach dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 berechnet.

Forderungen aus Regressen werden abgesetzt.

Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden vertragsgemäß abgesetzt.

Im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden die Rückstellungen entsprechend den

Aufgaben der Vorversicherer bzw. nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung betrifft im Wesentlichen die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

Die Schwankungsrückstellung wird nach der Anlage zu § 29 RechVersV und die Phamarückstellung nach § 30 RechVersV berechnet.

Die Stornorückstellung wird pauschal, alle sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen durch Einzelberechnungen ermittelt.

Die Rückstellungen für Pensionen werden nach der Projected Unit Credit (PUC) Methode berechnet. Als Rechnungsgrundlage dienen die Heubeck Richttafeln 2005 G, der Rechnungszinssatz betrug 3,68 %, der Gehaltstrend lag bei 2,50 % p.a., der Rententrend bei 2,00 % bzw. 2,25 % p.a. Als Rechnungszins wird der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der letzten zehn Jahre verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen sind unter der Position „Sonstige Aufwendungen“ ausgewiesen.

Steuerrückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf bemessen.

Alle anderen Rückstellungen sind mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Depotverbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, die Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie alle übrigen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Einzahlungen und Disagien ausgewiesen, soweit diese Ertrag für Folgejahre darstellen.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten

Aktivposten	Bilanzwerte 2016 €	Zugänge €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	97.793,10	284.910,30
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	90.623.664,35	131.878,33
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	124.760.958,04	0,00
2. Beteiligungen	14.824.303,25	9.478.170,23
3. Summe B.II.	139.585.261,29	9.478.170,23
B.III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	465.179.440,58	347.243.953,43
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	84.413.006,50	22.470.584,67
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	129.384.634,85	4.854.788,12
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	95.411.457,02	23.059.000,00
c) Übrige Ausleihungen	1.500.000,00	0,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	105.000.000,00	0,00
5. Andere Kapitalanlagen	25.406,96	0,00
6. Summe B.III.	880.913.945,91	397.628.326,22
Insgesamt B.	1.111.122.871,55	407.238.374,78
Insgesamt	1.111.220.664,65	407.523.285,08

Grundstücke und Bauten

Aktivposten	2017 €
B.I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken Bilanzwert selbstgenutzter Grundstücke und Bauten	72.620.329,65

Stille Lasten

Aktivposten	Stille Last €	Zugeordneter Buchwert €
B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
2. Beteiligungen	13.571,06	650.480,39
B.III. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	6.142,68	3.009.337,89
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	331.139,52	25.675.925,00
3. Sonstige Ausleihungen		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	389.083,43	22.307.864,26

Bei den stillen Lasten handelte es sich jeweils um vorübergehende Wertminderungen; ein Ausfall war nicht ersichtlich.

Abgänge €	Abschreibungen €	Zuschreibungen €	Bilanzwerte 2017 €	Zeitwerte 2017 €
0,00	83.134,37	0,00	299.569,03	299.569,03
1.448.110,00	3.334.436,43	0,00	85.972.996,25	126.629.026,53
0,00	0,00	0,00	124.760.958,04	742.506.008,28
2.465.760,13	64.690,70	1,19	21.772.023,84	22.548.471,44
2.465.760,13	64.690,70	1,19	146.532.981,88	765.054.479,72
263.019.898,58	10.919.519,00	840.465,48	539.324.441,91	558.389.804,14
10.667.424,67	4.000,00	72.875,00	96.285.041,50	98.511.088,28
24.000.000,00	0,00	0,00	110.239.422,97	119.802.910,11
34.768.284,75	0,00	0,00	83.702.172,27	84.796.607,23
0,00	0,00	0,00	1.500.000,00	1.495.880,67
12.000.000,00	0,00	0,00	93.000.000,00	93.000.000,00
0,00	0,00	0,00	25.406,96	30.000,00
344.455.608,00	10.923.519,00	913.340,48	924.076.485,61	956.026.290,43
348.369.478,13	14.322.646,13	913.341,67	1.156.582.463,74	1.847.709.796,68
348.369.478,13	14.405.780,50	913.341,67	1.156.882.032,77	1.848.009.365,71

Abschreibungen

	2017 €
Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung	10.988.209,70

Angabe zu Investmentfonds

	Buchwert €	Marktwert nach § 36 Investment- gesetz €	Differenz Marktwert zu Buchwert €	Ausschüttung des Geschäftsjahres €	Tägliche Rückgabe möglich	Unterlas- sene Abschrei- bungen
Dachfonds (international gemischt)	27.910.040,00	29.630.938,15	1.720.898,15	392.767,67	Ja	Nein
Mischfonds (Europa)	159.131.641,15	163.141.190,00	4.009.548,85	4.149.077,10	Ja	Nein
Mischfonds (Global)	179.650.207,62	184.353.900,00	4.703.692,38	1.997.665,20	Ja	Nein
Erneuerbare Energien- Beteiligung	4.899.298,18	4.899.298,18	0,00	263.988,88	Nein	Nein

Aufgrund von Analystenbewertungen war für die zum Bilanzstichtag nicht abgeschriebenen Wertpapiere in den Mischfonds von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen.

B.II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Unmittelbare Beteiligungen

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2017 €	Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 €
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	66,67	26.319.155,09	745.413,83
WGV Holding AG, Ravensburg	100,00	489.715.738,83	27.044.559,51

Mittelbare Beteiligungen

Name und Sitz des Unternehmens	Höhe des Anteils am Kapital %	Anteilsbesitz gehalten von	Eigenkapital 31.12.2017 €	Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 €
WGV-Versicherung AG, Stuttgart	100	WGV Holding AG	150.000.000,00	0,00 ¹⁾
WGV-Lebensversicherung AG, Stuttgart	100	WGV Holding AG	18.277.255,42	1.500.000,00
WGV Rechtsschutz-Schadenservice GmbH, Stuttgart	100	WGV Holding AG	98.570,37	-3.615,74
WGV-Informatik und Media GmbH, Stuttgart	100	WGV Holding AG	12.586.145,63	868.385,81
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,33	WGV-Versicherung AG	26.319.155,09	745.413,83
ESB GmbH, Coburg	21,36	WGV Holding AG	343.752.737,09	41.084.138,46

¹⁾ Ergebnisabführungsvertrag mit der WGV Holding AG, Ravensburg

C.II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

	2017 €	2016 €
An verbundene Unternehmen	437.825,00	1.771.462,80

C.III. Sonstige Forderungen

	2017 €	2016 €
An verbundene Unternehmen	495.454,48	4.997.124,10
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	14.203,51	13.787,17

E.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

	2017 €	2016 €
Agio für Namensschuldverschreibungen	1.334,08	0,00
Verwaltungskosten	1.875.339,97	268.951,39

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gewinnrücklagen

	01.01.2017 €	Veränderung €	31.12.2017 €
1. Verlustrücklage	161.633.545,75	1.794.759,99	163.428.305,74
2. Andere Gewinnrücklagen	355.545.374,14	16.147.000,00	371.692.374,14
Insgesamt	517.178.919,89	17.941.759,99	535.120.679,88

B. Versicherungstechnische Rückstellung

Versicherungstechnische Rückstellungen gesamt

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	805.864.212,18	794.809.825,60
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	778.247.488,06	766.201.203,12
Unfall	23.284.919,25	22.989.006,26
Haftpflicht	243.828.065,42	237.043.052,84
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	307.431.809,94	312.837.133,90
Sonstige Kraftfahrt	44.215.225,18	36.220.860,34
Feuer und Sach gesamt	55.451.094,89	51.393.683,07
Verbundene Hausratversicherung	4.802.811,58	4.781.229,23
Verbundene Gebäudeversicherung	37.453.479,61	33.326.216,46
Sonstige Sachversicherung	12.937.604,59	12.950.199,18
Sonstige Versicherungen	103.817.950,44	105.365.232,90

II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	683.764.744,00	696.587.638,07
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	663.237.923,57	674.592.329,35
Unfall	21.404.766,92	21.062.663,31
Haftpflicht	240.337.779,86	233.359.386,00
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	277.148.832,35	286.022.759,00
Sonstige Kraftfahrt	16.729.445,57	13.845.304,15
Feuer und Sach gesamt	30.611.914,84	32.037.944,71
Verbundene Hausratversicherung	3.702.808,18	3.563.719,33
Verbundene Gebäudeversicherung	17.857.816,89	19.486.692,30
Sonstige Sachversicherung	8.892.143,40	8.771.103,12
Sonstige Versicherungen	76.800.601,38	87.912.266,28

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	11.276.744,27	10.711.471,31
Erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	265.195,51	252.651,42

IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	107.760.596,69	84.500.043,29
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	101.061.904,30	78.294.147,13
Unfall	0,00	0,00
Haftpflicht	0,00	0,00
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	29.788.747,97	26.355.855,48
Sonstige Kraftfahrt	27.435.452,14	22.330.698,45
Feuer und Sach gesamt	19.595.258,72	13.839.120,16
Verbundene Hausratversicherung	0,00	0,00
Verbundene Gebäudeversicherung	19.595.258,72	13.839.120,16
Sonstige Sachversicherung	0,00	0,00
Sonstige Versicherungen	24.228.833,09	15.768.473,04

C.III. Andere Rückstellungen, Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	2017 €	2016 €
Differenzbetrag aus der Abzinsung der Pensionsrückstellung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre	8.706.964,00	7.308.123,00

C.III. Andere Rückstellungen, Sonstige

	2017 €	2016 €
Verwaltungskosten	2.670.955,95	1.913.535,97
Urlaubsverpflichtungen	1.379.811,83	1.473.716,47
Gleitzeitguthaben der Mitarbeiter	1.206.361,63	1.118.561,92
Leistungsbezogene Arbeitnehmervergütung	2.800.000,00	2.900.000,00
Übrige	578.777,00	636.410,72
Insgesamt	8.635.906,41	8.042.225,08

E.III. Andere Verbindlichkeiten, Sonstige

	2017 €	2016 €
Gegenüber verbundenen Unternehmen	0,00	0,00
Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	0,00
Aus Steuern	58.960,72	535.542,94
Im Rahmen der sozialen Sicherheit	160,00	40,00

Die Restlaufzeit der Verbindlichkeiten beträgt jeweils bis zu einem Jahr.

F. Rechnungsabgrenzungsposten

	2017 €	2016 €
Disagio auf Namensschuldverschreibungen	124.529,58	136.458,68
Sonstiges	11.307,18	12.244,96
Insgesamt	135.836,76	148.703,64

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Beiträge

	2017		
	Gebuchte Bruttobeiträge €	Verdiente Bruttobeiträge €	Verdiente Nettobeiträge €
Versicherungsgeschäft gesamt	331.756.073,62	331.740.357,51	254.301.867,61
Selbst abgeschlossenes			
Versicherungsgeschäft gesamt	319.759.935,87	319.734.002,28	242.295.512,38
Unfall	11.625.501,72	11.626.251,30	8.377.433,52
Haftpflicht	43.638.896,38	43.680.273,19	27.648.408,46
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	92.242.239,04	92.242.255,84	71.202.772,62
Sonstige Kraftfahrt	78.605.598,47	78.606.128,74	74.329.122,21
Feuer und Sach gesamt	46.881.305,92	46.805.461,71	34.387.410,54
Verbundene Hausratversicherung	11.014.558,54	11.014.558,54	10.103.940,42
Verbundene Gebäudeversicherung	19.235.354,15	19.235.354,15	12.664.070,54
Sonstige Sachversicherung	15.850.046,55	15.774.133,85	11.126.804,04
Sonstige Versicherungen	45.512.283,55	45.519.520,71	25.112.557,64

	2016		
	Gebuchte Bruttobeiträge €	Verdiente Bruttobeiträge €	Verdiente Nettobeiträge €
Versicherungsgeschäft gesamt	323.095.812,29	322.980.465,28	247.690.315,00
Selbst abgeschlossenes			
Versicherungsgeschäft gesamt	311.487.118,35	311.377.387,17	236.087.236,89
Unfall	11.524.840,76	11.537.160,60	8.097.340,51
Haftpflicht	42.642.869,17	42.678.242,28	27.310.960,01
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	89.835.570,27	89.835.553,47	69.344.740,39
Sonstige Kraftfahrt	76.399.592,52	76.402.010,75	72.245.583,78
Feuer und Sach gesamt	45.873.435,33	45.732.791,70	33.688.915,88
Verbundene Hausratversicherung	11.098.463,05	11.098.463,05	10.184.814,10
Verbundene Gebäudeversicherung	18.103.306,48	18.103.306,48	11.832.165,92
Sonstige Sachversicherung	15.908.210,47	15.767.952,33	11.178.315,60
Sonstige Versicherungen	43.986.179,46	43.966.997,53	24.190.985,67

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	219.761.839,73	242.704.585,70
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	214.156.506,07	239.022.844,07
Unfall	4.082.339,22	4.637.477,16
Haftpflicht	29.093.907,13	28.419.269,21
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	72.175.265,26	74.401.643,76
Sonstige Kraftfahrt	73.724.409,79	72.713.685,56
Feuer und Sach gesamt	18.991.248,36	20.096.613,91
Verbundene Hausratversicherung	3.914.816,25	3.839.416,09
Verbundene Gebäudeversicherung	8.873.999,79	10.777.711,85
Sonstige Sachversicherung	6.218.393,49	5.433.648,88
Sonstige Versicherungen	15.297.925,99	37.619.378,15

Ergebnis aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellung

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	68.051.490,33	57.687.984,41
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	66.205.350,72	53.946.169,23
Unfall	4.978.063,81	5.658.388,83
Haftpflicht	3.316.181,89	1.872.478,83
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	27.544.067,77	21.976.501,36
Sonstige Kraftfahrt	3.497.785,31	3.393.285,03
Feuer und Sach gesamt	9.165.586,72	10.176.782,08
Verbundene Hausratversicherung	1.273.013,35	1.730.725,04
Verbundene Gebäudeversicherung	4.295.352,58	4.513.837,82
Sonstige Sachversicherung	3.467.841,34	3.935.916,14
Sonstige Versicherungen	17.474.719,83	10.914.357,59

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	28.717.372,88	30.399.815,10
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	24.733.621,02	26.489.614,76
Unfall	1.298.951,04	1.510.956,93
Haftpflicht	2.486.773,62	3.399.416,66
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	6.915.143,58	6.958.169,33
Sonstige Kraftfahrt	6.083.993,80	5.864.876,30
Feuer und Sach gesamt	4.318.109,05	4.899.881,53
Verbundene Hausratversicherung	919.106,11	1.414.061,44
Verbundene Gebäudeversicherung	1.847.024,54	1.981.402,95
Sonstige Sachversicherung	1.490.120,01	1.452.032,96
Sonstige Versicherungen	3.337.241,86	3.426.750,90
Abschlussaufwendungen	14.792.869,72	16.051.141,88
Verwaltungsaufwendungen	13.924.503,16	14.348.673,22

11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

	2017 €	2016 €
Versicherungsgeschäft gesamt	18.401.296,69	8.276.419,44
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	16.692.408,81	6.377.938,50
Unfall	3.846.929,81	2.981.389,03
Haftpflicht	6.062.596,50	3.833.738,45
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	6.832.252,64	1.465.093,63
Sonstige Kraftfahrt	-9.521.284,59	-8.362.467,97
Feuer und Sach gesamt	6.749.396,57	6.615.333,41
Verbundene Hausratversicherung	4.042.526,69	3.781.176,79
Verbundene Gebäudeversicherung	-1.268.469,52	-1.629.236,91
Sonstige Sachversicherung	3.603.559,75	4.167.293,33
Sonstige Versicherungen	2.582.825,36	22.870,56

Rückversicherungssaldo

	2017 €	2016 €
Versicherungsgeschäft gesamt	-32.057.435,49	-19.836.084,44
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	-32.057.435,49	-19.836.084,44
Unfall	-1.084.745,02	-1.062.666,98
Haftpflicht	-4.068.340,81	-4.931.497,77
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	-3.484.213,75	-3.292.906,03
Sonstige Kraftfahrt	-3.222.191,37	-4.089.826,82
Feuer und Sach gesamt	-7.055.310,97	-4.721.418,02
Verbundene Hausratversicherung	-890.357,63	-727.207,35
Verbundene Gebäudeversicherung	-3.646.706,70	-1.505.226,77
Sonstige Sachversicherung	-2.260.738,13	-2.261.418,81
Sonstige Versicherungen	-13.126.330,17	-1.721.848,63

Anzahl der Versicherungsverträge

	2017 Stück	2016 Stück *
Versicherungsgeschäft gesamt	2.064.894	2.077.208
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	2.064.894	2.077.208
Unfall	144.464	145.979
Haftpflicht	293.180	308.380
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	583.988	576.848
Sonstige Kraftfahrt	464.539	461.337
Feuer und Sach gesamt	364.202	375.500
Verbundene Hausratversicherung	180.608	190.221
Verbundene Gebäudeversicherung	88.528	87.435
Sonstige Sachversicherung	93.866	96.617
Sonstige Versicherungen	85.071	83.298

* Die Vorjahreszahl wurde aufgrund einer geänderten Zählweise angepasst.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2017 €	2016 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	3.715.728,40	4.213.763,16
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92HGB	2.800.770,22	2.540.762,48
3. Löhne und Gehälter	51.639.212,57	50.952.131,05
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	8.840.238,21	8.726.357,15
5. Aufwendungen für Altersversorgung	463.845,77	2.068.654,22
Aufwendungen insgesamt	67.459.795,17	68.501.668,06

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

5. Sonstige Aufwendungen

	2017 €	2016 €
Aufzinsung der Pensionsrückstellungen	4.961.656,00	995.543,00

Weitere Angaben

Angaben zur satzungsgemäßen Beitragsrückerstattung

In % der 2017 fällig gewordenen Beiträge	2017	2016
Allgemeine Unfallversicherung*	15 %	15 %
Allgemeine Haftpflichtversicherung (einschließlich Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung, ohne Arzt- und Krankenhaushaftpflichtversicherung)*	15 %	15 %
Umweltschadenversicherung	30 %	30 %
Kraftfahrt-Unfallversicherung**	10 %	10 %
Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung	10 %	10 %
Feuerversicherung	10 %	10 %
Waldbrandversicherung	30 %	30 %
Glasversicherung*	10 %	15 %
Betriebsunterbrechungs-Versicherung	20 %	20 %
Verbundene Hausratversicherung (ohne Haus- und Wohnungsschutzbrief)*	15 %	15 %
Reisegepäckversicherung*	10 %	10 %
Technische Versicherungen*	25 %	25 %
Schlüsselverlustversicherung	20 %	20 %
Ausstellungsversicherung	30 %	30 %
Sonstige Sach- und Vermögensschadenversicherung (ohne Kraftfahrt-Gepäckversicherung)*	30 %	30 %
Inhaltsversicherung	20 %	0 %
Vertrauensschadenversicherung (ohne Verträge der Sparkassen)	30 %	30 %
Vermögenseigenschadenversicherung (ohne Verträge der Sparkassen)	15 %	15 %

* bei Privatpersonen nur für schadenfreie Verträge

** nur für schadenfreie Verträge

Personalbericht

	2017	2016
Mitarbeiter in:		
Vollzeit	723	719
Teilzeit	211	213
	934	932
Auszubildende	33	31
Gesamt	967	963

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind im Abschnitt Organe namentlich aufgeführt.

	2017 €
Bezüge des Aufsichtsrats	270.465,53
Bezüge des Vorstands	1.254.474,81
Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder	490.863,58
Rückstellungen für Altersversorgung ehemaliger Vorstandsmitglieder	12.737.521,00

Firma, Sitz und Registergericht

Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G.

Sitz des Vereins: Stuttgart

Registergericht: Amtsgericht Stuttgart HRB 547

Angaben zur Konzernzugehörigkeit

Zur wgv Gruppe, deren Obergesellschaft die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., Stuttgart, ist, gehören u. a. die Versicherungsunternehmen WGV-Versicherung AG, Stuttgart und die WGV-Lebensversicherung AG, Stuttgart.

Die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. hat von der Erleichterungsvorschrift zur Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers im Konzernabschluss gemäß § 285 Nr. 17 HGB Gebrauch gemacht.

Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Beteiligungen und Investmentanteilen bestanden Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 33.077 T€. Aus Miet-, Leasing- und sonstigen langfristigen Verträgen bestanden Verpflichtungen in Höhe von 8.500 T€.

Als Mitglied der Pharma-Rückversicherungs-Gemeinschaft haben wir für den Fall, dass eines der übrigen Poolmitglieder ausfällt, dessen Leistungsverpflichtung im Rahmen unserer quotenmäßigen Beteiligung zu übernehmen.

Aufgrund unserer Mitgliedschaft im Verein Verkehrsofferhilfe e.V. sind wir verpflichtet, Mittel entsprechend unserem Anteil an den Beitragseinnahmen, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Kfz-Haftpflichtgeschäft jeweils im vorletzten Kalenderjahr erzielt haben, zur Verfügung zu stellen.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Berichtsjahres sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten. In den ersten Monaten des Jahres 2018 konnte das Geschäft des Unternehmens planmäßig weiterentwickelt werden.

Stuttgart, 5. März 2018

Württembergische Gemeinde-Versicherung auf Gegenseitigkeit

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., Stuttgart – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Die im Lagebericht enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) sowie den Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit („Entgeltbericht“) nach § 21 f. Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289 f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) sowie zum Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit („Entgeltbericht“) nach § 21 f. Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG).

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresab-

schlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotene Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Finanzinstrumenten und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Für den überwiegenden Teil der nicht notierten Finanzinstrumente, insbesondere Schuldverschreibungen und Darlehen sowie strukturierte Finanzinstrumente werden die beizulegenden Zeitwerte mittels marktüblicher anerkannter Bewertungsverfahren, insbesondere Discounted Cashflow Methoden ermittelt. Als Eingangsdaten werden hierbei prinzipiell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter, vereinzelt aber auch instrumentenspezifische Modellparameter, wie z.B. laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge und Volatilitäten, verwendet. Bei der Festlegung dieser Bewertungsparameter bestehen ermessensbehafte Spielräume. Ferner übt der Vorstand unter Verwendung festgelegter Aufgreifkriterien Ermessen bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei allen wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten aus. Infolge des bei der Festlegung der wesentlichen Bewertungsparameter im Rahmen der Bewertung nicht börsennotierter Finanzinstrumente als auch bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei den wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten bestehenden Ermessens handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die nicht börsennotierten Finanzinstrumente einen hohen Anteil am Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft aus.

Prüferisches Vorgehen

Für nicht notierte Finanzinstrumente haben wir die verwendeten Bewertungsverfahren dahingehend beurteilt, ob diese bei sachgerechter Anwendung eine verlässliche Ermittlung des Zeitwerts gewährleisten. Ferner haben wir die verwendeten Bewertungsparameter (insbesondere laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge sowie Volatilitäten und Wahrscheinlichkeitsschätzungen) untersucht. Dabei haben wir ermessensabhängig am Markt beobachtbare Bewertungsparameter dahingehend untersucht, ob sich diese innerhalb einer am Markt beobachtbaren Bandbreite befinden bzw. ob instrumentenspezifisch verwendete Bewertungsparameter geeignet sind. In diesem Zusammenhang haben wir die am Markt beobachtbaren verwendeten Bewertungsparameter durch Abgleich mit öffentlich verfügbaren Bewertungsparametern in Stichproben abgeglichen bzw. instrumentenspezifische Bewertungsparameter auf deren Geeignetheit beurteilt und die errechneten Zeitwerte durch eigene Berechnungen unter Einsatz von speziell hierfür ausgebildeten Mitarbeitern validiert.

Die so ermittelten Zeitwerte nicht notierter Finanzinstrumente wurden gemeinsam mit den Zeitwerten für notierte Finanzinstrumente sodann bei der Prüfung im Hinblick auf eine mögliche Dauerhaftigkeit etwaiger Wertminderungen herangezogen. Die verwendeten Aufgreifkriterien zur Feststellung einer dauerhaften Wertminderung sowie deren stetige Anwendung waren ebenfalls Gegenstand unserer Prüfung. Hierbei haben wir insbesondere überprüft, ob für alle relevanten Finanzinstrumente eine dokumentierte Einschätzung im Hinblick auf eine vorliegende Wertminderung getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sachgerecht und im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben ausgeübt wurden.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für die wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumente ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und zur Bestimmung von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten sind im Abschnitt „Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle unterteilt sich insbesondere in Rückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorschriften des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt einzeln je Schadenfall und basiert auf den Erkenntnissen und Informationen zum

Bilanzstichtag sowie den Erfahrungen der Gesellschaft aus ähnlichen Schadenfällen.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bereits eingetretene aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle (unbekannte Versicherungsfälle) erfolgt auf der Grundlage eines statistischen Verfahrens, für das von der Gesellschaft spartenspezifische Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl nachgemeldeter Schäden sowie des voraussichtlich aufzuwendenden durchschnittlichen Entschädigungsbetrages zu Grunde gelegt werden. Bei der Gesellschaft basiert die Berechnung auf einem vergangenheitsbezogenen Beobachtungszeitraum von zehn Jahren, in den kurz abwickelnden Versicherungszweigen von sechs Jahren.

Es handelt sich hierbei um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt, da die Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in hohem Maß auf Schätzungen und Annahmen beruhen und daher das Risiko besteht, dass diese insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen nicht ausreichend bemessen sind. Zudem machen die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle mit Blick auf ihre relative Höhe einen hohen Anteil an der Bilanzsumme aus.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Abschlussprüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle und den dort zur Anwendung gelangten Verfahren, Methoden und Kontrollmechanismen auseinandergesetzt. Dabei haben wir durch Nachvollziehen der Bearbeitung einzelner Schadenfälle den Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung von der Schadenmeldung bis zur Abbildung in der Bilanz untersucht und die dort implementierten Kontrollen getestet.

Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von bekannten Versicherungsfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Basis der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind. Für diese Stichprobe haben wir weiter untersucht, ob die unternehmensinternen Vorgaben zur Schadenbearbeitung eingehalten wurden. Mit Blick auf die unter den Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ausgewiesenen Rentendeckungsrückstellungen haben wir durch eigene Nachberechnungen untersucht, ob diese unter Beachtung der handels- und aufsichtsrechtlichen Vorgaben rechnerisch richtig ermittelt wurden.

Darüber hinaus haben wir die der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für unbekanntes Spätschäden zugrundeliegenden Verfahren und Methoden dahingehend beurteilt, ob sie grundsätzlich geeignet sind, eine sachgerechte Ermittlung der Rückstellungshöhe zu gewährleisten. Weiterhin haben wir durch eigene versicherungsmathematische Analysen und Berechnungen nachvollzogen, ob die der Schätzung zugrundeliegenden Parameter für die Spätschadenreserven des Geschäftsjahres (insbesondere Schadenanzahl und durchschnittliche Schadenhöhen) nachvollziehbar abgeleitet wurden.

Mit Blick auf die ausreichende Bemessung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle insgesamt haben wir für die sechs größten Versicherungszweige bzw. -arten auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren eigene Schadenprojektionen durchgeführt. Den hierbei von uns ermittelten besten Schätzwert haben wir mit den gebildeten Rückstellungen verglichen und so die insgesamt ausreichende Bemessung der Rückstellung beurteilt. Ferner haben wir beurteilt, ob die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Vorjahren nach aktuellen Erkenntnissen ausgereicht haben, um die tatsächlich eingetretenen Schadenfälle zu decken und so Indikationen für die Angemessenheit der Schätzungen der Vergangenheit („Soll-Ist-Vergleich“) zu erhalten.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Angaben zur Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten. Angaben zur Zusammensetzung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für die betriebenen Versicherungszweige bzw. -arten finden sich im Abschnitt „Angaben zur Bilanz – Passiva/Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen“ des Anhangs.

Sonstige Informationen

Der Aufsichtsrat ist für den Bericht des Aufsichtsrats verantwortlich. Im Übrigen sind die gesetzlichen Vertreter für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) sowie den im Lagebericht enthaltenen Bericht zur Gleichstellung und Entgeltgleichheit ("Entgeltbericht") nach § 21 f. Entgelttransparenzgesetz (EntgTranspG).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Vereins zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Vereins vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zu-

treffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Vereins abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Vereins zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsi-

cherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verein seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Vereins vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Vereins;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichti-

gen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 12. Mai 2017 als Abschlussprüfer bestimmt. Der Aufsichtsrat hat uns mit Schreiben vom 7. August 2017 beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Abschlussprüfer der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Freiling.

Stuttgart, den 9. März 2018

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart

Dr. Freiling
Wirtschaftsprüfer

Karsak
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die Geschäftsführung des Vorstands intensiv überwacht und sich durch den Vorstand regelmäßig und eingehend über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung hat sich der Aufsichtsrat angemessen einbinden lassen. Darüber hinaus standen der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorstand in laufendem Kontakt zu wesentlichen Fragestellungen.

Der Aufsichtsrat hat sich mit den Entwicklungen auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten, den Folgen der anhaltenden Niedrigzinsphase sowie den Änderungen der regulatorischen Anforderungen und deren Auswirkungen auf die Württembergische Gemeindeversicherung a.G. beschäftigt. Die Solvabilitätssituation unter Solvency II stand ebenfalls im Blickpunkt.

Geschäfte, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich im Plenum diskutiert und beurteilt.

Der Aufsichtsrat hat sich beim Vorstand regelmäßig und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung informiert. Dies beinhaltete auch die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement.

Zu seiner Unterstützung hat der Aufsichtsrat einen Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten eingerichtet. Der Vorstandsausschuss befasst sich mit der Vorbereitung von Entscheidungen über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über deren dienstvertragliche Angelegenheiten, soweit die Grundsätze für die Bezüge gemäß § 87 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2 AktG betroffen sind, sowie mit der Entscheidung über sonstige dienstvertragliche Angelegenheiten der Vorstandsmitglieder. Der Ausschuss hat sich im Berichtszeitraum insgesamt viermal getroffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2017 sind durch den gemäß § 341 k Abs. 2 HGB i. V. mit § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB bestellten Abschlussprüfer, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, als Pflichtprüfer geprüft, in Ordnung befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bericht des Abschlussprüfers vom 9. März 2018 hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Das Ergebnis der Prüfung ist in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats vom 12. April 2018 vom Abschlussprüfer erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden.

Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand erstatteten Jahresabschluss und den Lagebericht 2017 geprüft und gebilligt.

Für die im Berichtsjahr geleistete erfolgreiche Arbeit spricht der Aufsichtsrat dem Vorstand und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seinen Dank aus. Den kommunalen und privaten Mitgliedern dankt er für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Stuttgart, den 12. April 2018

Der Aufsichtsrat

Roger Kehle Vorsitzender	Joachim Walter 1. stellvertretender Vorsitzender	Helmut Reitemann 2. stellvertretender Vorsitzender	Hans-Martin Kempter 3. stellvertretender Vorsitzender	
Benjamin Binder	Markus Binder	Harry Brunnet	Bettina Dannenmann	Wilfried Dölker
Christine Eismann	Gudrun Heute-Bluhm	Prof. Dr. Felix Hammer	Erwin Hartmann	Peter Jahn
Ljiljana Jakovljevic	Sylvia Kern	Jochen Müller	Dr. Matthias Neth	Dr. Daniel Rapp
Stephan Scholl	Dr. Heinz-Werner Schulte			

Geschäftsbericht 2017

WGV-Versicherung AG

Tübinger Straße 55, 70178 Stuttgart

www.wgv.de

Organe und Beirat

Aufsichtsrat

Helmut Jahn

Landrat i. R.
des Hohenlohekreises
— Vorsitzender —

Roger Kehle

Präsident des Gemeindetags
Baden-Württemberg
— stellvertretender
Vorsitzender —

Wilfried Dölker

Bürgermeister i.R.
der Stadt Holzgerlingen

Prof. Stefan Gläser

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied i.R. des Städtetags
Baden-Württemberg

Helmut Himmelsbach

Oberbürgermeister i.R.
der Stadt Heilbronn

Joachim Walter

Landrat
des Landkreises Tübingen

Rechtsschutz-Fachbeirat

Dr. Mathias Banck

Geschäftsführer des
Kommunalen Schadenausgleichs
Schleswig-Holstein

Dr. Thomas Bielefeld

Geschäftsführender Direktor
des Autoschadenausgleichs
Deutscher Gemeinden und
Gemeindeverbände

Dr. Bernd Kathe

Geschäftsführer des
Kommunalen Schadenausgleichs
der Länder Brandenburg, Mecklen-
burg-Vorpommern, Sachsen, Sach-
sen-Anhalt und Thüringen

Andreas Köhler

Geschäftsführender Direktor
des Kommunalen
Schadenausgleichs Hannover

Ralf Leimkühler

Stellvertretender Geschäftsführer
des Sächsischen Städte-
und Gemeindetags e.V.

Klaus-Detlev Urban

Geschäftsführer
des Haftpflichtverbands
öffentlicher Verkehrsbetriebe

Thomas Uylen

Mitglied des Vorstands
der GVV-Privatversicherung AG

Vorstand

Hans-Joachim Haug

Stuttgart
— Vorsitzender —
bis 31.12.2017

Dr. Klaus Brachmann

Stuttgart
— Vorsitzender, ab 01.01.2018—
— stellvertretender
Vorsitzender, bis 31.12.2017 —

Achim Schweizer

Stuttgart
bis 17.06.2017

Dr. Jochen Kriegmeier

Kornal-Münchingen
ab 21.10.2017

Dr. Frank Welfens

Unterföhring
ab 21.10.2017

Geschäftsgebiet

Nach § 1 Abs. 3 der Satzung ist das Geschäftsgebiet das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland.

Betriebene Versicherungszweige und -arten im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Krankenversicherung

Selbstständige Zahnbehandlungsversicherung nach Art der Schadenversicherung
Selbstständige Einzel-Krankheitskostenversicherung (stationär) nach Art der Schadenversicherung
Selbstständige Einzel-Krankheitskostenversicherung (ambulanz) nach Art der Schadenversicherung

Unfallversicherung

Einzel-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
Gruppen-Unfallversicherung ohne Beitragsrückgewähr
Übrige und nicht aufgegliederte Allgemeine Unfallversicherung
Kraftfahrtunfallversicherung

Haftpflichtversicherung

Privathaftpflichtversicherung
Gewässerschaden-Haftpflichtversicherung
Übrige und nicht aufgegliederte Allgemeine Haftpflichtversicherung

Kraftfahrtversicherung

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung
Fahrzeugvollversicherung
Fahrzeugteilversicherung

Rechtsschutzversicherung

Verkehrs-Rechtsschutzversicherung
Fahrzeug-Rechtsschutzversicherung
Fahrer-Rechtsschutzversicherung
Rechtsschutzversicherung für Gewerbetreibende und freiberuflich Tätige
Familien-Rechtsschutzversicherung
Familien- und Verkehrs-Rechtsschutzversicherung
Rechtsschutzversicherung für Vereine
Rechtsschutzversicherung für Grundstückseigentum und Miete
Rechtsschutzversicherung für Träger öffentlicher Aufgaben
Spezial-Strafrechtsschutzversicherung für Unternehmen
Übrige nicht aufgegliederte Rechtsschutzversicherung

Feuer- und Sachversicherung

Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Wohngebäudeversicherung
Sonstige Sachversicherung
Glasversicherung
Technische Versicherungen
Bauleistungsversicherung

Beistandsleistungsver sicherung

Schutzbriefversicherung

Betriebene Versicherungszweige und -arten im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft

Unfallversicherung

Feuer- und Sachversicherung

Verbundene Hausratversicherung
Verbundene Gebäudeversicherung
Technische Versicherungen
Sonstige Sachschadenversicherung

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich in 2017 weiter beschleunigt und verfestigt. Im ersten Halbjahr 2017 haben sowohl der Konsum, die Investitionen als auch der Außenhandel zum Wachstum beigetragen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren konnte das Tempo nochmals erhöht werden. Im Jahr 2016 war das BIP bereits deutlich um 1,9 % und 2015 um 1,7 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,3 % lag. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2017 von rund 44,3 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Damit wurde die höchste Zahl an Erwerbstätigen seit der Wiedervereinigung erreicht. Der seit 12 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit setzte sich 2017 dynamisch fort. Mit einem Plus von 638.000 Personen oder 1,5 % gegenüber dem Vorjahr gab es die stärkste Zunahme seit dem Jahr 2007 (+ 690.000 Personen oder + 1,7 %). Im Jahresdurchschnitt 2017 betrug die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen nach Definition des Sozialgesetzbuches (SGB) rund 2,5 Millionen. Das waren 158.000 weniger (-5,9 %) als im Vorjahr. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank von 6,1 % im Jahr 2016 auf 5,7 % im Jahr 2017.

Der Zinssatz für 3-monatige Termingelder in Euro im Interbankengeschäft (3-Monats-Euribor) blieb im Jahresverlauf nahezu stabil mit einem nur geringen Rückgang von -0,32 % auf -0,33 %. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg im Jahresverlauf von 0,21 % auf 0,43 %, dies jedoch unter erheblichen Schwankungen. So lag die Rendite im Tief bei 0,15 %, um danach auf 0,60 % zu steigen. Die Volatilität an den Aktienmärkten ging trotz der weiterhin unsicheren Situation zum beschlossenen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, den Spannungen in Katalonien und den Differenzen zwischen Nordkorea und den USA deutlich zurück. Im Kalenderjahr 2017 stieg der Eurostoxx50-Performance-Index im Jahresverlauf um 9,2 %, der Deutsche Aktien-Index DAX konnte um 12,5 % zulegen.

Der Anstieg der Weltproduktion, gerechnet auf Basis von Kaufkraftparitäten, wird sich nach Einschätzungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft von 3,8 % in 2017 auf 3,9 % in 2018 erhöhen und sich 2019 leicht auf 3,6 % abschwächen. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften steigt die Produktion in den kommenden beiden Jahren weiter kräftig. Vor dem Hintergrund einer nur langsamen Straffung der expansiven Geldpolitik, zunehmender Anregungen von Seiten der Finanzpolitik und einer wieder kräftiger steigenden Nachfrage in den Entwicklungs- und Schwellenländern erwarten das ifw

Kiel, dass der Produktionsanstieg in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den kommenden beiden Jahren kaum an Fahrt verliert. In Deutschland stellt die schleppende Regierungsbildung auf Bundesebene kein bedeutsames Konjunkturrisiko dar. Für 2018 wird preisbereinigt abermals mit einem sehr kräftigen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,5 % gerechnet.

Die deutschen Schaden- und Unfallversicherer verzeichneten nach vorläufiger Rechnung im Geschäftsjahr 2017 ein gutes versicherungstechnisches Gesamtergebnis. Nach aktuellen Hochrechnungen stiegen die gebuchten Bruttobeiträge 2017 um 2,9 % auf 68,2 Mrd. €. Der Aufwand für Geschäftsjahresschäden stieg um 3,2 % auf 50,8 Mrd. €. Die Schaden-Kostenquote lag mit 95,0 % auf dem Niveau des Vorjahres. In der Kraftfahrtversicherung wird für 2017 ein Beitragsanstieg von 4,1 % auf 27,0 Mrd. € erwartet; bei einem leichten Anstieg der Schaden-Kosten-Quoten wird sowohl in der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung als auch in den Kasko-Sparten ein ausgeglichenes bis leicht positives Ergebnis erwartet.

Für das laufende Geschäftsjahr werden weiter verhaltene Wachstumsaussichten gesehen.

Versicherungsgeschäft insgesamt

Das Geschäftsjahr 2017 der WGV-Versicherung AG ist durch deutlich wachsende Bestände, steigende Beitragseinnahmen und zufriedenstellende Brutto-Schadenverläufe gekennzeichnet. Die verdienten Netto-beiträge stiegen um 21.191 T€ auf 310.786 T€. Die Netto-Schadenaufwendungen stiegen um 7.571 T€ auf 247.990 T€.

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft insgesamt

Die folgenden Angaben betreffen, sofern nicht anders angegeben, das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft brutto. Die Bestandszahlen des Vorjahres wurden aufgrund einer geänderten Zählweise angepasst.

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft bestanden am Bilanzstichtag 2.848.773 Versicherungsverträge; dies waren 158.531 Verträge oder 5,9 % mehr als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt. Die gebuchten Beiträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um 24.244 T€ oder 7,5 % auf 345.719 T€ erhöht. Die Aufwendungen für Versicherungsfälle erhöhten sich um 2,2 % auf 267.233 T€.

Die Aufwendungen des Versicherungsbetriebs für das selbst abgeschlossene Geschäft lagen bei 39.626 T€ (Vorjahr 38.972 T€). Die Kostenquote betrug 11,5 % (Vorjahr 12,1 %). Netto, das heißt nach Abzug der Rückversicherungsprovisionen, verblieb ein Kostensatz von 10,3 % (Vorjahr 11,0 %).

Versicherungsgeschäft im Einzelnen

	Bestandsentwicklung *		gebuchte Bruttobeiträge		Schaden-Kostenquote	
	Anzahl Verträge	Veränderung zum VJ	T€	Veränderung zum VJ	%	Veränderung zum VJ in %-Pkt
Gesamtgeschäft	2.848.773	5,9 %	359.024	7,4 %	89,0 %	-4,3
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	2.848.773	5,9 %	345.719	7,5 %	88,8 %	-4,7
Unfall	94.751	3,2 %	5.884	0,3 %	70,7 %	35,4
Allgemeine Haftpflicht	381.826	3,8 %	17.641	2,8 %	53,6 %	2,5
Kraftfahrt gesamt	1.440.704	7,9 %	238.906	8,7 %	96,6 %	-3,5
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	893.187	8,2 %	145.654	9,0 %	97,5 %	-7,6
Sonstige Kraftfahrt	547.517	7,4 %	93.252	8,2 %	95,1 %	2,7
Verbundene Hausrat	168.997	7,5 %	12.275	4,9 %	47,7 %	3,2
Verbundene Wohngebäude	86.239	3,3 %	21.368	8,6 %	53,7 %	-12,5
Glas	50.562	6,9 %	1.417	4,5 %	85,6 %	30,2
Rechtsschutz	459.061	1,3 %	1.572	4,0 %	90,7 %	-18,5
Beistandsleistungsver-sicherung	159.118	7,8 %	44.493	7,5 %	99,9 %	-53,7
In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft gesamt			13.305	4,0 %	92,2 %	5,8

* Die Vorjahreszahl wurde aufgrund einer geänderten Zählweise angepasst.

Bestand und Beitragseinnahme

In der Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung konnte der Vertragsbestand um 8,2 % (67.476 Verträge) deutlich ausgebaut werden. Die Beitragseinnahmen stiegen dabei um 9,0 % (12.074 T€).

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung konnten Bestand (7,4 %) und Beitrag (8,2 %) weiter ausgebaut werden.

In der insgesamt zufriedenstellenden Entwicklung der Bestände und Beiträge in den Haftpflicht-, Unfall- und Sachversicherungen war die weiterhin erfreuliche Entwicklung in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung mit einem Bestandswachstum von 3,3 % (2.779 Verträge) und mit einem Beitragswachstum von 1.696 T€ (8,6 %) hervorzuheben. Die Allgemeine Haftpflicht- und die Verbundene Hausratversicherung profitieren von einer konzerninternen Verlagerung des Neugeschäfts von der Württembergische Gemeindeversicherung a.G. auf die WGV-Versicherung AG.

Schaden und Kosten

Die Kostenseite entwickelte sich positiv, die Kostenquote verringerte sich von 12,1 % auf 11,5 %.

Das Abwicklungsergebnis der Vorjahre insgesamt verbesserte sich um 13,0 % (4.707 T€) auf 41.028 T€. Während sich die Abwicklung in der Kraftfahrzeug Haftpflichtversicherung und der Rechtsschutzversicherung verbesserte, ging das Abwicklungsergebnis der Vorjahre in der Allgemeinen Unfallversicherung deutlich zurück.

Die Schaden-Kostenquote insgesamt lag mit 88,8 % um -4,7 %-Punkte unter dem Vorjahresniveau.

Schadenseitig verbesserte sich die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung im Vergleich zum Vorjahr, die Brutto-Schadenaufwendungen stiegen bei deutlich steigenden Beständen auf 125.197 T€ (Vorjahr 124.575 T€). Es ergab sich mit 4.974 T€ erneut ein Zuführungsbedarf zur Schwankungsrückstellung.

Erfreulich verlief die Entwicklung der Schadenquote in der Rechtsschutzversicherung. Die Geschäftsjahres-schadenquote verringerte sich auf 90,9 % (Vorjahr 106,2 %), aus der Abwicklung der Vorjahresschäden ergab sich ein Abwicklungsgewinn in Höhe von 4.408 T€ (Vorjahr 3.518 T€). Der Schwankungsrückstellung mussten 3.709 T€ zugeführt werden.

In der Sonstigen Kraftfahrtversicherung ergaben sich Belastungen durch mehrere kleinere bis mittelgroße Hagelunwetter.

Nach einer deutlich höheren Zuführung zur Schwankungsrückstellung liegt das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung insgesamt auf dem Niveau des Vorjahres.

In Rückdeckung übernommenes Versicherungsgeschäft

Das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft wies im Berichtsjahr verdiente Brutto-Beitragseinnahmen in Höhe von 13.317 T€ (+4,2 %) auf. Der Netto-Schadenaufwand erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1.003 T€ auf 7.656 T€ Nach einer Entnahme aus der Schwankungsrückstellung in Höhe von 208 T€ (Vorjahr Zuführung 303 T€) schloss das versicherungstechnische Geschäft mit einem Gewinn von 1.030 T€ (Vorjahr 1.217 T€) ab.

Kapitalanlagen und Kapitalanlageergebnis

Der Bestand an Kapitalanlagen stieg auf 692.829 T€ (4,4 %), die Kapitalerträge stiegen um 36,3 % auf 24.502 T€. Nach der Verbandsformel berechnet beträgt die durchschnittliche Verzinsung der Kapitalanlagen 3,13 % (Vorjahr 2,27 %). Die Aufwendungen für Kapitalanlagen stiegen um 4.197 T€ auf 8.309 T€. Die darin enthaltenen Abschreibungen betragen 7.696 T€ (Vorjahr 3.192 T€). Der Ertragssaldo aus den Kapitalanlagen beträgt in 2017 vor technischem Zinsertrag 16.193 T€ (Vorjahr 13.867 T€). Unter Schwankungen gingen die erzielbaren Renditen bei Neuanlagen durch die Entwicklung der Kapitalmärkte weiter zurück.

Der Liquiditätsbedarf wird aus dem laufenden Versicherungsgeschäft sowie ggf. den Einschusspflichten der Rückversicherer gedeckt. Die Liquiditätsplanung ist zentraler Bestandteil der Anlageplanung.

Jahresergebnis

Nach einer Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 15.256 T€ (Vorjahr 818 T€) schloss das selbst abgeschlossene Geschäft mit einem Gewinn von 11.501 T€ (Vorjahr 12.107 T€) und das übernommene Geschäft mit einem Gewinn von 1.030 T€ (Vorjahr 1.217 T€) ab. Das Ergebnis aus Kapitalanlagen betrug 15.309 T€ (Vorjahr 13.096 T€). Bei der Saldierung der übrigen Erträge und Aufwendungen ergab sich ein Saldo von –3.263 T€ (Vorjahr –1.396 T€), so dass sich als Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit ein Gewinn von 24.577 T€ (Vorjahr 25.024 T€) errechnete. Nach einem Ertragssteuerauswand von 10.998 T€ (Vorjahr 7.183 T€) wurde der sich ergebende Gewinn von 13.579 T€ (Vorjahr 17.841 T€) im Rahmen eines Ergebnisübernahmevertrages abgeführt.

Risikobericht

Das Risikofrüherkennungssystem dient der frühzeitigen Identifikation von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben oder den Bestand des Unternehmens gefährden könnten.

Die Risikostrategie findet ihre Konkretisierung im Risiko-Management-Handbuch. Anhand einer regelmäßigen Risikoinventur werden die grundsätzlich in allen Unternehmensteilen und -prozessen möglichen Risiken systematisch identifiziert, analysiert und bewertet. Die Bewertung der Risiken durch das zentrale Risikomanagement wird hierbei durch Risikoverantwortliche aus den Fachbereichen unterstützt. Durch monatliche Ist-Abschlüsse in Kapitalanlage und Versicherungstechnik werden bilanzielle Effekte frühzeitig in den Steuerungs- und Risikofrüherkennungsprozess mit einbezogen.

Aufsichtsrat und Vorstand werden regelmäßig über die Risikosituation des Unternehmens informiert.

Versicherungstechnische Risiken

Die zentralen Risiken im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft liegen in nicht auskömmlichen Tarifen sowie nicht ausreichend gebildeten Schadenrückstellungen.

Aufgrund der hohen Bestandskonzentration liegt eine regionale Häufung von Risiken im süddeutschen Raum vor.

Das Prämien-/Schadenrisiko wird im Rahmen des laufenden Berichtswesens permanent überwacht, risikomindernde Annahmerichtlinien sowie eine laufende risikoadäquate Gestaltung der Tariflandschaft dienen der frühzeitigen Identifikation und Nichtannahme erkennbar schlechter Risiken.

Die Angemessenheit der Schadenreserven wird durch die Schadenabteilungen auf Basis der Einzelschäden permanent überwacht, turnusmäßig erfolgt zudem eine Analyse der Schadenreserven mithilfe mathematischer Verfahren.

Rückversicherungsschutz

Die Risiken aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft – insbesondere Großrisiken aus Elementarschadenereignissen oder Risiken aus den Haftpflichtsparten – sind unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen rückgedeckt. Die Zession erfolgt dabei jeweils an mehrere Rückversicherer mit erstklassigen Ratings.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft waren zum Bilanzstichtag Forderungen mit einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen in einer Höhe von 0,3 % der gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres zu verzeichnen. Die durchschnittliche Forderungsausfallquote der vergangenen 3 Jahre lag unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge. Bei den Forderungen gegen Versicherungsvertreter sowie gegen Rückversicherer kam es zu keinerlei nennenswerten Zahlungsverzögerungen oder -ausfällen. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft war daher insgesamt als unbedeutend zu betrachten.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebereich waren bei jeder Entscheidung die Anlagegrundsätze des § 124 VAG Grundlage des Handelns, wonach das Vermögen unter Berücksichtigung des Versicherungsgeschäfts und der Unternehmensstruktur so angelegt wird, dass möglichst große Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität erreicht wird. Weitere Risikominimierungen werden durch Mischungs- und Streuungsentscheidungen nach Anlagearten, Emittenten und Regionen erzielt.

Anlagerichtlinien, Mandate und Überwachung

Die Steuerung und Überwachung des Anlagemanagements erfolgt durch Anlagerichtlinien, laufende Berichterstattung und periodische Anlagesitzungen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig unterrichtet. Bei der Vergabe von externen Mandaten für Spezialfonds wird die Anlagepolitik durch Festlegung eines Fondsprofils und durch Vorgabe von Anlagegrundsätzen und Zielvorgaben laufend gesteuert und durch regelmäßige Berichterstattung und Anlageausschusssitzungen überwacht.

Marktpreisrisiken

Die festverzinslichen Wertpapiere sind Hauptbestandteil des Kapitalanlagenbestandes. Dem Risiko aus Zinsänderungen wird durch Laufzeitmanagement begegnet. Die Bestände lauten, bis auf geringe Beimischungen, auf Euro, so dass Währungsrisiken nicht gegeben sind. Die nachfolgende Szenarioanalyse zum 31.12.2017 umfasst sowohl direkt als auch über Fonds gehaltene Aktien und festverzinsliche Wertpapiere. Bei den festverzinslichen Wertpapieren werden auch die im Anlagevermögen gehaltenen Papiere berücksichtigt, nicht aber Namenspapiere oder Schuldscheindarlehen.

Anlageklasse	Szenario	Marktwert- änderung
Aktien	Aktienkurse – 20 %	–10.227 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditeanstieg + 1 %	–6.432 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditerückgang – 1 %	6.907 T€

Bonitätsrisiken

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand waren 61,6 % von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Namensschuldverschreibungen und Darlehen enthalten, für die eine besondere Deckungsmasse besteht, eine Einlagensicherung, Institutsgarantie oder Gewährträgerhaftung gegeben war oder die von öffentlichen Haushalten gegeben wurden. Bei den restlichen Kapitalanlagebeständen handelte es sich in erster Linie um Genussscheine und nachrangige Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten und um Unternehmensanleihen, die im Investment Grade-Rating eingestuft waren. Die in Spezialfonds gehaltenen Renten waren zu über 96,0 % im Investment Grade-Rating eingestuft.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Banken im Kapitalanlagebestand lag nach Buchwerten bei 55,2 %. Es unterlagen davon 58,5 % einer Sicherungseinrichtung bzw. es waren 29,7 % mit einer besonderen Deckungsmasse hinterlegt. Das Durchschnittsrating verzinslicher Wertpapiere im Gesamtbestand war im oberen Investment Grade-Bereich angesiedelt.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Staaten im Kapitalanlagenbestand lag bei 8,2 %. Der Anteil an Kapitalanlagen in den EWU-Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland) lag bei 1,9 % der Kapitalanlagen, zum Bilanzstichtag bestanden keine stillen Lasten.

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand befinden sich keine Kapitalanlagen in britischen Pfund. Beimischungen in Aktien, Beteiligungen oder Investmentanteilen sind in geringem Maße vorhanden. Wesentliche Risiken durch den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union bestehen nicht.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken werden durch den laufenden Abgleich der Zahlungsströme mit den Liquiditätsplänen gesteuert. Im Rahmen des Asset-Liability Managements erfolgt ein Abgleich der Laufzeitenstruktur der Kapitalanlagen mit denen der passivseitigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Liquiditätspuffer in hoch fungiblen Kapitalanlagen stellen die Zahlungsfähigkeit auch im Falle kurzfristig auftretender Auszahlungsspitzen sicher.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in allen Unternehmensbereichen ergeben. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Sicherheit und Verfügbarkeit der unternehmenskritischen DV-Systemlandschaft. Ein umfangreiches konzernweites DV-Sicherheitskonzept wird dabei durch ein nach ISO 27001 zertifiziertes Managementsystem für Informationssicherheit (ISMS) unterstützt.

Im Personalbereich wird das Risiko von Fehlbearbeitungen oder dolosen Handlungen anhand von Arbeitsanweisungen, Vollmachten sowie IT-gestützten Freigabe- und Stichprobensystemen reduziert. Zusätzlich ist die Innenrevision beauftragt, Prüfungen in allen relevanten Unternehmensbereichen durchzuführen.

Notfallkonzepte, die die Geschäftsführung im Krisenfall sicherstellen, unterliegen einer laufenden Weiterentwicklung und Überprüfung auf Wirksamkeit und Effizienz.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Nach den derzeitigen Erkenntnissen sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens kurz- oder mittelfristig gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich und nachhaltig beeinträchtigen könnten. Es ergibt sich eine deutliche Überdeckung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen. Details hierzu finden sich im Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) unter <http://www.wgv.de>.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch die angeführten vielschichtigen Maßnahmen Vorsorge getroffen wird, der geschilderten Risikolage des Unternehmens angemessen gerecht zu werden.

Nichtfinanzielle Erklärung

Die WGV-Versicherung AG ist gem. §289b Abs. 2 HGB von der Erstellung einer nichtfinanziellen Erklärung gem. §289 b bis e HGB befreit. Die nichtfinanzielle Erklärung findet sich im Konzernabschluss der Würtembergische Gemeinde-Versicherung a.G., der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Chancen und voraussichtliche Entwicklung

Eine schlanke und flexible Organisationsstruktur mit einer im Marktvergleich sehr geringen Kostenbelastung versetzen die WGV-Versicherung AG in die Lage, preislich sehr attraktive und qualitativ hochwertige Versicherungsprodukte anbieten zu können. Durch eine regelmäßige Anpassung an die Gegebenheiten des Marktes sind die Produkte der WGV-Versicherung AG in den erwünschten Segmenten unter den besten Angeboten des Marktes positioniert.

Insbesondere außerhalb des angestammten Geschäftsgebietes besteht – vor allem auch über Vertriebswege im Internet – ein erhebliches Wachstumspotential.

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem Bestandswachstum von etwa 6 % ausgegangen. Tatsächlich stieg der Bestand um 5,9 % auf 2.848.773 Verträge, die Bestandsentwicklung lag damit leicht innerhalb der Erwartungen.

Für das Beitragswachstum wurde von einer Spanne von 341.079 T€ bis 347.970 T€ ausgegangen. Tatsächlich konnten die gebuchten Bruttobeiträge um 7,5 % auf 345.719 T€ gesteigert werden, die Prämienentwicklung verlief damit im Rahmen der Erwartungen.

Für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft werden im Geschäftsjahr 2018 die gebuchten Bruttobeiträge in der Spanne von 368.708 T€ bis 376.156 T€

erwartet. Das Bestandswachstum wird bei rund 5 % liegen.

Die Kostenquote wurde für 2017 zwischen 13 % und 14 % erwartet, tatsächlich ergaben sich 11,5 %, womit die Kosten unterhalb der Erwartungen lagen.

Im Rahmen der Erwartungen verlief die Entwicklung der Schadenquote. Während von einer Spanne von 70 % bis 80 % ausgegangen wurde, ergab sich tatsächlich eine Schadenquote von 77,4 %. Sofern Großschäden, z. B. durch flächendeckende Elementarschäden ausbleiben, wird sich der Schadenaufwand moderat entwickeln, die Schadenquote wird unter diesen Voraussetzungen in der Bandbreite von 76 % – 86 % liegen.

Durch die Verlagerung des Neugeschäfts im privaten Sach-, Unfall- und Haftpflichtgeschäft zur WGV-Versicherung AG werden sich die damit einhergehenden Abschlusskosten ebenfalls zur WGV-Versicherung AG verlagern. Die Kosten werden daher etwas über dem Niveau des Jahres 2017 erwartet, die Kostenquote wird 2018 zwischen 11 % und 13 % liegen.

Für die im Geschäftsjahr 2013 durch den Hagelsturm „Andreas“ stark belasteten Sparten Sonstige Kraftfahrtversicherung und Verbundene Wohngebäudeversicherung wird im Geschäftsjahr 2018 – ein moderater Geschäftsjahresschadenaufwand vorausgesetzt – erneut von einem deutlichen Zuführungsbedarf zur Schwankungsrückstellung ausgegangen.

Im übernommenen Versicherungsgeschäft lagen die gebuchten Bruttobeiträge planmäßig auf Vorjahresniveau. Für das Geschäftsjahr 2018 wird von einem weitgehend konstanten Beitragsniveau ausgegangen.

Die auf Sicherheit und Diversifikation bedachte Anlagestrategie der letzten Jahre soll grundsätzlich weitergeführt werden. Nach wie vor steht durch die Politik der Notenbanken weltweit übermäßig viel Liquidität für Investitionen in allen Assetklassen zur Verfügung. Daraus resultieren weiterhin sehr niedrige Renditen auf alle Laufzeiten deutscher Bundesanleihen sowie nied-

rige Risikoaufschläge für Finanzierungen von Banken. Das generelle Renditeniveau für unsere Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere bleibt daher weiterhin sehr niedrig. Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere werden sowohl regional, als auch über Sektoren und Einzelmittenten breit gestreut. Dem Bereich der Unternehmensanleihen wird gegenüber den Bundesanleihen weiterhin ein höheres Ertragspotenzial eingeräumt. Daher soll die Quote der Corporates ausgebaut werden. Zunehmend soll dabei auf die Vereinnahmung der Illiquiditätsprämie gesetzt werden. Dies soll aber wie die Strategie, in außereuropäische festverzinsliche Wertpapiere zu investieren, insbesondere über Spezialfondsmandate durchgeführt werden. Fremdwährungsrisiken werden dabei weiterhin jedoch nur in geringem Maße eingegangen.

Investitionen in Sachwerte sollen auch in 2018 einen Schwerpunkt der Anlage bilden. Dazu werden weitere Investitionen in erneuerbare Energien / Infrastruktur geplant. Neben Kapitalabrufen der bereits im Bestand befindlichen Investments sind neue, attraktiv erscheinende Investments in diesem Segment vorgesehen. Ein moderater Ausbau der Immobilienquote ist über Direktinvestitionen und über Spezialfonds angedacht.

Ergänzend sind bei vorgegebenem Risikokapital zusätzliche Aktieninvestitionen vorgesehen. Weiterhin werden darüber hinaus Anlagemöglichkeiten geprüft, die bei limitiertem Risiko zu einer Diversifikation des Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien beitragen können.

Die ordentlichen Erträge vor allem aus Immobilienfonds konnten in den letzten Jahren gesteigert werden. Aufgrund der niedrigen risikofreien Zinsen und der weiterhin niedrigen absoluten Renditen auch für Bank- und Unternehmensanleihen ist insgesamt in 2018 mit einem im Vergleich zum Berichtsjahr leicht niedrigeren Kapitalanlageergebnis zu rechnen.

Stuttgart, 5. März 2018

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

Bilanz

Aktiva

Bilanz zum 31. Dezember 2017

	€	2017 €	€	2016 €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten			10.519,52	10.519,52
B. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	7.054.794,87			7.054.794,87
2. Beteiligungen	16.082.029,38			11.562.918,62
		23.136.824,25		18.617.713,49
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	344.194.871,86			311.042.677,17
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	88.295.732,50			78.735.217,50
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	75.341.332,61			91.819.401,81
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	66.859.889,11			58.569.813,90
4. Einlagen bei Kreditinstituten	95.000.000,00			104.999.999,99
		669.691.826,08		645.167.110,37
			692.828.650,33	663.784.823,86
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	1.307.567,71			1.333.117,50
2. Versicherungsvermittler	38.549,66			41.548,70
		1.346.117,37		1.374.666,20
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft		4.338.739,05		3.710.749,03
III. Sonstige Forderungen		35.356,02		247.350,33
			5.720.212,44	5.332.765,56
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			9.389.127,31	119.903,30
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		2.696.707,35		2.667.203,09
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		1.700.578,80		1.822.770,76
			4.397.286,15	4.489.973,85
			712.345.795,75	673.737.986,09

Passiva

	€	2017 €	€	2016 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		20.282.000,00		20.282.000,00
II. Kapitalrücklage		103.764.065,10		83.764.065,10
III. Gewinnrücklagen				
1. Gesetzliche Rücklage	306.775,13			306.775,13
2. Andere Gewinnrücklagen	25.647.159,77			25.647.159,77
		25.953.934,90		25.953.934,90
IV. Bilanzgewinn		0,00		0,00
			150.000.000,00	130.000.000,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	1.589.940,53			1.309.683,72
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	178.531,94			156.986,79
		1.411.408,59		1.152.696,93
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	529.039.399,41			517.717.163,59
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	101.558.688,92			102.456.579,37
		427.480.710,49		415.260.584,22
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	201.632,09			206.094,30
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		201.632,09		206.094,30
IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		80.346.858,21		65.299.118,43
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	328.044,09			288.335,88
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			1.600,00
		328.044,09		286.735,88
			509.768.653,47	482.205.229,76
C. Andere Rückstellungen				
Sonstige Rückstellungen			154.900,00	194.900,00
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	32.490.151,29			31.729.122,60
2. Versicherungsvermittlern	406.990,89			367.537,28
		32.897.142,18		32.096.659,88
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		1.898.665,82		2.296.822,35
III. Sonstige Verbindlichkeiten		17.561.944,25		26.874.608,20
			52.357.752,25	61.268.090,43
E. Rechnungsabgrenzungsposten			64.490,03	69.765,90
			712.345.795,75	673.737.986,09

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341f und 341g HGB sowie der aufgrund des § 88 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist.

Stuttgart, 14. Februar 2018

Lieder
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2017				
	€	2017 €	€	2016 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	359.024.032,23			334.262.851,14
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>-47.979.785,23</u>	311.044.247,00		<u>-44.623.576,96</u>
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	-280.256,81			289.639.274,18
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>21.545,15</u>			<u>-44.576,56</u>
		-258.711,66		-63,81
			310.785.535,34	<u>-44.640,37</u>
				289.594.633,81
2. Technischer Zinsertrag für eigene Rechnung			883.839,56	770.835,42
3. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			301.545,71	295.606,63
4. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-263.567.292,56			-248.895.038,94
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>27.797.215,30</u>	-235.770.077,26		<u>25.013.200,22</u>
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				-223.881.838,72
aa) Bruttobetrag	-11.322.235,82			-19.304.604,68
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>-897.890,45</u>			<u>2.767.427,01</u>
		-12.220.126,27		-16.537.177,67
			-247.990.203,53	<u>-240.419.016,39</u>
5. Veränderung der sonstigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			-41.308,21	-18.453,51
6. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			-2.360,16	840,66
7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		-44.250.504,66		-43.364.833,92
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>8.955.713,20</u>		<u>8.585.932,54</u>
			-35.294.791,46	<u>-34.778.901,38</u>
8. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-1.063.913,97	-1.000.701,25
9. Zwischensumme			27.578.343,28	14.444.843,99
10. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			-15.047.739,78	-1.120.527,30
11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (= Übertrag)			12.530.603,50	13.324.316,69

	€	2017 €	€	2016 €
Übertrag			12.530.603,50	13.324.316,69
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	422.683,73			110.035,94
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	21.237.969,37			15.019.043,31
c) Erträge aus Zuschreibungen	945.169,54			1.967.372,94
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	1.896.115,30			881.875,74
		24.501.937,94		17.978.327,93
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	-439.933,46			-411.556,93
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	-7.695.550,74			-3.191.938,14
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	-173.383,91			-508.265,04
		-8.308.868,11		-4.111.760,11
3. Technischer Zinsertrag		-883.839,56		-770.835,42
			15.309.230,27	13.095.732,40
4. Sonstige Erträge		80.241,84		75.003,37
5. Sonstige Aufwendungen		-3.342.686,74		-1.471.202,40
			-3.262.444,90	-1.396.199,03
6. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			24.577.388,87	25.023.850,06
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zuzüglich Erstattungen an den Organträger		0,00 -10.998.061,11		0,00 -7.183.149,12
			-10.998.061,11	-7.183.149,12
8. Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne			-13.579.327,76	-17.840.700,94
9. Jahresüberschuss			0,00	0,00
10. Bilanzgewinn			0,00	0,00

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB sowie unter Berücksichtigung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) aufgestellt.

Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet.

Im Abschluss enthaltene Kapitalanlagen in fremder Währung werden zum Kurs am Tag ihrer Anschaffung in Euro umgerechnet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Währungsverluste werden berücksichtigt.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen sind mit den Anschaffungskosten bilanziert und werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Beteiligungen werden zu ihren Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden im Wesentlichen dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Namensschuldverschreibungen sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagiobeträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt. Zeronamensschuldverschreibungen sind mit dem Anschaffungskurs zuzüglich nicht fälliger Zinsforderungen bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu Anschaffungskosten zu- oder abzüglich der kumulierten Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen bewertet.

Sämtliche Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert. Von den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird eine auf Basis der Vorjahre ermittelte Pauschalwertberichtigung abgesetzt.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie alle übrigen Aktiva sind mit den Nominalbeträgen angesetzt und, soweit erforderlich, um Wertberichtigungen gekürzt.

Unter den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen aktiviert soweit diese Aufwand für Folgejahre darstellen.

Für die Ermittlung der Zeitwerte bei Beteiligungen werden Ertragswertmodelle herangezogen. Soweit ertragsorientierte Verfahren nicht zum Einsatz kommen konnten, wird das anteilige Eigenkapital herangezogen. Bei Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wird der Börsenjahresschlusskurs zur Bewertung herangezogen, andernfalls Ertragswerte. Für Spezialfonds wird der von der Kapitalanlagegesellschaft mitgeteilte Rücknahmepreis verwendet. Die Zeitwerte der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen werden auf Grundlage der Barwertmethode in einem internen Modell ermittelt, basierend auf aktuellen Zinsstrukturkurven und Credit Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit.

Bei einem Steuersatz von 30,5 % ergab sich aufgrund von Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in den Positionen „Rückstellung für nicht abgewickelte Versicherungsfälle“ und „Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ insgesamt ein Überhang an aktiven latenten Steuern. Auf den Ansatz dieser aktiven latenten Steuern wurde aufgrund des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB verzichtet.

Passiva

Die Bruttobeitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft und die hierauf entfallenden Rückversicherungsanteile wurden grundsätzlich für jeden Versicherungsvertrag einzeln unter Berücksichtigung des Kostenabzugs gemäß dem BMF-Erlass vom 30.04.1974 ermittelt; Anteile der Rückversicherer werden entsprechend dem vertraglichen Risikoanteil abgesetzt. Die Beitragsüberträge für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft entsprechen den Aufgaben der Vorversicherer.

Die Rückstellung für bekannte, noch nicht abgewickelte Schadenfälle des selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäfts wird durch Einzelbewertung ermittelt. Für die am Bilanzstichtag noch nicht bekannten Fälle sind Spätschadenrückstellungen nach den Erfahrungen der Vergangenheit gebildet worden.

Die Berechnung der HUK Renten-Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode. Es liegen die Sterbetafeln DAV 2006 HUR für Männer bzw. Frauen zugrunde. Bei Rentenfällen mit Eintritt der Leistungsverpflichtung bis 31.12.2011 betrug der Rechnungszins 2,21 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2012 betrug er 1,75 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2015 betrug er 1,25 %, für Leistungsfälle ab dem 01.01.2017 betrug er 0,90 %. Zukünftige Regulierungskosten für Rentenfälle werden pauschal berücksichtigt.

Der technische Zinsertrag wird aus dem arithmetischen Mittel des Anfangs- und Endbestandes der Brutto-Rentendeckungsrückstellung mit 3,50 % errechnet.

Die zurückgestellten Schadenregulierungsaufwendungen werden nach dem BMF-Erlass vom 02.02.1973 berechnet.

Forderungen aus Regressen werden abgesetzt.

Die Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden vertragsgemäß abgesetzt.

Im in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft werden die Rückstellungen entsprechend den Aufgaben der Vorversicherer bzw. nach dem voraussichtlichen Bedarf gebildet.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung betrifft im Wesentlichen die erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung.

Die Schwankungsrückstellung wird nach der Anlage zu § 29 RechVersV und die Pharmarückstellung nach § 30 RechVersV berechnet.

Die Stornorückstellung wird pauschal, alle sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen durch Einzelberechnungen ermittelt.

Alle anderen Rückstellungen sind mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, die Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie alle übrigen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Einzahlungen und Disagien ausgewiesen, soweit diese Ertrag für Folgejahre darstellen.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten

Aktivposten	Bilanzwerte 2016 €	Zugänge €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	10.519,52	0,00
B.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	7.054.794,87	0,00
2. Beteiligungen	11.562.918,62	7.085.364,23
3. Summe B.I.	18.617.713,49	7.085.364,23
B.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	311.042.677,17	239.910.309,05
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	78.735.217,50	16.838.285,00
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	91.819.401,81	4.521.930,80
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	58.569.813,90	23.725.000,00
c) Übrige Ausleihungen	0,00	0,00
4. Einlagen bei Kreditinstituten	104.999.999,99	0,00
5. Summe B.II.	645.167.110,37	284.995.524,85
Insgesamt B.	663.784.823,86	292.080.889,08
Insgesamt	663.795.343,38	292.080.889,08

Stille Lasten

Aktivposten	Stille Last €	Zugeordneter Buchwert €
B.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		
2. Beteiligungen	13.571,06	650.480,39
B.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.604,32	2.028.288,78
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	327.494,52	24.378.740,00
3. Sonstige Ausleihungen		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	301.205,96	19.000.000,00

Bei den stillen Lasten handelte es sich jeweils um vorübergehende Wertminderungen; ein Ausfall war nicht ersichtlich.

Angabe zu Investmentfonds

	Buchwert €	Marktwert nach § 36 Investment- gesetz €	Differenz Marktwert zu Buchwert €	Ausschüttung des Geschäftsjahres €	Tägliche Rückga- be mög- lich	Unterlas- sene Abschrei- bungen
Immobilienfonds (Europa)	9.215.146,96	9.267.716,52	52.569,56	341.604,00	Nein	Nein
Dachfonds (international gemischt)	12.919.520,00	14.725.607,12	1.806.087,12	135.323,31	Ja	Nein
Mischfonds (Europa)	91.790.240,00	91.790.240,00	0,00	2.353.949,91	Ja	Nein
Mischfonds (Global)	112.795.516,10	116.492.830,00	3.697.313,90	1.449.897,48	Ja	Nein

Aufgrund von Analystenbewertungen war für die zum Bilanzstichtag nicht abbeschriebenen Wertpapiere in den Mischfonds von einer vorübergehenden Wertminderung auszugehen.

Abgänge €	Abschreibungen €	Zuschreibungen €	Bilanzwerte 2017 €	Zeitwerte 2017 €
0,00	0,00	0,00	10.519,52	10.519,52
0,00	0,00	0,00	7.054.794,87	10.812.101,02
2.527.439,64	38.814,42	0,59	16.082.029,38	16.819.507,28
2.527.439,64	38.814,42	0,59	23.136.824,25	27.631.608,30
200.057.671,99	7.572.736,32	872.293,95	344.194.871,86	374.301.664,27
7.266.645,00	84.000,00	72.875,00	88.295.732,50	90.121.212,26
21.000.000,00	0,00	0,00	75.341.332,61	79.945.572,36
15.434.924,79	0,00	0,00	66.859.889,11	67.631.839,22
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9.999.999,99	0,00	0,00	95.000.000,00	95.000.000,00
253.759.241,77	7.656.736,32	945.168,95	669.691.826,08	707.000.288,11
256.286.681,41	7.695.550,74	945.169,54	692.828.650,33	734.631.896,41
256.286.681,41	7.695.550,74	945.169,54	692.839.169,85	734.642.415,93

Abschreibungen

	2017 €
Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung	7.695.550,74

B.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen Unmittelbare Beteiligungen

	Höhe des Anteils am Kapital %	Eigenkapital 31.12.2017 €	Ergebnis des Geschäftsjahres 2017 €
WGV-Beteiligungsgesellschaft mbH, Stuttgart	33,33	26.319.155,09	745.413,83

C.II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

	2017 €	2016 €
An verbundene Unternehmen	0,00	0,00

C.III. Sonstige Forderungen

	2017 €	2016 €
An verbundene Unternehmen	0,00	0,00
An Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12.020,40	12.020,40

E.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

	2017 €	2016 €
Agio für Namensschuldverschreibungen	1.700.578,80	1.822.770,76

Passiva

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital beträgt 20.282 T€ und ist eingeteilt in 3.967 auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien. Das gezeichnete Kapital wird zu 100 % von der WGV Holding AG, Ravensburg gehalten. Die WGV-Versicherung AG ist durch einen Ergebnisübernahmevertrag mit der WGV Holding AG und einen Beherrschungsvertrag mit der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. verbunden.

II. Kapitalrücklage

	01.01.2017 €	Veränderung €	31.12.2017 €
Kapitalrücklage	83.764.065,10	20.000.000,00	103.764.065,10

III. Gewinnrücklagen

	01.01.2017 €	Veränderung €	31.12.2017 €
1. Gesetzliche Rücklage	306.775,13	0,00	306.775,13
2. Andere Gewinnrücklagen	25.647.159,77	0,00	25.647.159,77
Insgesamt	25.953.934,90	0,00	25.953.934,90

B. Versicherungstechnische Rückstellung

Versicherungstechnische Rückstellungen gesamt

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	611.505.874,33	584.820.395,92
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	585.824.688,47	558.764.588,59
Haftpflicht	18.751.136,91	18.659.288,64
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	368.313.731,10	358.628.232,33
Sonstige Kraftfahrt	42.245.134,55	38.094.385,19
Feuer und Sach gesamt	35.710.000,59	29.662.929,63
Verbundene Hausratversicherung	3.273.297,51	3.241.398,38
Verbundene Gebäudeversicherung	31.596.922,13	25.971.664,64
Rechtsschutz	110.556.881,85	104.898.633,33

II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	529.039.399,41	517.717.163,59
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	504.899.780,70	493.427.608,30
Haftpflicht	18.574.604,11	18.526.849,52
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	333.354.018,44	328.762.321,31
Sonstige Kraftfahrt	17.380.878,48	13.437.508,95
Feuer und Sach gesamt	19.306.585,46	19.793.443,72
Verbundene Hausratversicherung	3.223.679,45	3.191.780,32
Verbundene Gebäudeversicherung	15.418.653,44	16.167.449,16
Rechtsschutz	106.106.212,50	104.156.687,09

III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	201.495,50	201.495,50
Erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung	136,59	4.598,80

IV. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	80.346.858,21	65.299.118,43
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	79.167.883,61	63.911.834,77
Haftpflicht	0,00	0,00
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	33.770.601,53	28.796.196,72
Sonstige Kraftfahrt	24.768.788,04	24.569.920,33
Feuer und Sach gesamt	16.177.824,69	9.803.771,48
Verbundene Hausratversicherung	0,00	0,00
Verbundene Gebäudeversicherung	16.177.824,69	9.803.771,48
Rechtsschutz	4.450.669,35	741.946,24

C. Andere Rückstellungen

	2017 €	2016 €
Verwaltungskosten	99.800,00	140.100,00
Übrige	55.100,00	54.800,00
Insgesamt	154.900,00	194.900,00

D.II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft

	2017 €	2016 €
An verbundene Unternehmen	437.825,00	1.771.462,80

D.III. Andere Verbindlichkeiten, Sonstige

	2017 €	2016 €
Gegenüber verbundenen Unternehmen	17.558.822,11	26.434.913,95
Aus Steuern	3.122,14	387.733,97

Die Restlaufzeit der Verbindlichkeiten beträgt jeweils bis zu einem Jahr.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

	2017 €	2016 €
Disagio auf Namensschuldverschreibungen	64.490,03	69.765,90

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1. Beiträge

	2017		
	Gebuchte Bruttobeiträge €	Verdiente Bruttobeiträge €	Verdiente Nettobeiträge €
Versicherungsgeschäft gesamt	359.024.032,23	358.743.775,42	310.785.535,34
Selbst abgeschlossenes			
Versicherungsgeschäft gesamt	345.719.204,12	345.426.312,11	297.468.072,03
Haftpflicht	17.640.827,92	17.596.734,24	13.758.064,48
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	145.653.857,03	145.573.446,83	112.681.844,32
Sonstige Kraftfahrt	93.252.408,20	93.243.896,08	88.944.880,36
Feuer und Sach gesamt	35.284.684,21	35.124.808,20	29.315.448,27
Verbundene Hausratversicherung	12.274.581,63	12.274.581,63	8.241.705,87
Verbundene Gebäudeversicherung	21.367.766,26	21.367.766,26	19.606.106,96
Rechtsschutz	44.493.220,58	44.493.220,58	44.048.279,86

	2016		
	Gebuchte Bruttobeiträge €	Verdiente Bruttobeiträge €	Verdiente Nettobeiträge €
Versicherungsgeschäft gesamt	334.262.851,14	334.218.274,58	289.594.633,81
Selbst abgeschlossenes			
Versicherungsgeschäft gesamt	321.474.824,33	321.437.062,13	276.813.421,36
Haftpflicht	17.168.275,62	17.154.762,78	13.418.115,89
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	133.579.929,69	133.564.299,04	103.380.714,58
Sonstige Kraftfahrt	86.210.006,84	86.201.939,71	82.156.289,43
Feuer und Sach gesamt	32.735.369,59	32.734.818,01	27.222.940,99
Verbundene Hausratversicherung	11.705.820,46	11.705.820,46	7.861.403,64
Verbundene Gebäudeversicherung	19.672.187,14	19.672.187,14	18.018.295,47
Rechtsschutz	42.786.725,17	42.786.725,17	42.358.847,48

4. Aufwendungen für Versicherungsfälle

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	274.889.528,38	268.199.643,62
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	267.233.259,29	261.546.138,13
Haftpflicht	6.503.719,48	5.891.055,67
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	125.197.436,08	124.575.305,77
Sonstige Kraftfahrt	79.703.654,00	70.650.446,92
Feuer und Sach gesamt	14.087.704,71	14.822.599,91
Verbundene Hausratversicherung	3.789.389,71	3.620.367,46
Verbundene Gebäudeversicherung	9.419.121,91	10.806.263,15
Rechtsschutz	36.044.009,21	41.925.115,38

Ergebnis aus der Abwicklung der Vorjahresrückstellung

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	41.970.795,46	37.794.998,84
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	41.027.968,15	36.320.846,91
Haftpflicht	4.293.253,77	4.446.239,74
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	22.138.153,02	16.385.298,80
Sonstige Kraftfahrt	3.250.252,45	3.680.352,64
Feuer und Sach gesamt	5.884.745,59	5.597.914,59
Verbundene Hausratversicherung	1.433.313,59	1.473.765,32
Verbundene Gebäudeversicherung	4.230.243,59	3.725.573,37
Rechtsschutz	4.407.870,54	3.518.367,36

7. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

	2017 Brutto €	2016 Brutto €
Versicherungsgeschäft gesamt	44.250.504,66	43.364.833,92
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	39.626.328,49	38.972.314,91
Haftpflicht	2.922.877,11	2.872.971,00
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	16.799.382,81	15.791.880,24
Sonstige Kraftfahrt	8.959.503,73	9.005.317,27
Feuer und Sach gesamt	4.497.534,63	4.155.728,40
Verbundene Hausratversicherung	2.060.603,24	1.578.151,13
Verbundene Gebäudeversicherung	2.051.882,19	2.221.022,04
Rechtsschutz	4.304.935,46	4.781.381,07
Abschlussaufwendungen	28.081.486,93	27.415.728,98
Verwaltungsaufwendungen	16.169.017,73	15.949.104,94

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter

	2017 €	2016 €
Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	8.870.670,10	7.350.087,04

11. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung

	2017 €	2016 €
Versicherungsgeschäft gesamt	12.530.603,50	13.324.316,69
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	11.500.634,95	12.107.281,72
Haftpflicht	6.855.491,05	6.876.480,78
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	-3.648.161,03	-4.003.406,59
Sonstige Kraftfahrt	164.838,41	-87.572,58
Feuer und Sach gesamt	6.156.317,15	6.513.748,06
Verbundene Hausratversicherung	4.653.839,24	5.052.265,11
Verbundene Gebäudeversicherung	1.297.652,27	869.516,96
Rechtsschutz	29.419,85	-45.029,81

Rückversicherungssaldo

	2017 €	2016 €
Versicherungsgeschäft gesamt	-12.103.202,03	-8.257.081,00
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	-12.103.202,03	-8.257.081,00
Haftpflicht	-1.329.839,42	-1.530.044,81
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	-3.112.008,85	1.065.156,28
Sonstige Kraftfahrt	-4.298.173,11	-4.046.742,15
Feuer und Sach gesamt	-3.227.727,95	-2.696.794,99
Verbundene Hausratversicherung	-1.538.988,37	-1.234.576,01
Verbundene Gebäudeversicherung	-1.673.914,71	-1.448.650,45
Rechtsschutz	-444.940,72	-427.877,69

Anzahl der Versicherungsverträge

	2017 Stück	2016 Stück *
Versicherungsgeschäft gesamt	2.848.773	2.690.242
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft gesamt	2.848.773	2.690.242
Haftpflicht	381.826	367.864
Kraftfahrzeug-Haftpflicht	893.187	825.711
Sonstige Kraftfahrt	547.517	509.874
Feuer und Sach gesamt	306.501	287.976
Verbundene Hausratversicherung	168.997	157.207
Verbundene Gebäudeversicherung	86.239	83.460
Rechtsschutz	459.061	453.367

* Die Vorjahreszahl wurde aufgrund einer geänderten Zählweise angepasst.

Weitere Angaben

Personalbericht

Die WGV-Versicherung AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Mitarbeiter und Vermittler der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. sind teilweise auch für die WGV-Versicherung AG tätig.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind im Abschnitt Organe und Beirat namentlich aufgeführt.

	2017 €
Bezüge des Aufsichtsrats	81.911,00
Bezüge des Vorstands	0,00

Firma, Sitz und Registergericht

WGV-Versicherung AG
Sitz der Gesellschaft: Stuttgart
Registergericht: Amtsgericht Stuttgart HRB 7479

Angaben zur Konzernzugehörigkeit

Die WGV-Versicherung AG, Stuttgart ist Teil der wgv Gruppe, deren Obergesellschaft die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., Stuttgart, ist. Der Abschluss der WGV-Versicherung AG wird in den Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. einbezogen.

Die WGV-Versicherung AG hat von der Erleichterungsvorschrift zur Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers im Konzernabschluss gemäß § 285 Nr. 17 HGB Gebrauch gemacht.

Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Aus Beteiligungen und Investmentanteilen bestanden Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 29.506 T€.

Aufgrund unserer Mitgliedschaft im Verein Verkehrshilfe e.V. sind wir verpflichtet, Mittel entsprechend unserem Anteil an den Beitragseinnahmen, die die Mitgliedsunternehmen aus dem selbst abgeschlossenen Kfz-Haftpflichtgeschäft jeweils im vorletzten Kalenderjahr erzielt haben, zur Verfügung zu stellen.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Berichtsjahres sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten. In den ersten Monaten des Jahres 2018 konnte das Geschäft des Unternehmens planmäßig weiterentwickelt werden.

Stuttgart, 5. März 2018

WGV-Versicherung AG

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss der WGV-Versicherung AG, Stuttgart – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der WGV-Versicherung AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotene Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Finanzinstrumenten und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Für den überwiegenden Teil der nicht notierten Finanzinstrumente, insbesondere Schuldverschreibungen und Darlehen sowie strukturierte Finanzinstrumente werden die beizulegenden Zeitwerte mittels marktüblicher anerkannter Bewertungsverfahren, insbesondere Discounted Cashflow Methoden ermittelt. Als Eingangsdaten werden hierbei prinzipiell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter, vereinzelt aber auch instrumentenspezifische Modellparameter, wie z.B. laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge und Volatilitäten, verwendet. Bei der Festlegung dieser Bewertungsparameter bestehen ermessensbehaftete Spielräume. Ferner übt der Vorstand unter Verwendung festgelegter Aufgreifkriterien Ermessen bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei allen wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten aus.

Infolge des bei der Festlegung der wesentlichen Bewertungsparameter im Rahmen der Bewertung nicht börsennotierter Finanzinstrumente als auch bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei den wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten bestehenden Ermessens handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die nicht börsennotierten Finanzinstrumente einen hohen Anteil am Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft aus.

Prüferisches Vorgehen

Für nicht notierte Finanzinstrumente haben wir die verwendeten Bewertungsverfahren dahingehend beurteilt, ob diese bei sachgerechter Anwendung eine verlässliche Ermittlung des Zeitwerts gewährleisten. Ferner haben wir die verwendeten Bewertungsparameter (insbesondere laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge sowie Volatilitäten und Wahrscheinlichkeitsschätzungen) untersucht. Dabei haben wir ermessensabhängig am Markt beobachtbare Bewertungsparameter dahingehend untersucht, ob sich diese innerhalb einer am Markt beobachtbaren Bandbreite befinden bzw. ob instrumentenspezifisch verwendete Bewertungsparameter geeignet sind.

In diesem Zusammenhang haben wir die am Markt beobachtbaren verwendeten Bewertungsparameter durch Abgleich mit öffentlich verfügbaren Bewertungsparametern in Stichproben abgeglichen bzw. instrumentenspezifische Bewertungsparameter auf deren Eignetheit beurteilt und die errechneten Zeitwerte durch eigene Berechnungen unter Einsatz von speziell hierfür ausgebildeten Mitarbeitern validiert.

Die so ermittelten Zeitwerte nicht notierter Finanzinstrumente wurden gemeinsam mit den Zeitwerten für notierte Finanzinstrumente sodann bei der Prüfung im Hinblick auf eine mögliche Dauerhaftigkeit etwaiger Wertminderungen herangezogen. Die verwendeten Aufgreifkriterien zur Feststellung einer dauerhaften Wertminderung sowie deren stetige Anwendung waren ebenfalls Gegenstand unserer Prüfung. Hierbei haben wir insbesondere überprüft, ob für alle relevanten Finanzinstrumente eine dokumentierte Einschätzung im Hinblick auf eine vorliegende Wertminderungen getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sachgerecht und im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben ausgeübt wurden.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für die wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumente ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und zur Bestimmung von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten sind im Abschnitt „Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle unterteilt sich insbesondere in Rückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle, deren Bewertung sich nach den Vorschriften des § 341g HGB richtet.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bekannte Versicherungsfälle erfolgt einzeln je Schadenfall und basiert auf den Erkenntnissen und Informationen zum Bilanzstichtag sowie den Erfahrungen der Gesellschaft aus ähnlichen Schadenfällen.

Die Bewertung der Brutto-Rückstellung für bereits eingetretene aber noch nicht gemeldete Versicherungsfälle (unbekannte Versicherungsfälle) erfolgt auf der Grundlage eines statistischen Verfahrens, für das von der Gesellschaft spartenspezifische Annahmen in Bezug auf die voraussichtliche Anzahl nachgemeldeter Schäden sowie des voraussichtlich aufzuwendenden durchschnittlichen Entschädigungsbetrages zu Grunde gelegt werden. Bei der Gesellschaft basiert die Berechnung auf einem vergangenheitsbezogenen Beobachtungszeitraum von zehn Jahren, in den kurz abwickelnden Versicherungszweigen von sechs Jahren.

Es handelt sich hierbei um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt, da die Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in hohem Maß auf Schätzungen und Annahmen beruhen und daher das Risiko besteht, dass diese insgesamt und in den einzelnen Versicherungszweigen nicht ausreichend bemessen sind. Zudem machen die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle mit Blick auf ihre relative Höhe einen hohen Anteil an der Bilanzsumme aus.

Prüferisches Vorgehen

Wir haben uns im Rahmen unserer Abschlussprüfung mit dem Prozess der Schadenbearbeitung und der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle und den dort zur Anwendung gelangten Verfahren, Methoden und Kontrollmechanismen auseinandergesetzt. Dabei haben wir durch Nachvollziehen der Bearbeitung einzelner Schadenfälle den Prozess der Schadenbearbeitung und -reservierung von der Schadenmeldung bis zur Abbildung in der Bilanz untersucht und die dort implementierten Kontrollen getestet.

Ferner haben wir für eine risikoorientiert ausgewählte Stichprobe von bekannten Versicherungsfällen untersucht, ob die hierfür gebildeten Rückstellungen auf Basis der vorliegenden Informationen und Erkenntnisse zum Bilanzstichtag ausreichend bemessen sind. Für diese Stichprobe haben wir weiter untersucht, ob die unternehmensinternen Vorgaben zur Schadenbearbeitung eingehalten wurden. Mit Blick auf die unter den Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ausgewiesenen Rentendeckungsrückstellungen haben wir durch eigene Nachberechnungen untersucht, ob diese unter Beachtung der handels- und aufsichtsrechtlichen Vorgaben rechnerisch richtig ermittelt wurden.

Darüber hinaus haben wir die der Ermittlung der Brutto-Rückstellungen für unbekanntes Spätschäden zugrundeliegenden Verfahren und Methoden dahingehend beurteilt, ob sie grundsätzlich geeignet sind, eine sachgerechte Ermittlung der Rückstellungshöhe zu gewährleisten. Weiterhin haben wir durch eigene versicherungsmathematische Analysen und Berechnungen nachvollzogen, ob die der Schätzung zugrundeliegenden Parameter für die Spätschadenreserven des Geschäftsjahres (insbesondere Schadenanzahl und durchschnittliche Schadenhöhen) nachvollziehbar abgeleitet wurden.

Mit Blick auf die ausreichende Bemessung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle insgesamt haben wir für die sechs größten Versicherungszweige bzw. -arten auf der Grundlage mathematisch-statistischer Verfahren eigene Schadenprojektionen durchgeführt. Den hierbei von uns ermittelten besten Schätzwert haben wir mit den gebildeten Rückstellungen verglichen und so die insgesamt ausreichende Bemessung der Rückstellung beurteilt. Ferner haben wir beurteilt, ob die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle in den Vorjahren nach aktuellen Erkenntnissen ausgereicht haben, um die tatsächlich eingetretenen Schadenfälle zu decken und so Indikationen für die Angemessenheit

der Schätzungen der Vergangenheit („Soll-Ist-Vergleich“) zu erhalten.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung der Rückstellung für noch nicht abgewickelten Versicherungsfälle sind im Abschnitt „Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten. Angaben zur Zusammensetzung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle für die betrieblichen Versicherungszweige bzw. -arten finden sich im Abschnitt „Angaben zu den Bilanz – Passiva/Versicherungstechnische Brutto-Rückstellungen“ des Anhangs.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstel-

lung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung

des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu

den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 11. Mai 2017 als Abschlussprüfer bestimmt. Der Aufsichtsrat hat uns mit Schreiben vom 7. August 2017 beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Abschlussprüfer der WGV-Versicherung AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Freiling.

Stuttgart, den 9. März 2018

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart

Dr. Freiling
Wirtschaftsprüfer

Karsak
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die Geschäftsführung des Vorstands intensiv überwacht und sich durch den Vorstand regelmäßig und eingehend über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung hat sich der Aufsichtsrat angemessen einbinden lassen. Darüber hinaus standen der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorstand in laufendem Kontakt zu wesentlichen Fragestellungen.

Der Aufsichtsrat hat sich mit den Entwicklungen auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten, den Folgen der anhaltenden Niedrigzinsphase sowie den Änderungen der regulatorischen Anforderungen und deren Auswirkungen auf die WGV-Versicherung AG beschäftigt. Die Solvabilitätssituation unter Solvency II stand ebenfalls im Blickpunkt.

Geschäfte, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich im Plenum diskutiert und beurteilt.

Der Aufsichtsrat hat sich beim Vorstand regelmäßig und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung informiert. Dies beinhaltete auch die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement.

Zu seiner Unterstützung hat der Aufsichtsrat einen Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten eingerichtet. Der Vorstandsausschuss befasst sich mit der Vorbereitung von Entscheidungen über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über deren dienstvertragliche Angelegenheiten, soweit die Grundsätze für die Bezüge gemäß § 87 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2 AktG betroffen sind, sowie mit der Entscheidung über sonstige dienstvertragliche Angelegenheiten der Vorstandsmitglieder. Der Ausschuss hat sich im Berichtszeitraum insgesamt viermal getroffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2017 sind durch den gemäß § 341 k Abs. 2 HGB i. V. mit § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB bestellten Abschlussprüfer, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, als Pflichtprüfer geprüft, in Ordnung befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Bericht des Abschlussprüfers vom 9. März 2018 hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Das Ergebnis der Prüfung ist in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats vom 13. April 2018 vom Abschlussprüfer erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden.

Den Jahresabschluss und den Lagebericht hat der Aufsichtsrat geprüft. Nach dem Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Er billigt den Jahresabschluss, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist.

Stuttgart, den 13. April 2018

Der Aufsichtsrat

Helmut Jahn Vorsitzender	Roger Kehle stellvertretender Vorsitzender	Wilfried Dölker
Prof. Stefan Gläser	Helmut Himmelsbach	Joachim Walter

Geschäftsbericht 2017

WGV-Lebensversicherung AG

Tübinger Straße 55, 70178 Stuttgart

www.wgv.de

Organe

Aufsichtsrat

Helmut Jahn

Landrat i. R.
des Hohenlohekreises
— Vorsitzender —

Roger Kehle

Präsident des Gemeindetags
Baden-Württemberg
— stellvertretender
Vorsitzender —

Prof. Stefan Gläser

Geschäftsführendes Vorstands-
mitglied i.R. des Städtetags
Baden-Württemberg

Helmut Himmelsbach

Oberbürgermeister i.R.
der Stadt Heilbronn

Joachim Walter

Landrat
des Landkreises Tübingen

Robert Wiedemann

Bürgermeister i. R.
der Gemeinde Baienfurt

Vorstand

Hans-Joachim Haug

Stuttgart
— Vorsitzender —
bis 31.12.2017

Dr. Klaus Brachmann

Stuttgart
— Vorsitzender, ab 01.01.2018—
— stellvertretender
Vorsitzender, bis 31.12.2017 —

Achim Schweizer

Stuttgart
bis 17.06.2017

Dr. Jochen Kriegmeier

Kornal-Münchingen
ab 21.10.2017

Dr. Frank Welfens

Unterföhring
ab 21.10.2017

Geschäftsgebiet

Nach § 1 Abs. 3 der Satzung ist das Geschäftsgebiet die Bundesrepublik Deutschland.

Betriebene Versicherungsarten im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

Risikoversicherung

Risikoversicherung
Risikoversicherung auf zwei verbundene Leben

Kapitalversicherung

Kapitalversicherung auf den Todes- und Erlebensfall
Kapitalversicherung auf den Todes- und Erlebensfall auf zwei verbundene Leben
Ausbildungsversicherung
(Versicherung mit festem Auszahlungstermin)
Sterbegeldversicherung

Rentenversicherung

Aufgeschobene Rentenversicherung
Sofort beginnende Rentenversicherung
Direktversicherung mit aufgeschobener Rentenzahlung
Direktversicherung mit aufgeschobener Rentenzahlung und Hinterbliebenenrente aus Todesfallleistung und Rentengarantie

Sonstige Versicherungen

Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung
Unfall-Zusatzversicherung

Kollektivversicherungen werden nicht angeboten.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat sich in 2017 weiter beschleunigt und verfestigt. Im ersten Halbjahr 2017 haben sowohl der Konsum, die Investitionen als auch der Außenhandel zum Wachstum beigetragen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) war nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2017 um 2,2 % höher als im Vorjahr. Die deutsche Wirtschaft ist damit das achte Jahr in Folge gewachsen. Im Vergleich zu den Vorjahren konnte das Tempo nochmals erhöht werden. Im Jahr 2016 war das BIP bereits deutlich um 1,9 % und 2015 um 1,7 % gestiegen. Eine längerfristige Betrachtung zeigt, dass das deutsche Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 fast einen Prozentpunkt über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre von +1,3 % lag. Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2017 von rund 44,3 Millionen Erwerbstätigen mit Arbeitsort in Deutschland erbracht. Damit wurde die höchste Zahl an Erwerbstätigen seit der Wiedervereinigung erreicht. Der seit 12 Jahren anhaltende Anstieg der Erwerbstätigkeit setzte sich 2017 dynamisch fort. Mit einem Plus von 638.000 Personen oder 1,5 % gegenüber dem Vorjahr gab es die stärkste Zunahme seit dem Jahr 2007 (+ 690.000 Personen oder + 1,7 %). Im Jahresdurchschnitt 2017 betrug die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen nach Definition des Sozialgesetzbuches (SGB) rund 2,5 Millionen. Das waren 158.000 weniger (-5,9 %) als im Vorjahr. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen sank von 6,1 % im Jahr 2016 auf 5,7 % im Jahr 2017.

Der Zinssatz für 3-monatige Termingelder in Euro im Interbankengeschäft (3-Monats-Euribor) blieb im Jahresverlauf nahezu stabil mit einem nur geringen Rückgang von -0,32 % auf -0,33 %. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe stieg im Jahresverlauf von 0,21 % auf 0,43 %, dies jedoch unter erheblichen Schwankungen. So lag die Rendite im Tief bei 0,15 %, um danach auf 0,60 % zu steigen. Die Volatilität an den Aktienmärkten ging trotz der weiterhin unsicheren Situation zum beschlossenen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, den Spannungen in Katalonien und den Differenzen zwischen Nordkorea und den USA deutlich zurück. Im Kalenderjahr 2017 stieg der Eurostoxx50-Performance-Index im Jahresverlauf um 9,2 %, der Deutsche Aktien-Index DAX konnte um 12,5 % zulegen.

Der Anstieg der Weltproduktion, gerechnet auf Basis von Kaufkraftparitäten, wird sich nach Einschätzungen des Kieler Instituts für Weltwirtschaft von 3,8 % in 2017 auf 3,9 % in 2018 erhöhen und sich 2019 leicht auf 3,6 % abschwächen. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften steigt die Produktion in den kommenden beiden Jahren weiter kräftig. Vor dem Hintergrund einer nur langsamen Straffung der expansiven Geldpolitik, zunehmender Anregungen von Seiten der Finanzpolitik und einer wieder kräftiger steigenden Nachfrage in den Entwicklungs- und Schwellenländern erwarten das ifw Kiel, dass der Produktionsanstieg in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den kommenden beiden Jahren kaum an Fahrt verliert. In Deutschland stellt die schleppende Regierungsbildung auf Bundesebene kein

bedeutsames Konjunkturrisiko dar. Für 2018 wird preisbereinigt abermals mit einem sehr kräftigen Anstieg der Wirtschaftsleistung um 2,5 % gerechnet.

Nach Angaben des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V. (GDV) sanken die Beitragseinnahmen in der Lebensversicherung leicht um 0,2 % auf 86,52 Mrd. €. Versicherungen gegen Einmalbeitrag verzeichnen einen Rückgang um 0,3 % auf 24,95 Mrd. €. Die Beitragseinnahmen aus Versicherungen mit laufender Beitragszahlung verringerten sich um 0,2 %. Für das 2018 wird für die Lebensversicherung mit einem leichten Rückgang der Beitragseinnahmen gerechnet.

Versicherungsgeschäft insgesamt Neugeschäft

Im Berichtsjahr 2017 wurden 2.944 Versicherungsscheine (Vorjahr 2.560) mit einer Versicherungssumme von 262.256 T€ eingelöst. Der laufende Beitrag der eingelösten Versicherungsscheine betrug 1.647 T€ (Vorjahr 1.562 T€). Der eingelöste Einmalbeitrag belief sich auf 1.695 T€ (Vorjahr 3.189 T€).

Bei den Kapitalversicherungen betrug die Versicherungssumme 2.329 T€ bei 424 eingelösten Versicherungsscheinen. In den Risikoversicherungen wurden 1.720 Verträge mit einer Versicherungssumme von 254.780 T€ eingelöst. Die 12-fache Jahresrente belief sich bei Rentenversicherungen auf 5.147 T€ bei 800 eingelösten Versicherungsscheinen.

Die Beitragssumme des gesamten Neugeschäfts belief sich auf 47.244 T€ (Vorjahr 47.151 T€).

Bestandsentwicklung

Am 31.12.2017 belief sich die Versicherungssumme im Bestand auf 4.370.507 T€ (Vorjahr 4.283.503 T€), der laufende Beitrag auf 40.907 T€ (Vorjahr 41.008 T€).

Die Stornoquote betrug 1,4 % (Vorjahr 1,2 %) aus dem laufenden Beitrag der vorzeitigen Abgänge im Verhältnis zum mittleren Jahresbestand der laufenden Beiträge. Sie liegt damit deutlich unter dem Marktdurchschnitt.

Bewegung und Struktur des Bestandes an Lebensversicherungen sind im Abschnitt Bewegung des Bestandes an Lebensversicherungen aufgeführt.

Beiträge

Im Geschäftsjahr 2017 beliefen sich die gebuchten Bruttobeiträge auf 43.213 T€. Bei leicht sinkenden laufenden Beitragszahlungen und einer Abnahme der Einmalbeiträge ergab sich insgesamt ein Beitragsrückgang um 3,8 %.

Aufwendungen für Versicherungsfälle

Die Brutto-Aufwendungen für Leistungsfälle lagen in 2017 bei 25.784 T€ (Vorjahr 37.983 T€). Der Rückgang resultiert aus den im Vorjahr hohen Abläufen der in 2004 letztmalig steuerbegünstigt abgeschlossenen Lebensversicherungen. Der Aufwand für Rückkäufe betrug 2.471 T€ (Vorjahr 2.718 T€).

Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb

Die Kosten für den Abschluss von Versicherungsverträgen und für die laufende Verwaltung betragen insge-

samt 2.075 T€ brutto (Vorjahr 2.208 T€). Hiervon betrafen 1.422 T€ Abschlusskosten und 653 T€ Verwaltungskosten. Damit war die Kostensituation weiterhin sehr günstig.

Kapitalanlagen und Kapitalerträge

Die Kapitalanlagen betragen am Bilanzstichtag 540.829 T€. Sie lagen damit um 3,3 % höher als im Vorjahr. Die Kapitalerträge sanken in 2017 um 7,2 % auf 22.343 T€, der Rückgang resultierte aus geringeren Gewinnrealisierungen zur Finanzierung der Zinszusatzreserve als im Vorjahr sowie aus einem leichten Rückgang der laufenden Erträge. Die nach der Verbandsformel errechnete Durchschnittsrendite der Kapitalanlagen lag im Berichtsjahr bei 3,53 % (Vorjahr 3,79 %), die Nettorendite der Kapitalanlagen bei 4,10 % (Vorjahr 4,49 %).

Der Überschuss und seine Verwendung

Der Bruttoüberschuss sank in 2017 um 24,2 % auf 11.059 T€. Dieser Überschuss stammte zum größten Teil aus dem Risikoergebnis. Auch das Kostenergebnis trug zum Überschuss bei. Bedingt durch den starken Anstieg des Aufwands zur Dotierung der Zinszusatzreserve war das Ergebnis aus Kapitalanlagen im Berichtsjahr erstmals negativ. Aus dem Überschuss wurden für künftige Überschussbeteiligung 7.452 T€ (Vorjahr 10.810 T€) der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Darüber hinaus wurden den Versicherungsnehmern Überschussanteile in Höhe von 2.107 T€ (Vorjahr 2.276 T€) direkt gutgeschrieben. Dabei handelte es sich ausschließlich um Sonderdirektgutschriften in Form von Sofortrabatten, Grund-, Risiko- oder Zusatzüberschussanteilen. Eine Zinsdirektgutschrift wurde nicht gewährt.

Details zur Höhe und Aufteilung der Direktgutschrift von Überschussanteilen sowie Einzelheiten der Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer werden im Anhang dargestellt.

Jahresergebnis

Das Geschäftsjahr 2017 schloss mit einem Jahresüberschuss von 1.500 T€ (Vorjahr 1.500 T€). Nach einem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr in Höhe von 125 T€ und einer Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen in Höhe von 750 T€ ergab sich ein Bilanzgewinn von 875 T€.

Risikobericht

Das Risikofrüherkennungssystem dient der frühzeitigen Identifikation von Risiken, die wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben oder den Bestand des Unternehmens gefährden könnten.

Die Risikostrategie der WGV-Lebensversicherung AG findet ihre Konkretisierung im Risiko-Management-Handbuch.

Anhand einer regelmäßigen Risikoinventur werden die grundsätzlich in allen Unternehmensteilen und –prozessen möglichen Risiken systematisch identifiziert, analysiert und bewertet. Die Bewertung der Risiken durch das zentrale Risikomanagement wird hierbei durch Risikoverantwortliche aus den Fachbereichen unterstützt.

Aufsichtsrat und Vorstand der WGV-Lebensversicherung AG werden regelmäßig über die Risikosituation des Unternehmens informiert.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnischen Risiken eines Lebensversicherungsunternehmens bestehen insbesondere aus den biometrischen Risiken, dem Stornorisiko und dem Zinsgarantierisiko.

Die versicherungstechnischen Risiken sind durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen rückgedeckt. Die Zession erfolgt dabei nur an Rückversicherer mit erstklassigen Ratings.

Biometrische Risiken

Biometrische Risiken beschreiben die Gefahr, dass sich die Rechnungsgrundlagen der Tarife – etwa die Sterbe- oder Invalidisierungswahrscheinlichkeiten – im Laufe der Zeit signifikant verändern. Bei der WGV-Lebensversicherung AG wird der Verlauf des Risikos ständig beobachtet. Dies gilt auch im Hinblick auf die im Neugeschäft ab dem 01.01.2013 geltenden Unisex-Tarife. Änderungen der biometrischen Rechnungsgrundlagen werden bei der jährlichen Deklaration der Überschussanteilsätze berücksichtigt. Die zur Berechnung der Deckungsrückstellungen verwendeten biometrischen Rechnungsgrundlagen werden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV) als ausreichend angesehen. Bei der Berechnung der Deckungsrückstellung zum 31.12.2017 wurden zum Beispiel für den Bestand an Rentenversicherungen die aktuellen Anforderungen der DAV und der BaFin berücksichtigt. Für einzelne Teilbestände wurden Auffüllungen der Deckungsrückstellungen derart vorgenommen, dass aktuellere Ausscheideordnungen Anwendung gefunden haben. Derzeit ergibt sich kein Anlass, die Sicherheit der Rechnungsgrundlagen in Zweifel zu ziehen. Eine detaillierte Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden befindet sich im Anhang des Geschäftsberichts. Das Zufallsrisiko durch hohe Versicherungsleistungen einzelner versicherter Risiken wird durch eine entsprechende Annahmepolitik und durch den Abschluss von Rückversicherungsverträgen begrenzt.

Stornorisiko

Das Stornorisiko besteht darin, dass unerwartet viele Versicherungsnehmer ihre Verträge vorzeitig beenden und im Extremfall Kapitalanlagen zu ungünstigen Bedingungen verkauft werden müssen. Bei Kapital- und Rentenversicherungen fließen Stornowahrscheinlichkeiten in die Berechnung der Zinszusatzreserve mit ein. Ansonsten werden bei der Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellungen keine Stornowahrscheinlichkeiten berücksichtigt. Die Deckungsrückstellungen sind mindestens so hoch wie die Rückkaufswerte. In Bezug auf die aktivierten, noch nicht fälligen Ansprüche an Versicherungsnehmer aus gezielten Tarifen wird dem Stornorisiko durch angemessene Wertberichtigungen begegnet. Schwankungen im Stornoverhalten haben nur geringen Einfluss auf das Geschäftsergebnis.

Zinsgarantierisiko

Die Gefahr, dass aus den vorhandenen Kapitalanlagen aufgrund extremer Kapitalmarktentwicklungen die garantierte Mindestverzinsung für die Versicherungsnehmer nicht dauerhaft erwirtschaftet werden kann, stellt das Zinsgarantierisiko dar. Die Kapitalanlagen bestehen zum ganz überwiegenden Teil aus Papieren mit Zinscharakter. Die Verzinsung des Bestandes an Zinstiteln liegt derzeit um ca. einen Prozentpunkt über dem durchschnittlichen bilanziellen Rechnungszins des Bestandes. Angesichts des aktuell sehr niedrigen Zinsniveaus wird die Marktentwicklung aufmerksam beobachtet. Muss die Neuanlage künftig dauerhaft in einem Niedrigzinsumfeld erfolgen, erhöht sich das Garantierisiko erheblich. Für Bestände mit einem Garantiezins von 2,25 %, 2,75 %, 3,25 %, 3,5 % und 4 % wurde im Geschäftsjahr 2017 eine Zinszusatzreserve gestellt. Die Verpflichtung dazu ergibt sich aus § 341 f. Abs. 2 HGB i.V.m. § 5 Abs. 3 der Deckungsrückstellungsverordnung bzw. aus einem genehmigten Geschäftsplan. Die Zinszusatzreserve ist Teil der Deckungsrückstellung. Der Berechnung der Zinszusatzreserve lag bei Verträgen, die ab dem 01.01.1995 abgeschlossen wurden, ein Referenzzins von 2,21 % zugrunde. Bei Verträgen, die vor diesem Termin abgeschlossen wurden richtete sich der Zinssatz nach dem Geschäftsplan. Im Geschäftsjahr 2017 betrug der Aufwand für die Zinszusatzreserve 10.980 T€ oder 2,54 % der gesamten Deckungsrückstellung. Für das Folgejahr wird ein nochmals höherer Aufwand erwartet, falls die Deckungsrückstellungsverordnung vom Gesetzgeber nicht geändert wird. Der Rechnungszins in Höhe von 0,9 % für das Neugeschäft seit dem 01.01.2017 wirkt mittel- bis langfristig risikomindernd.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft waren zum Bilanzstichtag Forderungen mit einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen in einer Höhe unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres zu verzeichnen. Die durchschnittliche Forderungsausfallquote der vergangenen 3 Jahre lag unter 0,1 % der gebuchten Bruttobeiträge. Bei den Forderungen gegen Rückversicherer kam es zu keinerlei nennenswerten Zahlungsverzögerungen oder -ausfällen. Das Risiko aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft war daher insgesamt als unbedeutend zu betrachten.

Risiken aus Kapitalanlagen

Im Kapitalanlagebereich waren bei jeder Entscheidung die Anlagegrundsätze des § 124 VAG Grundlage des Handelns, wonach das Vermögen unter Berücksichtigung des Versicherungsgeschäfts und der Unternehmensstruktur so angelegt wird, dass möglichst große Sicherheit, Qualität und Rentabilität bei jederzeit ausreichender Liquidität erreicht wird. Weitere Risikominimierungen werden durch Mischungs- und Streuungsentscheidungen nach Anlagearten, Emittenten und Regionen erzielt.

Anlagerichtlinien, Mandate und Überwachung

Die Steuerung und Überwachung des Anlagemanagements erfolgt durch Anlagerichtlinien, laufende Bericht-

erstattung und periodische Anlagesitzungen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig unterrichtet. Bei der Vergabe von externen Mandaten für Spezialfonds wird die Anlagepolitik durch Festlegung eines Fondsprofils und durch Vorgabe von Anlagegrundsätzen und Zielvorgaben laufend gesteuert und durch regelmäßige Berichterstattung und Anlageausschusssitzungen überwacht.

Marktpreisrisiken

Die festverzinslichen Wertpapiere sind Hauptbestandteil des Kapitalanlagebestandes. Dem Risiko aus Zinsänderungen wird durch Laufzeitmanagement begegnet. Die Bestände lauten auf Euro, so dass Währungsrisiken nicht gegeben sind. Die nachfolgende Szenarioanalyse zum 31.12.2017 umfasst sowohl direkt als auch über Fonds gehaltene Aktien und festverzinsliche Wertpapiere. Bei den festverzinslichen Wertpapieren werden auch die im Anlagevermögen gehaltenen Papiere berücksichtigt, nicht aber Namenspapiere oder Schuldscheindarlehen.

Anlageklasse	Szenario	Marktwert- änderung
Aktien	Aktienkurse	
	- 20 %	-1.859 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditeanstieg	
	+ 1 %	-6.173 T€
Festverzinsliche Wertpapiere	Renditerückgang	
	- 1 %	6.563 T€

Bonitätsrisiken

Im direkt gehaltenen Gesamtbestand von Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren, Namensschuldverschreibungen und Darlehen waren 70,4 % enthalten, für die eine besondere Deckungsmasse bestand, die von öffentlichen Haushalten begeben wurden oder eine Einlagensicherung, Institutsgarantie oder Gewährträgerhaftung gegeben war. Bei den restlichen Kapitalanlagebeständen handelte es sich in erster Linie um Genussscheine und nachrangige Schuldscheindarlehen von Kreditinstituten und um Unternehmensanleihen, die im Investment Grade-Rating eingestuft waren. Die in Spezialfonds gehaltenen Renten waren zu über 92,0 % im Investment Grade-Rating eingestuft.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Banken im Kapitalanlagebestand lag nach Buchwerten bei 71,4 %. Es unterlagen davon 50,3 % einer Sicherungseinrichtung bzw. es waren 40,8 % mit einer besonderen Deckungsmasse unterlegt. Das Durchschnittsrating verzinslicher Wertpapiere im Gesamtbestand war im oberen Investment Grade-Bereich angesiedelt.

Der Anteil an verzinslichen Anlagen bei Staaten im Kapitalanlagenbestand lag bei 4,3 %. Der Anteil an Staatsanleihen in den EUWU-Peripheriestaaten (Portugal, Italien, Irland, Griechenland) lag bei 1,5 % der Kapitalanlagen, zum Bilanzstichtag bestanden keine stillen Lasten.

Liquiditätsrisiken

Liquiditätsrisiken werden durch den laufenden Abgleich der Zahlungsströme mit den Liquiditätsplänen gesteuert. Im Rahmen des Asset-Liability Managements erfolgt ein Abgleich der Laufzeitenstruktur der Kapitalanlagen

mit denen der passivseitigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten. Liquiditätspuffer in hoch fungiblen Kapitalanlagen stellen die Zahlungsfähigkeit auch im Falle kurzfristig auftretender Auszahlungsspitzen sicher.

Operationale Risiken

Operationale Risiken können sich in allen Unternehmensbereichen ergeben. Eine wesentliche Rolle spielt dabei die Sicherheit und Verfügbarkeit der unternehmenskritischen DV-Systemlandschaft. Ein umfangreiches konzernweites DV-Sicherheitskonzept wird dabei durch ein nach ISO 27001 zertifiziertes Managementsystem für Informationssicherheit (ISMS) unterstützt.

Im Personalbereich wird das Risiko von Fehlbearbeitungen oder dolosen Handlungen anhand von Arbeitsanweisungen, Vollmachten sowie IT-gestützten Freigabe- und Stichprobensystemen reduziert. Zusätzlich ist die Innenrevision beauftragt, Prüfungen in allen relevanten Unternehmensbereichen durchzuführen.

Notfallkonzepte, die die Geschäftsfortführung im Krisenfall sicherstellen, unterliegen einer laufenden Weiterentwicklung und Überprüfung auf Wirksamkeit und Effizienz.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Nach den derzeitigen Erkenntnissen sind keine Entwicklungen erkennbar, die den Fortbestand des Unternehmens kurz- oder mittelfristig gefährden oder die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich und nachhaltig beeinträchtigen könnten. Es ergibt sich eine deutliche Überdeckung der aufsichtsrechtlichen Solvabilitätsanforderungen. Details hierzu finden sich im Bericht über die Solvabilität und Finanzlage (SFCR) unter <http://www.wgv.de>.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass durch die angeführten vielschichtigen Maßnahmen Vorsorge getroffen wird, der geschilderten Risikolage des Unternehmens angemessen gerecht zu werden.

Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

Nach § 312 AktG wurde ein Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen aufgestellt und darin abschließend erklärt:

„Der Vorstand erklärt, dass die Gesellschaft nach den Umständen, die dem Vorstand zu dem Zeitpunkt bekannt waren, zu dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, bei jedem Rechtsgeschäft eine angemessene Gegenleistung erhalten hat. Maßnahmen im Interesse oder auf Veranlassung des herrschenden Unternehmens oder der mit ihm verbundenen Unternehmen sind nicht getroffen und auch nicht unterlassen worden.“

Nichtfinanzielle Erklärung

Die WGV-Lebensversicherung AG ist gem. §289b Abs. 2 HGB von der Erstellung einer nichtfinanziellen Erklärung gem. §289 b bis e HGB befreit. Die nichtfinanzielle Erklärung findet sich im Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Chancen und voraussichtliche Entwicklung

Im Lagebericht des Vorjahres wurde von einem unveränderten Niveau des Neugeschäfts ausgegangen. Mit 2.944 (Vorjahr 2.560) eingelösten Versicherungsscheinen und einer Versicherungssumme von 262.256 T€ (Vorjahr 249.057 T€) lag das Neugeschäft etwas über den Erwartungen. Insgesamt hat sich der Bestand an Hauptversicherungen um 157 auf 56.431 Verträge erhöht. Der erwartete Rückgang des Jahresüberschusses auf 750 T€ konnte vermieden werden. Der Jahresüberschuss lag wie im Vorjahr bei 1.500 T€.

Mit dem – in der Fachpresse regelmäßig bestätigten – hervorragenden Preis-/Leistungsverhältnis unserer Produkte sehen wir mittelfristig gute Chancen für weiteres Wachstum. Aufgrund der andauernden Diskussion über die Rentabilität von Lebens- und Rentenversicherungen und wegen dem niedrigen Zinsniveau besteht bei den Verbrauchern eine geringe Neigung zum Abschluss von Versicherungen mit einer langfristigen Verpflichtung zur Beitragszahlung. Nach wie vor liegt der Schwerpunkt unseres Geschäfts bei Produkten zur Risikoabsicherung bei Tod oder bei Berufsunfähigkeit. Wir erwarten für das Jahr 2018 ein Neugeschäft auf dem Niveau des Vorjahres. Der Jahresüberschuss wird sich voraussichtlich auf 750 T€ verringern.

Die auf Sicherheit und Diversifikation bedachte Anlagestrategie der letzten Jahre soll grundsätzlich weitergeführt werden. Nach wie vor steht durch die Politik der Notenbanken weltweit übermäßig viel Liquidität für Investitionen in allen Assetklassen zur Verfügung. Daraus resultieren weiterhin sehr niedrige Renditen auf alle Laufzeiten deutscher Bundesanleihen sowie niedrige Risikoaufschläge für Finanzierungen von Banken. Das generelle Renditeniveau für unsere Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere bleibt daher weiterhin sehr niedrig. Anlagen in festverzinsliche Wertpapiere werden sowohl regional, als auch über Sektoren und Einzelementen breit gestreut. Dem Bereich der Unternehmensanleihen wird gegenüber den Bundesanleihen weiterhin ein höheres Ertragspotenzial eingeräumt. Daher soll die Quote der Corporates ausgebaut werden. Zunehmend soll dabei auf die Vereinnahmung der Illiquiditätsprämie gesetzt werden. Dies soll aber wie die Strategie, in außereuropäische festverzinsliche Wertpapiere zu investieren, insbesondere über Spezialfondsmandate durchgeführt werden. Fremdwährungsrisiken werden dabei weiterhin jedoch nur in geringem Maße eingegangen.

Investitionen in Sachwerte sollen auch in 2018 einen Schwerpunkt der Anlage bilden. Dazu werden weitere Investitionen in erneuerbare Energien / Infrastruktur geplant. Neben Kapitalabrufen der bereits im Bestand befindlichen Investments sind neue, attraktiv erscheinende Investments in diesem Segment vorgesehen. Ein moderater Ausbau der Immobilienquote ist über Direktinvestitionen und über Spezialfonds angedacht.

Ergänzend sind bei vorgegebenem Risikokapital zusätzliche Aktieninvestitionen vorgesehen. Weiterhin werden darüber hinaus Anlagemöglichkeiten geprüft, die bei limitiertem Risiko zu einer Diversifikation des Bestandes an festverzinslichen Wertpapieren und Aktien beitragen können.

Die ordentlichen Erträge vor allem aus Immobilienfonds konnten in den letzten Jahren gesteigert werden. Trotz der niedrigen risikofreien Zinsen und der weiterhin niedrigen absoluten Renditen auch für Bank- und Unternehmensanleihen ist in 2018 aufgrund von Gewinn-

realisierungen zur Finanzierung der Zinszusatzreserve mit einem im Vergleich zum Berichtsjahr höheren Kapitalanlageergebnis zu rechnen.

Stuttgart, 23. März 2018

Der Vorstand

Dr. Brachmann Dr. Kriegmeier Dr. Welfens

Bewegung des Bestandes an Lebensversicherungen

A. Bewegung des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen im Geschäftsjahr 2017

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft			
	(nur Hauptversicherungen)	(Haupt- und Zusatzversicherungen)		(nur Hauptversicherungen)
	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in T€	Einmalbeitrag in T€	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in T€
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	56.274	41.008	0	4.283.503
II. Zugang während des Geschäftsjahres				
1. Neuzugang				
a) Eingelöste Versicherungsscheine	2.944	1.647	1.695	262.256
b) Erhöhungen der Versicherungssummen (ohne Pos.2)	0	566	341	23.230
2. Erhöhungen der Versicherungssummen durch Überschussanteile	0	0	0	2.497
3. Übriger Zugang	0	0	0	0
4. Gesamter Zugang	2.944	2.213	2.036	287.983
III. Abgang während des Geschäftsjahres				
1. Tod, Berufsunfähigkeit etc.	94	50	0	2.430
2. Ablauf der Versicherung/Beitragszahlung	2.272	1.693	0	158.960
3. Rücklauf und Umwandlung in beitragsfreie Versicherungen	348	538	0	29.729
4. Sonstiger vorzeitiger Abgang	73	33	0	9.860
5. Übriger Abgang	0	0	0	0
6. Gesamter Abgang	2.787	2.314	0	200.979
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	56.431	40.907	0	4.370.507

B. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Lebensversicherungen (ohne Zusatzversicherungen) im Geschäftsjahr 2017

	Gesamtes selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in T€
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	56.274	4.283.503
davon beitragsfrei	3.499	72.417
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	56.431	4.370.507
davon beitragsfrei	3.709	77.052

C. Struktur des Bestandes an selbst abgeschlossenen Zusatzversicherungen

	Zusatzversicherungen insgesamt	
	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme bzw. 12-fache Jahresrente in T€
1. Bestand am Anfang des Geschäftsjahres	9.088	1.002.536
2. Bestand am Ende des Geschäftsjahres	8.880	1.007.254

Einzelversicherungen							
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- und Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in T€	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in T€	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in T€	Anzahl der Versicherungen	Lfd. Beitrag für ein Jahr in T€
15.241	12.852	31.217	17.044	9.573	10.867	243	245
424	176	1.720	1.149	800	322	0	0
0	205	0	120	0	238	0	3
0	0	0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
424	381	1.720	1.269	800	560	0	3
62	28	21	14	11	8	0	0
614	658	1.459	673	173	335	26	27
141	127	97	196	107	210	3	5
0	1	73	32	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0	0	0
817	814	1.650	915	291	553	29	32
14.848	12.419	31.287	17.398	10.082	10.874	214	216

Einzelversicherungen							
Kapitalversicherungen (einschl. Vermögensbildungsversicherungen) ohne Risikoversicherungen und sonstige Lebensversicherungen		Risikoversicherungen		Rentenversicherungen (einschl. Berufsunfähigkeits- u. Pflegerentenversicherungen) ohne sonstige Lebensversicherungen		Sonstige Lebensversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in T€	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in T€	Anzahl der Versicherungen	12-fache Jahresrente in T€	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in T€
15.241	421.217	31.217	3.589.329	9.573	267.261	243	5.696
596	9.598	793	12.606	2.095	50.076	15	137
14.848	406.823	31.287	3.690.350	10.082	268.053	214	5.281
600	9.773	885	15.310	2.210	51.828	14	141

Unfall-Zusatzversicherungen		Berufsunfähigkeits- oder Invaliditäts-Zusatzversicherungen	
Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in T€	Anzahl der Versicherungen	Versicherungssumme in T€
1.313	93.172	7.775	909.364
1.211	89.752	7.669	917.502

Bilanz

Aktiva

Bilanz zum 31. Dezember 2017

	€	2017 €	€	2016 €
A. Kapitalanlagen				
I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen		4.741.332,49		1.958.454,04
Beteiligungen				
II. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	141.000.591,68			132.588.372,98
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	69.739.046,20			70.046.126,80
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	277.659.225,56			249.962.502,46
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	45.321.255,79			66.603.279,06
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	337.170,51			416.120,51
d) Übrige Ausleihungen	2.030.040,63			1.862.108,19
		536.087.330,37		521.478.510,00
			540.828.662,86	523.436.964,04
B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice			3.378.281,47	3.522.789,82
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer				
a) Fällige Ansprüche	161.540,66			245.266,81
b) Noch nicht fällige Ansprüche	2.047.738,25			2.159.255,13
	2.209.278,91			2.404.521,94
2. Versicherungsvermittler	1.030,02			248,97
		2.210.308,93		2.404.770,91
II. Sonstige Forderungen		10.390,00		5.214,20
			2.220.698,93	2.409.985,11
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		5.590.956,45		15.378,35
II. Andere Vermögensgegenstände		184.692,24		171.524,11
			5.775.648,69	186.902,46
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		4.687.584,82		5.285.808,07
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		547.485,11		590.248,37
			5.235.069,93	5.876.056,44
			557.438.361,88	535.432.697,87

Ich bescheinige hiermit entsprechend § 128 Abs. 5 VAG, dass die im Vermögensverzeichnis aufgeführten Vermögensanlagen den gesetzlichen und aufsichtsbehördlichen Anforderungen gemäß angelegt und vorschriftsmäßig sichergestellt sind.

Stuttgart, 12. März 2018

Benz
Treuhänder

Passiva

	€	2017 €	€	2016 €
A. Eigenkapital				
I. Gezeichnetes Kapital		3.067.751,29		3.067.751,29
II. Kapitalrücklage		728.712,73		728.712,73
III. Gewinnrücklagen				
Andere Gewinnrücklagen		13.605.791,40		12.105.791,40
IV. Bilanzgewinn		875.000,00		875.000,00
			18.277.255,42	16.777.255,42
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	10.484.879,03			10.518.505,58
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	1.577.259,00			1.539.277,00
		8.907.620,03		8.979.228,58
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	471.521.743,13			448.841.385,21
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	567.866,00			600.013,00
		470.953.877,13		448.241.372,21
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	2.064.564,64			1.844.118,39
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	143.016,00			177.229,00
		1.921.548,64		1.666.889,39
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	38.552.130,43			40.078.141,51
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00			0,00
		38.552.130,43		40.078.141,51
			520.335.176,23	498.965.631,69
C. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
Deckungsrückstellung Bruttobetrag			3.378.281,52	3.522.789,81
D. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		719.457,00		682.750,00
II. Steuerrückstellungen		1.458.420,71		1.928.912,34
III. Sonstige Rückstellungen		78.000,00		91.700,00
			2.255.877,71	2.703.362,34
E. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			567.866,00	600.013,00
F. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	9.604.590,05			9.596.840,28
2. Versicherungsvermittlern	27.988,03			42.760,59
		9.632.578,08		9.639.600,87
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		2.837.666,39		2.738.367,72
III. Sonstige Verbindlichkeiten		89.883,34		230.702,07
			12.560.127,81	12.608.670,66
G. Rechnungsabgrenzungsposten			63.777,19	254.974,95
			557.438.361,88	535.432.697,87

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B.II. und C. der Passiva eingestellten Deckungsrückstellungen unter Beachtung des § 341f HGB sowie unter Beachtung der auf Grund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden sind; für den Altbestand im Sinne des § 336 VAG und des Artikels 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 12.01.2018 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Stuttgart, 23. März 2018

Lieder
Verantwortlicher Aktuar

Gewinn- und Verlustrechnung

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2017		2017	2016
€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung			
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung			
a) Gebuchte Bruttobeiträge	43.212.574,31		44.903.278,19
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	-2.414.845,80		-2.367.723,47
		40.797.728,51	42.535.554,72
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	33.626,55		479.210,06
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	37.982,00		35.824,00
		71.608,55	515.034,06
			43.050.588,78
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			398.083,73
3. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Beteiligungen		63.152,27	42.137,80
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		18.954.783,21	19.695.387,67
c) Erträge aus Zuschreibungen		85.694,09	324.577,83
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		3.239.601,97	4.020.192,09
			24.082.295,39
		22.343.231,54	24.082.295,39
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			224.773,02
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			5.614,40
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung			
a) Zahlungen für Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	-28.035.211,01		-40.325.855,42
bb) Anteil der Rückversicherer	547.763,58		815.499,62
		-27.487.447,43	-39.510.355,80
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle			
aa) Bruttobetrag	-220.446,25		-374.954,19
bb) Anteil der Rückversicherer	-34.213,00		29.656,00
		-254.659,25	-345.298,19
			-39.855.653,99
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen			
Deckungsrückstellung			
a) Bruttobetrag		-22.535.849,63	-9.552.120,07
b) Anteil der Rückversicherer		-32.147,00	-71.744,00
			-9.623.864,07
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung			-7.451.698,87
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung			
a) Abschlussaufwendungen	-1.422.168,42		-1.535.632,33
b) Verwaltungsaufwendungen	-652.962,81		-672.339,07
		-2.075.131,23	-2.207.971,40
c) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		681.177,93	470.640,72
			-1.737.330,68
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		-229.758,90	-230.898,31
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		-273.291,98	-726.403,77
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		-2.372,21	-42.281,33
			-999.583,41
		-505.423,09	-999.583,41
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			-127.411,16
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			-2.412.454,46
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung (= Übertrag)			1.639.995,56
			2.272.555,30

	€	2017 €	€	2016 €
Übertrag			1.639.995,56	2.272.555,30
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		20.372,18		97.099,86
2. Sonstige Aufwendungen		-344.792,63		-193.705,52
			-324.420,45	-96.605,66
3. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			1.315.575,11	2.175.949,64
4. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			184.424,89	-675.949,64
5. Jahresüberschuss			1.500.000,00	1.500.000,00
6. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr			125.000,00	125.000,00
7. Einstellung in Gewinnrücklagen in andere Gewinnrücklagen			-750.000,00	-750.000,00
8. Bilanzgewinn			875.000,00	875.000,00

Der Jahresabschluss ist nach den Vorschriften des HGB sowie unter Berücksichtigung der Verordnung über die Rechnungslegung von Versicherungsunternehmen (RechVersV) sowie des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) aufgestellt.

Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Aktiva

Im Abschluss enthaltene Kapitalanlagen in fremder Währung werden zum Kurs am Tag ihrer Anschaffung in Euro umgerechnet. Bis zum Bilanzstichtag eingetretene Währungsverluste werden berücksichtigt.

Beteiligungen werden zu ihren Anschaffungskosten angesetzt und nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere werden im Wesentlichen dem Anlagevermögen zugeordnet.

Die dem Anlagevermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Die dem Umlaufvermögen zugeordneten Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen sowie andere festverzinsliche Wertpapiere sind nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Namensschuldverschreibungen sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagiobeträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt. Zeronamensschuldverschreibungen sind mit dem Anschaffungskurs zuzüglich nicht fälliger Zinsforderungen bilanziert.

Schuldscheinforderungen und Darlehen sind zu Anschaffungskosten zu- oder abzüglich der kumulierten Amortisation unter Anwendung der Effektivzinsmethode angesetzt.

Die Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine sind mit den Nominalbeträgen angesetzt.

Die unter den übrigen Ausleihungen ausgewiesenen Namensgenussscheine sind zu den Nennwerten angesetzt. Agio- und Disagiobeträge werden abgegrenzt und über die Laufzeit verteilt.

Einlagen bei Kreditinstituten sind mit den Nominalbeträgen bewertet.

Die Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungen sind mit dem Zeitwert angesetzt.

Sämtliche Forderungen werden zu Nennwerten bilanziert. Von den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft wird eine auf Basis der Vorjahre ermittelte Pauschalwertberichtigung abgesetzt.

Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand sowie alle übrigen Aktiva sind mit den Nominalbeträgen angesetzt und, soweit erforderlich, um Wertberichtigungen gekürzt.

Unter den sonstigen Rechnungsabgrenzungsposten sind Auszahlungen aktiviert soweit diese Aufwand für Folgejahre darstellen.

Für die Ermittlung der Zeitwerte der wesentlichen Beteiligungen wird der Net Asset Value herangezogen. Bei Aktien, Anteilen oder Aktien an Investmentvermögen und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sowie bei Inhaberschuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wird der Börsenjahresschlusskurs zur Bewertung herangezogen, andernfalls Ertragswerte. Für Spezialfonds wird der von der Kapitalanlagegesellschaft mitgeteilte Rücknahmepreis verwendet. Die Zeitwerte der zu Nominalwerten bilanzierten Kapitalanlagen werden auf Grundlage der Barwertmethode in einem internen Modell ermittelt, basierend auf aktuellen Zinsstrukturkurven und Credit Spreads unter Berücksichtigung der Restlaufzeit.

Bei einem Steuersatz von 30,5 % ergab sich aufgrund von Bewertungsdifferenzen zwischen Handels- und Steuerbilanz in den Positionen „Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ und „Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen“ insgesamt ein Überhang an aktiven latenten Steuern. Auf den Ansatz dieser aktiven latenten Steuern wurde aufgrund des Wahlrechtes nach § 274 Abs. 1 HGB verzichtet.

Passiva

Die Bruttobeitragsüberträge werden für jeden Versicherungsvertrag nach individuellem Vertragsbeginn einzeln ermittelt und unter Beachtung des BMF-Erlasses vom 30.04.1974 zeitlich abgezogen.

Die Berechnung der Deckungsrückstellung erfolgt nach versicherungsmathematischen Grundsätzen einzelvertraglich nach der prospektiven Methode mit implizierter Berücksichtigung der künftigen Kosten, sofern es sich nicht um Fondsgebundene Lebens- und Rentenversicherungen handelt. Insbesondere werden für beitragsfreie Versicherungsjahre ausreichende Verwaltungskosten reserviert. Die Deckungsrückstellung der Bonusversicherungssummen und der Bonusrenten wird nach denselben Grundlagen berechnet wie die Deckungsrückstellung der zugehörigen Versicherung.

Für den Altbestand im Sinne von § 336 VAG und Artikel 16 § 2 Satz 2 des Dritten Durchführungsgesetzes/ EWG zum VAG ist die Deckungsrückstellung nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet worden. Im Neubestand liegt den bis 30.06.2000 abgeschlossenen Risikoversicherungen die DAV-Sterbetafel 1994 T für Männer bzw. Frauen zugrunde. Ab 01.07.2000 werden bei den Risikoversicherungen Raucher und Nichtraucher gesondert behandelt, wobei die verwendeten Rechnungsgrundlagen auf der DAV-Sterbetafel 1994 T basieren. Den ab November 2008 eingeführten Risikoversicherungen liegt die Sterbetafel DAV 2008 T für Raucher und Nichtraucher zugrunde. Für die ab Oktober 2016 eingeführten Risikoversicherungen werden die unternehmenseigenen Sterbetafeln WGV 2016 T verwendet.

Für die bis 31.12.2012 abgeschlossenen kapitalbildenden Lebensversicherungen im Neubestand ist die DAV-Sterbetafel 1994 T für Männer bzw. Frauen maßgeblich. Den ab 01.01.2013 eingeführten kapitalbildenden Lebensversicherungen liegt die Sterbetafel DAV 2008 T zugrunde.

Bei den Rentenversicherungen des Neubestandes bis 31.12.2004 kommt die Sterbetafel DAV 1994 R für Männer bzw. Frauen mit geschlechtsabhängigen, nach Geburtsjahrganggruppen gestaffelten Altersverschiebungen zum Tragen. Im Jahr 2017 hat die Deutsche Aktuarvereinigung e.V. ihre Einschätzung zur Sterblichkeitsentwicklung bei Rentenversicherungen aktualisiert. Aus diesem Grund wurden die Deckungsrückstellungen der bis 31.12.2004 abgeschlossenen Rentenversicherungen angepasst. Die Deckungsrückstellung wurde ermittelt als das im Verhältnis sieben zu dreizehn gewichtete Mittel aus der auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R-Bestand berechneten Deckungsrückstellung und der auf Basis der Sterbetafel DAV 2004 R-B20 berechneten Deckungsrückstellung. Bei der Ermittlung des Anpassungsbedarfs von Rentenversicherungen in der Aufschubzeit wurden aus dem Bestand abgeleitete Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten verwendet. Die Anforderungen für die Neubewertung der Deckungsrückstellung gemäß der Veröffentlichung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (VerBaFin 01/2005) wurden berücksichtigt. Den Rentenversicherungen des Neubestandes ab 01.01.2005 liegt die Sterbetafel DAV 2004 R für Männer und Frauen zugrunde.

Den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes bis 30.06.2000 liegen dieselben Ausscheideordnungen wie beim Altbestand zugrunde (vgl. VerBAV 1986 S. 200 f. bzw. VerBAV 1990 S. 301 ff.). Um den geänderten Eintrittswahrscheinlichkeiten bei Berufsunfähigkeitsversicherungen Rechnung zu tragen, wurde bei den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Alt- und Neubestandes Kontrollrechnungen für eine Anpassung der Deckungsrückstellung durchgeführt. Maßgebliche Rechnungsgrundlagen für das Berufsunfähigkeitsrisiko waren die Tafeln DAV 1997 I, DAV 1997 TI und DAV 1997 RI (jeweils getrennt für Männer und Frauen, vgl. VerBAV 1998 S. 117 ff.). Die Sterbewahrscheinlichkeiten für Aktive entsprachen der Sterbetafel DAV 1994 T für Männer bzw. Frauen. Im Alt- und Neubestand wurde der für die Tarifkalkulation maßgebliche Rechnungszins angesetzt. Die Kontrollrechnung ergab keinen Anpassungsbedarf für die Deckungsrückstellung. Den Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes ab 01.07.2000 liegen dieselben Tafeln zugrunde, die auch für die Kontrollrechnung verwendet werden, wobei ab 01.07.2002 eine Differenzierung nach vier Berufsgruppen und ab 01.01.2013 eine Differenzierung nach acht Berufsgruppen abgeleitet wurde.

Im Neugeschäft ab dem 01.01.2013 gelten Unisex-Tarife. Für die biometrischen Rechnungsgrundlagen wird ein unternehmensindividueller Geschlechtermix angesetzt. Aus diesem Grund wird für jede Tarifart eine Kontrollrechnung gemäß Abschnitt 6 des DAV Fachgrundsatzes „Unisex-Reservierung in der Lebensversicherung vor dem Hintergrund des EuGH-Urteils“ vom 06. März 2013 durchgeführt. Zum 31.12.2017 ergibt sich für die kapitalbildenden Lebensversicherungen wie im Vorjahr ein geringfügiger Anpassungsbedarf. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass die zugrundeliegenden Abweichungen zwischen tatsächlichem und kalkulatorischem Geschlechtermix vorübergehender Natur sind.

Gemäß der Deckungsrückstellungsverordnung (DeckRV) sind Versicherungsunternehmen verpflichtet, die Deckungsrückstellung für die Versicherungsverträge zu stärken, bei denen der Rechnungszins den nach § 5 Abs. 3 der DeckRV ermittelten Referenzzins übersteigt. Der Referenzzins zum 31.12.2017 betrug 2,21 %. Von der Zinsnachreservierung waren sämtliche Renten-, Kapital-, Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen des Neubestandes bis 31.12.2011 betroffen, da diesen ein Rechnungszins zugrunde liegt, der den Referenzzins übersteigt. Für den Bestand bis 30.06.2000 beträgt der Rechnungszins 4,0 %, vom 01.07.2000 bis 31.12.2003 liegt er bei 3,25 %, vom 01.01.2004 bis 31.12.2006 bei 2,75 %, vom 01.01.2007 bis 31.12.2011 bei 2,25 %. Der Nachreservierungsbedarf (Zinszusatzreserve) wurde konform zur DeckRV einzelvertraglich für die betroffenen Bestände ermittelt. Im Berichtsjahr wurden dabei bei Kapitalversicherungen und Rentenversicherungen in der Aufschubzeit Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten verwendet. Bei Kapitalversicherungen kamen zudem erstmals die Sterbetafeln DAV 2008 T für Männer und Frauen zur Anwendung. Als Zinszusatzreserve wurde die Differenz aus der mit dem Referenzzins berechneten

Deckungsrückstellung und der mit dem Rechnungszins berechneten Deckungsrückstellung angesetzt. Zudem wurde einzelvertraglich eine Maximierung mit der unter Verwendung der zum 31.12.2016 gültigen Rechnungsgrundlagen berechneten Zinszusatzreserve vorgenommen. Auch im Altbestand wurde für Kapital-, Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen mit einem Rechnungszins von 3,5 % eine zinsinduzierte Verstärkung der Deckungsrückstellung notwendig. Die Berechnung wurde analog zum Neubestand vorgenommen. Einzelheiten dazu sind in einem Geschäftsplan für die Zinsverstärkung im Altbestand geregelt. Für Rentenbestände, bei denen bereits eine biometrische Anpassung der Deckungsrückstellung durchgeführt wurde, wurden bei der Berechnung der Zinszusatzreserve die gleichen mit einem Sicherheitsabschlag versehenen Wahrscheinlichkeiten angesetzt, die auch bei der Berechnung der biometrischen Nachreservierung verwendet wurden. Für das Jahr 2017 beläuft sich der Aufwand für die Zinszusatzreserve auf 10.980 T€ wovon 354 T€ auf die Zinsverstärkung des Altbestands entfallen.

Dem Bestand vom 01.01.2004 bis 31.12.2006 liegt ein Rechnungszins von 2,75 % zugrunde, dem Bestand vom 01.01.2007 bis 31.12.2011 ein Rechnungszins von 2,25 %, dem Bestand vom 01.01.2012 bis 31.12.2014 ein Rechnungszins von 1,75 %, dem Bestand vom 01.01.2015 bis 31.12.2016 ein Rechnungszins von 1,25 % und dem Bestand ab 01.01.2017 ein Rechnungszins von 0,9 %. Die zum Oktober 2016 eingeführten Risikoversicherungen sind bereits mit einem Rechnungszins von 0,9 % kalkuliert.

Bei Renten- und kapitalbildenden Lebensversicherungen liegt der Zillmersatz bei 9 ‰ bis 15 ‰ der Beitragssumme. Risiko- und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen werden mit 20 ‰ bis 40 ‰ der Beitragssumme gezillmert. Von der gesamten Deckungsrückstellung entfallen 12,8 % auf den Altbestand und 87,2 % auf den Neubestand.

Die durch die Zillmerung bedingten negativen Deckungskapitalien als Unterschiedsbetrag zwischen den geschäftsplanmäßigen Deckungsrückstellungen und den uneingeschränkt gezillmerten Deckungsrückstellungen sind beim Altbestand bei den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer unter noch nicht fälligen Ansprüchen aktiviert. Für den Neubestand werden negative Deckungskapitalien aktiviert, die aus Zillmerung herühren, sofern sie die geleisteten einmaligen Abschlusskosten nicht übersteigen. Bei den ab dem 01.01.2008 neu abgeschlossenen Versicherungen des Neubestands, mit durch das VVG bedingten Mindestrückkaufswerten, wird zusätzlich die Auffüllung auf den Mindestrückkaufswert aktiviert. Die Anteile der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung wurden vertragsgemäß abgesetzt.

Bei der fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherung wird die Deckungsrückstellung retrospektiv ohne Zillmerung ermittelt. Sie wird in Anteileneinheiten geführt und entspricht dem Posten „Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice“ auf der Aktivseite.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde einzelvertraglich berechnet. Für mögliche, bei Bilanzierung noch nicht bekannte Versicherungsfälle wurde eine pauschale Rückstellung in angemessener Höhe gebildet. Mögliche Forderungen aus dem Urteil des BGH vom 07. Mai 2014 zum Policenmodell wurden bei der Berechnung der Rückstellung angemessen berücksichtigt.

Die Rückstellung für Beitragsrückerstattung ist ausschließlich erfolgsabhängig.

Die Rückstellungen für Pensionen werden nach der Projected Unit Credit (PUC) Methode berechnet. Als Rechnungsgrundlage dienen die Heubeck Richttafeln 2005 G, der Rechnungszinssatz betrug 3,68 %, der Gehaltstrend lag bei 2,50 % p.a., der Rententrend bei 2,00 % bzw. 2,25 % p.a. Als Rechnungszins wird der von der Deutschen Bundesbank ermittelte durchschnittliche Marktzinssatz der letzten zehn Jahre verwendet, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensionsrückstellungen sind unter der Position „Sonstige Aufwendungen“ ausgewiesen.

Steuerrückstellungen wurden nach dem voraussichtlichen Bedarf bemessen.

Alle anderen Rückstellungen sind mit ihrem notwendigen Erfüllungsbetrag angesetzt und, soweit die Laufzeiten mehr als ein Jahr betragen, mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Die Depotverbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft, die Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft sowie alle übrigen Verbindlichkeiten sind mit den Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Sämtliche Verbindlichkeiten haben – soweit nicht anders angegeben – eine Restlaufzeit von bis zu einem Jahr.

Unter den Rechnungsabgrenzungsposten sind Einzahlungen und Disagien ausgewiesen, soweit diese Ertrag für Folgejahre darstellen.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

Entwicklung der Aktivposten

Aktivposten	Bilanzwerte 2016 €	Zugänge €
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	1.958.454,04	3.060.981,40
A.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	132.588.372,98	12.709.161,41
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	70.046.126,80	3.011.274,40
3. Sonstige Ausleihungen		
a) Namensschuldverschreibungen	249.962.502,46	34.196.723,10
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	66.603.279,06	3.000.000,00
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	416.120,51	66.500,00
d) Übrige Ausleihungen	1.862.108,19	167.932,44
4. Summe A.II.	521.478.510,00	53.151.591,35
Insgesamt	523.436.964,04	56.212.572,75

Abschreibungen

	€
Außerplanmäßige Abschreibungen aufgrund voraussichtlich dauerhafter Wertminderung	273.291,98

Stille Lasten

Aktivposten	Stille Last €	Zugeordneter Buchwert €
A.I. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen	4.523,69	216.826,79
A.II. Sonstige Kapitalanlagen		
1. Aktien, Anteile oder Aktien an Investmentvermögen und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	92.858,71	3.693.951,29
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	396.215,95	7.306.322,00
3. Sonstige Ausleihungen		
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	192.150,09	5.000.000,00

Bei den stillen Lasten handelte es sich jeweils um vorübergehende Wertminderungen; ein Ausfall war nicht ersichtlich.

Angabe zu Investmentfonds

	Buchwert €	Marktwert nach § 36 Investment- gesetz €	Differenz Marktwert zu Buchwert €	Ausschüttung des Geschäftsjahres €	Tägliche Rückga- be mög- lich	Unterlas- sene Abschrei- bungen
Immobilienfonds (Europa)	9.601.698,21	9.633.754,48	32.056,27	355.096,00	Nein	Nein
Mischfonds (Europa)	54.951.081,77	55.804.000,00	852.918,23	1.042.926,60	Ja	Nein

Abgänge €	Abschreibungen €	Zuschreibungen €	Bilanzwerte 2017 €	Agio/Disagio 2017 €	Zeitwerte 2017 €	Saldo 2017 €
278.102,95	0,00	0,00	4.741.332,49	0,00	4.873.844,97	132.512,48
4.025.099,82	273.291,98	1.449,09	141.000.591,68	0,00	165.264.628,16	24.264.036,48
3.402.600,00	0,00	84.245,00	69.739.046,20	0,00	77.942.197,13	8.203.150,93
6.500.000,00	0,00	0,00	277.659.225,56	501.364,31	288.481.758,37	10.822.532,81
24.282.023,27	0,00	0,00	45.321.255,79	0,00	48.878.775,51	3.557.519,72
145.450,00	0,00	0,00	337.170,51	0,00	337.170,51	0,00
0,00	0,00	0,00	2.030.040,63	-831,27	2.025.921,30	-4.119,33
38.355.173,09	273.291,98	85.694,09	536.087.330,37	500.533,04	582.930.450,98	46.843.120,61
38.633.276,04	273.291,98	85.694,09	540.828.662,86	500.533,04	587.804.295,95	46.975.633,09

Überschussbeteiligung

	Anschaffungs- kosten einschl. Agien/Disagien 2017 €	Zeitwert 2017 €	Saldo 2017 €
In die Überschussbeteiligung einzubeziehende Kapitalanlagen	540.328.129,82	587.804.295,95	47.476.166,13 €

B. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice

	Bilanzwerte 2017		Bilanzwerte 2016	
	Stück	€	Stück	€
Fondsanteile	56.878,67	3.378.281,47	60.847,11	3.522.789,82

Zusammensetzung	Tageswert 31.12.2017 €	Anteileinheiten	Wert je Anteileinheiten
LBBW-Fonds Portfolio Kontinuität	706.158,36	11.049,26	63,91
LBBW-Fonds Portfolio Rendite	1.630.732,98	27.495,08	59,31
LBBW-Fonds Portfolio Wachstum	1.041.390,13	18.334,33	56,80
Insgesamt	3.378.281,47	56.878,67	

E.II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

	2017 €	2016 €
Agio für Namensschuldverschreibungen	547.485,11	590.248,37

Passiva

A. Eigenkapital

	01.01.2017	Einstellungen aus dem Bilanzgewinn 2016	Einstellungen aus dem Jahresüberschuss 2017	31.12.2017
	€	€	€	€
A. I. Gezeichnetes Kapital	3.067.751,29	0,00	0,00	3.067.751,29
A. II. Kapitalrücklage	728.712,73	0,00	0,00	728.712,73
A. III. Gewinnrücklagen	12.105.791,40	750.000,00	750.000,00	13.605.791,40

Das gezeichnete Kapital ist eingeteilt in 600 auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien. Das gezeichnete Kapital wird zu 100 % von der WGV Holding AG, Ravensburg gehalten.

B. IV. Brutto-Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung

Entwicklung der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	€
Stand 01.01.2017	40.078.141,51
Entnahme für Überschussanteile	8.977.709,95
Zuführung aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	7.451.698,87
Stand 31.12.2017	38.552.130,43

Zusammensetzung der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung

	2017 €	2016 €
a) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschussanteile	6.678.439,77	7.413.646,61
b) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	637.987,90	548.720,11
c) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge für die Mindestbeteiligung an Bewertungsreserven	0,00	0,00
d) Bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Beträge zur Beteiligung an Bewertungsreserven	35.639,48	23.902,43
e) Schlussüberschussanteilfonds, ausschließlich für die Finanzierung von Schlussüberschussanteilen und Schlusszahlungen, ohne Buchstabe b	7.947.188,06	9.815.121,82
f) Ungebundener Teil, ohne Buchstaben a bis e	23.252.875,22	22.276.750,54
Insgesamt	38.552.130,43	40.078.141,51

Im Altbestand wird der Schlussüberschussanteilfonds nach dem genehmigten Geschäftsplan berechnet. Dabei ergibt sich für jede Versicherung mindestens der Teil des zu ihrem regulären Fälligkeitszeitpunkt vorgesehenen Schlussüberschussanteils, der dem Verhältnis der abgelaufenen Versicherungsdauer zu der gesamten Versicherungsdauer entspricht, abgezinst mit 2,0 %. Die Berechnung im Neubestand erfolgt analog mit einem Diskontierungszinssatz in Höhe von 2,0 %. In den Diskontierungszinssätzen sind Zuschläge für Stomo und Sterblichkeit enthalten.

C.III. Andere Rückstellungen, Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

	2017 €	2016 €
Zur Ausschüttung gesperrter Differenzbetrag aus der Abzinsung der Pensionsrückstellung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre.	93.352,00	79.585,00

D.III. Andere Rückstellungen, Sonstige

	2017 €	2016 €
Aufwendungen für den Jahresabschluss	34.900,00	34.700,00
Verwaltungskosten	43.100,00	37.000,00
Urlaubsverpflichtungen und übrige	0,00	20.000,00
Insgesamt	78.000,00	91.700,00

F. Andere Verbindlichkeiten

I.1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern

	2017 €	2016 €
Mit Restlaufzeit bis zu einem Jahr	617.083,10	430.997,03
Mit Restlaufzeit von einem Jahr bis fünf Jahre	1.857.161,16	1.949.542,57
Mit Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren	6.931.872,50	6.974.910,23
Insgesamt	9.406.116,76	9.355.449,83

III. Sonstige Verbindlichkeiten

	2017 €	2016 €
Gegenüber verbundenen Unternehmen	85.778,04	209.683,47
Aus Steuern	3.830,30	4.923,85

G. Rechnungsabgrenzungsposten

	2017 €	2016 €
Disagio auf Namensschuldverschreibungen	46.952,07	232.960,45
Sonstiges	16.825,12	22.014,50
Insgesamt	63.777,19	254.974,95

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Versicherungstechnische Rechnung

1.a) Gebuchte Bruttobeiträge

	2017 €	2016 €
Beiträge aus Einzelversicherungen mit Gewinnbeteiligung	43.212.574,31	44.903.278,19
Laufende Beiträge	41.176.037,38	41.361.835,58
Einmalbeiträge	2.036.536,93	3.541.442,61
Verträge bei denen das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	232.873,53	257.327,89

7.a) Veränderung der Brutto-Deckungsrückstellung

	2017 €	2016 €
Direktgutschrift von Überschussanteilen, die zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) verwendet wurden	134.700,71	272.427,58
Insgesamt	22.535.849,63	9.552.120,07

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	2017 €	2016 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	236.607,49	241.585,64
2. Löhne und Gehälter	0,00	210.656,18
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	0,00	4.309,56
4. Aufwendungen für Altersversorgung	13.413,93	0,00
Aufwendungen insgesamt	250.021,42	456.551,38

8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung für eigene Rechnung

	2017 €	2016 €
Erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	7.451.698,87	10.810.001,49

12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung

	2017 €	2016 €
Direktgutschrift von Überschussanteilen der Versicherungsnehmer	1.972.170,05	2.003.156,74
Sonstiges	440.284,41	581.080,00
Insgesamt	2.412.454,46	2.584.236,74

Rückversicherungssaldo

	2017 €	2016 €
Rückversicherungssaldo einschließlich der Veränderung des Anteils der Rückversicherer an der Brutto-Deckungsrückstellung	1.214.282,29	1.087.847,13

Gesamtbetrag der Direktgutschrift

	2017 €	2016 €
Insgesamt	2.106.870,76	2.275.584,32

Rechnungsmäßige Zinsen

	2017 €	2016 €
Gutschrift rechnungsmäßiger Zinsen insgesamt	25.095.678,93	22.530.323,49

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

2. Sonstige Aufwendungen

	2017 €	2016 €
Aufzinsung der Pensionsrückstellungen	57.783,00	17.611,00

Weitere Angaben

Personalbericht

Die WGV-Lebensversicherung AG beschäftigt keine eigenen Mitarbeiter. Mitarbeiter und Vermittler der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. sind teilweise auch für die WGV-Lebensversicherung AG tätig.

Organe

Die Mitglieder des Aufsichtsrats und des Vorstands sind im Abschnitt Organe namentlich aufgeführt.

	2017 €
Bezüge des Aufsichtsrats	46.928,90
Bezüge des Vorstands	0,00
Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder	33.633,12
Rückstellungen für Altersversorgung ehemaliger Vorstandsmitglieder	719.457,00

Firma, Sitz und Registergericht

WGV-Lebensversicherung AG
Sitz der Gesellschaft: Stuttgart
Registergericht: Amtsgericht Stuttgart HRB 14164

Angaben zur Konzernzugehörigkeit

Die WGV-Lebensversicherung AG ist Teil der wgv Gruppe, deren Obergesellschaft die Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G., Stuttgart ist. Der Abschluss der WGV-Lebensversicherung AG wird in den Konzernabschluss der Württembergische Gemeinde-Versicherung a.G. einbezogen.

Die WGV-Lebensversicherung AG hat von der Erleichterungsvorschrift zur Angabe des Gesamthonorars des Abschlussprüfers im Konzernabschluss gemäß § 285 Nr. 17 HGB Gebrauch gemacht.

Der Konzernabschluss wird im Bundesanzeiger offengelegt.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die WGV-Lebensversicherung AG ist gemäß §§ 221 ff. VAG Mitglied des Sicherungsfonds für die Lebensversicherer. Der Sicherungsfonds erhebt auf Grundlage der Sicherungsfonds-Finanzierungs-Verordnung (Leben) jährliche Beiträge. Diese betragen über die Summe aller dem Sicherungsfonds angeschlossenen Unternehmen maximal 0,2 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen, bis ein Sicherungsvermögen von 1 ‰ der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen aufgebaut ist. Darüber hinaus kann der Sicherungsfonds im Sanierungsfall Sonderbeiträge bis zur Höhe von höchstens weiteren 1 ‰ der gleichen Bemessungsgrundlage erheben.

Für die WGV-Lebensversicherung AG belaufen sich die zukünftigen Verpflichtungen aus den jährlichen Beiträgen auf 0 T€ die Verpflichtung für die Sonderbeiträge auf 550 T€.

Zusätzlich hat sich die WGV-Lebensversicherung AG verpflichtet, dem Sicherungsfonds oder alternativ der Protoktor Lebensversicherungs-AG finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, sofern die Mittel des Sicherungsfonds bei einem Sanierungsfall nicht ausreichen. Die Verpflichtung betrug 1,0 ‰ der Summe der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen unter Anrechnung der zu diesem Zeitpunkt bereits an den Sicherungsfonds geleisteten Beiträge. Unter Einschluss der oben genannten Einzahlungsverpflichtungen aus den Beitragszahlungen an den Sicherungsfonds betrug die Gesamtverpflichtung zum Bilanzstichtag 4.954 T€.

Aus Beteiligungen und Investmentanteilen bestanden Einzahlungsverpflichtungen in Höhe von 12.085 T€.

Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres sind Vorgänge von besonderer Bedeutung nicht eingetreten.

Vorschlag für die Gewinnverwendung

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn von 875.000,00 € wie folgt zu verwenden:

	€
1. Vortrag auf neue Rechnung	125.000,00
2. Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen	750.000,00
Bilanzgewinn	875.000,00

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

Die Sicherung der dauernden Erfüllbarkeit der Verträge mit garantierten Leistungen machen vorsichtige Annahmen bezüglich der versicherten Risiken und der Zinserwartung notwendig.

Die WGV-Lebensversicherung AG beteiligt ihre Versicherungsnehmer sofort an hieraus entstehenden Überschüssen und an den Bewertungsreserven.

Die im Folgenden dargestellten Überschussanteilsätze gelten für die derzeit für den Verkauf offenen Tarife. Die vollständige Anhangsangabe der Überschussanteilsätze inklusive der nicht mehr für den Verkauf offenen Tarife findet sich im Internet unter <http://www.wgv.de/ueberschussbeteiligung>.

Bewertungsreserven entstehen, wenn der Marktwert der Kapitalanlagen über dem Wert liegt, mit dem die Kapitalanlagen in der Bilanz ausgewiesen sind. Die Höhe der Bewertungsreserven wird monatlich neu ermittelt; im Jahr 2018 jeweils zum ersten Bankarbeitstag eines Monats. Die Bewertungsreserven, die nach gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Vorschriften für die Beteiligung der Verträge zu berücksichtigen sind, werden den Verträgen nach einem verursachungsorientierten Verfahren anteilig rechnerisch zugeordnet. Bewertungsreserven aus festverzinslichen Kapitalanlagen werden nur berücksichtigt, wenn ein Sicherungsbedarf überschritten wird, dessen Ermittlung auf gesetzlichen Vorgaben beruht. Der Sicherungsbedarf entspricht dem Betrag, der im jeweiligen Zinsumfeld erforderlich ist, um die zugesagten Leistungen und Garantien langfristig erfüllen zu können.

Bei Beendigung eines Vertrages, spätestens jedoch mit Ablauf der Aufschubzeit, wird der diesem Vertrag für diesen Zeitpunkt aktuell zugeordnete Anteil an den Bewertungsreserven gemäß der jeweils geltenden gesetzlichen Regelung zugeteilt und zur Erhöhung der Versicherungsleistungen verwendet oder ausgezahlt. Derzeit sieht § 153 Absatz 3 VVG eine Beteiligung in Höhe der Hälfte der zugeordneten Bewertungsreserven vor. Aufsichtsrechtliche Regelungen können dazu führen, dass die Beteiligung an den Bewertungsreserven ganz oder teilweise entfällt. Der einem einzelnen Vertrag zugeordnete Betrag der Bewertungsreserven wird mithilfe einer Maßzahl, die die Entwicklung des Deckungskapitals des Vertrages und eines eventuell vorhandenen Ansammlungsguthabens bis zum Zuteilungszeitpunkt berücksichtigt, ermittelt. Dabei ergibt sich der Anteil an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven aus dem Verhältnis der Maßzahl des einzelnen Vertrages zur Summe der Maßzahlen aller anspruchsberechtigten Verträge. Der Anteil jedes einzelnen anspruchsberechtigten Vertrages an den verteilungsfähigen Bewertungsreserven wird monatlich ermittelt. Jährlich zum Bilanzstichtag wird festgestellt, welcher Anteil verteilungsfähig ist. Dieser Anteil wird vom 01.06. des Folgejahres bis zum 31.05. des darauf folgenden Jahres verwendet.

Auch Rentenversicherungen in der Rentenbezugszeit werden an den Bewertungsreserven beteiligt. Die Betei-

ligung erfolgt – abweichend vom oben beschriebenen Verfahren – über angemessen erhöhte jährliche Überschussanteile.

Bewertungsreserven verändern sich regelmäßig durch die Entwicklung an den Kapitalmärkten. Zum Bilanztermin 31.12.2017 bestanden positive Bewertungsreserven.

Ein Teil der Schlussüberschussanteile (s. u.) kann bei kapitalbildenden Versicherungen und Rentenversicherungen als Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven nach § 153 VVG ausgestaltet werden, d. h. dieser Teil kann mit der Beteiligung an den Bewertungsreserven verrechnet werden.

Für die vor 1995 eingeführten Tarife richtet sich die Überschussbeteiligung nach dem genehmigten Gesamtgeschäftsplan für die Überschussbeteiligung.

Für die zum 01.01.1995 und später eingeführten Tarife ist die Überschussbeteiligung wie folgt geregelt:

1. Bei kapitalbildenden Versicherungen (ohne Sterbegeldversicherungen):

Es werden jährliche Überschussanteile gewährt.

Die **jährlichen Überschussanteile** werden jeweils am Ende des Versicherungsjahres zugeteilt. Sie setzen sich aus Zins-, Risiko- und Zusatzüberschussanteilen zusammen. Bezugsgrößen hierfür sind die jeweils maßgebliche Deckungsrückstellung der Versicherung, der maßgebliche Beitrag für das Todesfallrisiko, der Bruttojahresbeitrag und/oder die Versicherungssumme. Die maßgebliche Deckungsrückstellung ist das mit dem Rechnungszins um ein halbes Jahr abgezinste arithmetische Mittel des gezillmerten Deckungskapitals zu Beginn und am Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen, die vor dem 01.01.2008 eingeführt wurden, ist die maßgebliche Deckungsrückstellung das mit dem Rechnungszins um ein Jahr abgezinste gezillmerte Deckungskapital zum Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen besteht der jährliche Überschussanteil nur aus dem Zinsüberschussanteil.

Die jährlichen Überschussanteile werden zur Summen-erhöhung (Bonus) verwendet oder verzinslich gesammelt. Der Bonus selbst ist ebenfalls am Überschuss beteiligt.

Bei planmäßigem Ablauf der Versicherung können zusätzlich zu den jährlichen Überschussanteilen **Schlussüberschussanteile** für jedes vollendete Versicherungsjahr hinzukommen. Die Höhe der Schlussüberschussanteile wird in Abhängigkeit von der Ertragslage jährlich für die Leistungsfälle des folgenden Kalenderjahres deklariert, wobei die Schlussüberschussanteilsätze auch für abgelaufene Jahre jeweils neu festgesetzt werden können. Bezugsgröße für die Schlussüberschussanteile ist die Versicherungssumme der Hauptversicherung (ohne Bonus). Schlussüberschussanteile in verminderter Höhe können fällig werden, wenn die Versicherung durch den Eintritt des vorzeitigen Versicherungsfalles endet oder wenn die Versicherung durch Kündigung endet und bereits mindestens ein Drittel der Versicherungsdauer oder zehn Jahre bestanden hat.

2. Bei Sterbegeldversicherungen:

Es werden jährliche Überschussanteile gewährt.

Die **jährlichen Überschussanteile** werden jeweils am Ende des Versicherungsjahres zugeteilt. Sie setzen sich aus Zins-, Risiko- und Zusatzüberschussanteilen zusammen. Bezugsgrößen hierfür sind die jeweils maßgebliche Deckungsrückstellung der Versicherung, der maßgebliche Beitrag für das Todesfallrisiko, der Bruttojahresbeitrag und/oder die Versicherungssumme. Die maßgebliche Deckungsrückstellung ist das mit dem Rechnungszins um ein halbes Jahr abgezinste arithmetische Mittel des gezillmerten Deckungskapitals zu Beginn und am Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen, die vor dem 01.01.2008 eingeführt wurden, ist die maßgebliche Deckungsrückstellung das mit dem Rechnungszins um ein Jahr abgezinste gezillmerte Deckungskapital zum Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen besteht der jährliche Überschussanteil nur aus dem Zinsüberschussanteil.

Die jährlichen Überschussanteile werden verzinslich angesammelt. Bei Beendigung der Versicherung – gleich aus welchem Grund – wird das Ansammlungsguthaben ausbezahlt.

Bei Beendigung der Versicherung durch Tod der versicherten Person können zusätzlich zu den jährlichen Überschussanteilen **Schlussüberschussanteile** hinzukommen. Die Höhe der Schlussüberschussanteile wird in Abhängigkeit von der Ertragslage jährlich für die Leistungsfälle des folgenden Kalenderjahres deklariert, wobei die Schlussüberschussanteilsätze auch für abgelaufene Jahre jeweils neu festgesetzt werden können. Bezugsgröße für die Schlussüberschussanteile ist die Versicherungssumme der Hauptversicherung. Schlussüberschussanteile in verminderter Höhe können fällig werden, wenn die Versicherung durch Kündigung endet und bereits mindestens fünf Jahre bestanden hat.

3. Bei Rentenversicherungen:

In der Aufschubzeit werden jährliche Überschussanteile gewährt.

Die **jährlichen Überschussanteile** werden jeweils am Ende des Versicherungsjahres zugeteilt. Sie setzen sich aus Zins- und Zusatzüberschussanteilen zusammen. Bezugsgrößen hierfür sind die jeweils maßgebliche Deckungsrückstellung der Versicherung, der Bruttojahresbeitrag und/oder die versicherte Jahresrente. Die maßgebliche Deckungsrückstellung ist das mit dem Rechnungszins um ein halbes Jahr abgezinste arithmetische Mittel des gezillmerten Deckungskapitals zu Beginn und am Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen, die vor dem 01.01.2008 eingeführt wurden, ist die maßgebliche Deckungsrückstellung das mit dem Rechnungszins um ein Jahr abgezinste gezillmerte Deckungskapital zum Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Bei beitragsfreien Versicherungen besteht der jährliche Überschussanteil nur aus dem Zinsüberschussanteil.

Die jährlichen Überschussanteile werden zur Erhöhung der Versicherungsleistung (Bonus) verwendet oder verzinslich angesammelt. Der Bonus selbst ist ebenfalls am Überschuss beteiligt. Bei Rentenbeginn wird das

Ansammlungsguthaben zur Rentenerhöhung verwendet. Bei vorheriger Beendigung der Versicherung – gleich aus welchem Grund – wird das Ansammlungsguthaben ausgezahlt.

Bei planmäßigem Ablauf der Aufschubzeit können zusätzlich zu den jährlichen Überschussanteilen **Schlussüberschussanteile** für jedes vollendete Versicherungsjahr hinzukommen. Die Höhe der Schlussüberschussanteile wird in Abhängigkeit von der Ertragslage jährlich für die Leistungsfälle des folgenden Kalenderjahres deklariert, wobei die Schlussüberschussanteilsätze auch für abgelaufene Jahre jeweils neu festgesetzt werden können. Bezugsgröße für die Schlussüberschussanteile ist die garantierte Kapitalabfindung der Rentenversicherung bzw. die maßgebliche Deckungsrückstellung zum Ende der Aufschubzeit. Schlussüberschussanteile in verminderter Höhe können fällig werden, wenn die Versicherung durch Tod der versicherten Person endet oder wenn die Versicherung durch Kündigung endet und bereits mindestens ein Drittel der Aufschubzeit oder zehn Jahre bestanden hat. Bei Rentenbeginn werden eventuell fällige Schlussüberschussanteile zur Rentenerhöhung verwendet.

Im Rentenbezug werden jährliche Überschussanteile gewährt.

Die jährlichen Überschussanteile werden jeweils am Ende des Versicherungsjahres zugeteilt. Sie bestehen aus Zinsüberschussanteilen. Bezugsgröße hierfür ist die jeweils maßgebliche Deckungsrückstellung der Versicherung. Die maßgebliche Deckungsrückstellung das gezillmerte Deckungskapital zum Ende des abgelaufenen Versicherungsjahres. Die jährlichen Überschussanteile werden zur Rentenerhöhung (Bonusrente) verwendet. Die Bonusrente selbst ist in gleicher Weise am Überschuss beteiligt.

4. Bei Fondsgebundenen Lebensversicherungen:

Die Überschussbeteiligung besteht aus einem Risiko- und Zusatzüberschussanteil. Der Risikoüberschussanteil wird in Prozent des monatlichen Risikobeitrages für das Todesfallrisiko bemessen und vermindert den Risikobeitrag. Bezugsgröße für den Zusatzüberschussanteil sind der Bruttojahresbeitrag und das maßgebliche Fondsguthaben. Das maßgebliche Fondsguthaben ist das Fondsguthaben nach Entnahme von Risikobeitrag und Kosten. Die Zusatzüberschussanteile werden in Anteileneinheiten umgerechnet und erhöhen damit das Fondsguthaben.

5. Bei Fondsgebundenen Rentenversicherungen:

Vor Rentenbeginn besteht die Überschussbeteiligung aus einem Risiko- und einem Zusatzüberschussanteil. Der Risikoüberschussanteil wird in Prozent des monatlichen Risikobeitrages für das Todesfallrisiko bemessen und vermindert den Risikobeitrag. Bezugsgröße für den Zusatzüberschussanteil sind der Bruttojahresbeitrag und das maßgebliche Fondsguthaben. Das maßgebliche Fondsguthaben ist das Fondsguthaben nach Entnahme von Risikobeitrag und Kosten. Die Zusatzüberschussanteile werden in Anteileneinheiten umgerechnet und erhöhen damit das Fondsguthaben.

Im Rentenbezug gelten dieselben Grundsätze wie bei Rentenversicherungen.

6. Bei Risikoversicherungen:

Die Überschussbeteiligung besteht bei beitragspflichtigen Versicherungen aus einem **Sofortrabatt**. Bezugsgröße für den Sofortrabatt ist der jeweils fällige Beitrag.

Beitragsfreie Versicherungen erhalten einen **Todesfallbonus**, der in Prozent der Versicherungssumme bemessen und beim Tode der versicherten Person fällig wird.

7. Bei Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (BUZ):

Vor Eintritt der Berufsunfähigkeit besteht die Überschussbeteiligung aus einem **Sofortrabatt**. Bezugsgröße für den Sofortrabatt ist der jeweils fällige Beitrag.

Bei Ablauf der vereinbarten Versicherungsdauer für die Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherung kann zusätzlich ein **Schlussüberschussanteil**, bezogen auf die maßgebliche Beitragssumme, gewährt werden, sofern keine Leistungspflicht eingetreten war. Nach Eintritt des Versicherungsfalles werden **Zinsüberschussanteile** ge-

währt, die in Prozent der maßgeblichen Deckungsrückstellung bemessen werden. Die Zinsüberschussanteile werden jeweils zum Ende des Versicherungsjahres zugeteilt. Bei der Beitragsbefreiung werden sie verzinslich angesammelt oder zusammen mit den Überschüssen der Hauptversicherung verwendet. Bei der Barrente werden die Zinsüberschussanteile zur Erhöhung der Rente (Bonusrente) verwendet.

Die folgende **Zusammenstellung** enthält:

- die Höhe der Zins-, Risiko- und Zusatzüberschussanteile, die in 2018 zugeteilt werden;
- die Höhe der Schlussüberschussanteile für Leistungsfälle in 2018;
- die Höhe der übrigen Überschussanteile, die in dem in 2018 beginnenden Versicherungsjahr fällig werden.

Die Sätze des Vorjahres sind in Klammern angegeben.

Zum 04.10.2016 und später eingeführte Tarife (Rechnungszins 0,90 %)

Kapitalbildende Versicherungen (ohne Sterbegeldversicherungen) der Tarifgeneration 12

Risikoüberschussanteil	20,0 %	(20,0 %)	des maßgeblichen Beitrages für das Todesfallrisiko
Zusatzüberschussanteil	1,0 %	(1,0 %)	des Bruttojahresbeitrages
Zinsüberschussanteil	1,50 %	(1,70 %)	der maßgeblichen Deckungsrückstellung
Schlussüberschussanteil	4,8 ‰	(4,8 ‰)	der Versicherungssumme p.a.

Rentenversicherungen der Tarifgeneration 12

Zusatzüberschussanteil	1,0 %	(1,0 %)	des Bruttojahresbeitrages
Zinsüberschussanteil	1,50 %	(1,70 %)	der maßgeblichen Deckungsrückstellung
Schlussüberschussanteil	4,0 %	(4,0 %)	der maßgeblichen Deckungsrückstellung p.a.

Sterbegeldversicherungen der Tarifgeneration 12

Risikoüberschussanteil	13,0 %	(13,0 %)	des maßgeblichen Beitrages für das Todesfallrisiko, max. 3,75 ‰ der Versicherungssumme
Zusatzüberschussanteil	1,0 %	(1,0 %)	des Bruttojahresbeitrages
Zinsüberschussanteil	1,50 %	(1,70 %)	der maßgeblichen Deckungsrückstellung
Schlussüberschussanteil	2,3 ‰	(2,3 ‰)	der Versicherungssumme p.a. für maximal 25 Jahre

Risikoversicherungen der Tarifgeneration 12 für BASIS- und OPTIMAL-Tarife gelten derzeit dieselben Sätze

Nichtraucher			
Sofortrabatt			
bei einer Versicherungsdauer bis 9 Jahren	61,0 %	(61,0 %)	des fälligen Beitrages
zwischen 10 und 19 Jahren	63,0 %	(63,0 %)	des fälligen Beitrages
ab 20 Jahren	64,0 %	(64,0 %)	des fälligen Beitrages
Todesfallbonus			
bei einer Versicherungsdauer bis 9 Jahren	156,0 %	(156,0 %)	der beitragsfreien Versicherungssumme
zwischen 10 und 19 Jahren	170,0 %	(170,0 %)	der beitragsfreien Versicherungssumme
ab 20 Jahren	178,0 %	(178,0 %)	der beitragsfreien Versicherungssumme
Raucher			
Sofortrabatt			
bei einer Versicherungsdauer bis 9 Jahren	63,0 %	(63,0 %)	des fälligen Beitrages
ab 10 Jahren	64,0 %	(64,0 %)	des fälligen Beitrages
Todesfallbonus			
bei einer Versicherungsdauer bis 9 Jahren	170,0 %	(170,0 %)	der beitragsfreien Versicherungssumme
ab 10 Jahren	178,0 %	(178,0 %)	der beitragsfreien Versicherungssumme

Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen (BUZ) der Tarifgeneration 12

Berufsgruppen A++, A, B++, B, C und D

Sofortrabatt	44,0 %	(44,0 %)	des fälligen Beitrages
Schlussüberschussanteil	0,0 %	(0,0 %)	der gezahlten BUZ-Beiträge
Zinsüberschussanteil	1,50 %	(1,70 %)	der maßgeblichen Deckungsrückstellung

Direktgutschrift von Überschussanteilen

Die nachfolgend für das Jahr 2018 deklarierte Direktgutschrift von Überschussanteilen ist in den oben genannten Überschussanteilsätzen für das Jahr 2018 bereits enthalten.

Zinsdirektgutschrift

Es werden keine Zinsüberschüsse als Direktgutschrift gewährt.

Sonderdirektgutschriften

Für die zum 01.01.1995 und später eingeführten kapitalbildenden Versicherungen (inkl. Sterbegeldversicherungen) und Rentenversicherungen werden Risiko- und Zusatzüberschüsse in voller Höhe als Direktgutschrift gewährt. Bei fondsgebundenen Lebens- und Rentenversicherungen werden die auf den Bruttojahresbeitrag bezogenen Zusatzüberschussanteile und die Risikoüberschussanteile als Direktgutschrift gewährt.

Für die zum 01.01.1995 und später eingeführten Risikoversicherungen und Berufsunfähigkeits-Zusatzversicherungen wird der Sofortrabatt zu 30 % als Direktgutschrift gewährt. Der Todesfallbonus bei Risikoversicherungen wird in voller Höhe als Direktgutschrift gewährt.

Für die vor 1995 eingeführten Versicherungen werden der Grundüberschuss bei kapitalbildenden Versicherungen und der Todesfallbonus bei Risikoversicherungen in voller Höhe als Direktgutschrift gewährt.

Beteiligung an den Bewertungsreserven

Für Fälligkeiten in 2018 wird keine Mindestbeteiligung an den Bewertungsreserven deklariert.

Rentenversicherungen im Rentenbezug werden in 2018 durch einen zusätzlichen Zinsüberschussanteil in Höhe von 0,15 % der maßgeblichen Deckungsrückstellungen an den Bewertungsreserven beteiligt.

Stuttgart, 23. März 2018

WGV-Lebensversicherung AG

Der Vorstand

Dr. Brachmann

Dr. Kriegmeier

Dr. Welfens

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss der WGV-Lebensversicherung AG, Stuttgart – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der WGV-Lebensversicherung AG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotene Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Nachfolgend beschreiben wir die aus unserer Sicht besonders wichtigen Prüfungssachverhalte:

1. Bewertung von nicht notierten Finanzinstrumenten und Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Für den überwiegenden Teil der nicht notierten Finanzinstrumente, insbesondere Schuldverschreibungen und Darlehen sowie strukturierte Finanzinstrumente werden die beizulegenden Zeitwerte mittels marktüblicher anerkannter Bewertungsverfahren, insbesondere Discounted Cashflow Methoden ermittelt. Als Eingangsdaten werden hierbei prinzipiell am Markt beobachtbare Bewertungsparameter, vereinzelt aber auch instrumentenspezifische Modellparameter, wie z.B. laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge und Volatilitäten, verwendet. Bei der Festlegung dieser Bewertungsparameter bestehen ermessensbehaftete Spielräume. Ferner übt der Vorstand unter Verwendung festgelegter Aufgreifkriterien Ermessen bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei allen wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten aus.

Infolge des bei der Festlegung der wesentlichen Bewertungsparameter im Rahmen der Bewertung nicht börsennotierter Finanzinstrumente als auch bei der Beurteilung des Vorliegens einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung bei den wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten bestehenden Ermessens handelt es sich um einen besonders wichtigen Prüfungssachverhalt. Darüber hinaus machen die nicht börsennotierten Finanzinstrumente einen hohen Anteil am Kapitalanlagenbestand der Gesellschaft aus.

Prüferisches Vorgehen

Für nicht notierte Finanzinstrumente haben wir die verwendeten Bewertungsverfahren dahingehend beurteilt, ob diese bei sachgerechter Anwendung eine verlässliche Ermittlung des Zeitwerts gewährleisten. Ferner haben wir die verwendeten Bewertungsparameter (insbesondere laufzeitabhängige Zinsstrukturkurven, Risikoaufschläge sowie Volatilitäten und Wahrscheinlichkeitsschätzungen) untersucht.

Dabei haben wir ermessensabhängige am Markt beobachtbare Bewertungsparameter dahingehend untersucht, ob sich diese innerhalb einer am Markt beobachtbaren Bandbreite befinden bzw. ob instrumentenspezifisch verwendete Bewertungsparameter geeignet sind. In diesem Zusammenhang haben wir die am Markt beobachtbaren verwendeten Bewertungsparameter durch Abgleich mit öffentlich verfügbaren Bewertungsparametern in Stichproben abgeglichen bzw. instrumentenspezifische Bewertungsparameter auf deren Geeignetheit beurteilt und die errechneten Zeitwerte durch eigene Berechnungen unter Einsatz von speziell hierfür ausgebildeten Mitarbeitern validiert.

Die so ermittelten Zeitwerte nicht notierter Finanzinstrumente wurden gemeinsam mit den Zeitwerten für notierte Finanzinstrumente sodann bei der Prüfung im Hinblick auf eine mögliche Dauerhaftigkeit etwaiger Wertminderungen herangezogen. Die verwendeten Aufgreifkriterien zur Feststellung einer dauerhaften Wertminderung sowie deren stetige Anwendung waren ebenfalls Gegenstand unserer Prüfung. Hierbei haben wir insbesondere überprüft, ob für alle relevanten Finanzinstrumente eine dokumentierte Einschätzung im Hinblick auf eine vorliegende Wertminderung getroffen und die Ermessensentscheidungen bei der Bestimmung einer voraussichtlich dauerhaften Wertminderung sachgerecht und im Einklang mit den handelsrechtlichen Vorgaben ausgeübt wurden.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und die Bestimmung voraussichtlich dauerhafter Wertminderungen für die wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumente ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zur Bewertung nicht notierter Finanzinstrumente und zur Bestimmung von voraussichtlich dauerhaften Wertminderungen bei wie Anlagevermögen bewerteten Finanzinstrumenten sind im Abschnitt „Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

2. Bewertung der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

Gründe für die Bestimmung als besonders wichtiger Prüfungssachverhalt

Die Ermittlung der Deckungsrückstellung erfolgt überwiegend auf Basis der prospektiven Methode nach § 341f HGB sowie § 25 RechVersV unter Berücksichtigung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen und enthält diverse Annahmen zur Biometrie (unter anderem Sterblichkeit bzw. Langlebigkeit, Berufsunfähigkeit), zu den Kosten und zur Verzinsung der versicherungstechnischen Verpflichtungen. Die Rechnungsgrundlagen basieren zum einen auf den tariflichen Rechnungsgrundlagen der Beitragskalkulation und zum anderen auf aktuellen Rechnungsgrundlagen. Letztere können sich aus rechtlichen Vorschriften ergeben, wie z.B. der Referenzzinssatz gemäß der Verordnung über Rechnungsgrundlagen für die Deckungsrückstellung (DeckRV), oder aus Veröffentlichungen der Deutschen Aktuarvereinigung (DAV), wie z.B. eine aktuellere Sterbetafel für das Langlebkeitsrisiko. Außerdem fließen unternehmensindividuell abgeleitete Annahmen ein, wie Storno-

und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten oder biometrische Annahmen, die von den von der DAV veröffentlichten Tafeln abweichen.

Gemäß § 341e Abs. 1 HGB haben Versicherungsunternehmen versicherungstechnische Rückstellungen auch insoweit zu bilden, wie dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um die dauernde Erfüllbarkeit der Verpflichtungen aus den Versicherungsverträgen sicherzustellen. Dabei sind die im Interesse der Versicherten erlassenen aufsichtsrechtlichen Vorschriften über die bei der Berechnung der Rückstellungen zu verwendenden Rechnungsgrundlagen einschließlich des dafür anzusetzenden Rechnungszinsfußes und über die Zuweisung bestimmter Kapitalerträge zu den Rückstellungen zu berücksichtigen.

Insbesondere sind nach § 341f Absatz 2 HGB in Verbindung mit § 5 Absatz 3 und 4 DeckRV bei der Bildung der Deckungsrückstellung auch gegenüber den Versicherten eingegangene Zinssatzverpflichtungen zu berücksichtigen, sofern die derzeitigen oder zu erwartenden Erträge der Vermögenswerte des Unternehmens für die Deckung dieser Verpflichtungen nicht ausreichen. Dies führt zur Bildung einer Zinszusatzreserve als Teil der Deckungsrückstellung.

Bei der Ermittlung dieser Zinszusatzreserve werden die Wahlrechte des BaFin-Schreibens „Erläuterungen zur Berechnung der Zinszusatzreserve für den Neubestand und der Dotierung der Zinsverstärkung für den Altbestand“ vom 5. Oktober 2016 teilweise ausgeübt. Die Gesellschaft setzt in diesem Zusammenhang Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten an, bei deren Festlegung Ermessensspielräume bestehen. Hier wirken sich insbesondere Annahmen über das Verhalten der Versicherungsnehmer aus. Außerdem hat die Gesellschaft bei Kapitallebensversicherungen biometrische Rechnungsgrundlagen mit gegenüber der Kalkulation reduzierten Sicherheitszuschlägen verwendet, die auf beobachtbaren Entwicklungen im Bestand der Gesellschaft basieren und die ebenfalls Ermessensspielräume beinhalten.

Aufgrund der Höhe der Deckungsrückstellung als auch aufgrund der Ermessensspielräume und Schätzungen bei der Ermittlung der Storno- und Kapitalwahlwahrscheinlichkeiten sowie den biometrischen Rechnungsgrundlagen erachten wir diesen Sachverhalt als besonders wichtigen Prüfungssachverhalt.

Prüferisches Vorgehen

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir die Prozesse zur Ermittlung der Deckungsrückstellung (einschließlich der Zinszusatzreserve) aufgenommen und die implementierten Kontrollen in diesen Prozessen auf ihre Wirksamkeit beurteilt und getestet. Die getesteten Kontrollen decken unter anderem die Vollständigkeit und Richtigkeit des Bestandes ab.

Darüber hinaus haben wir analytische und Einzelfallprüfungshandlungen durchgeführt. Durch eine Hochrechnung der Deckungsrückstellung auf Basis der Gewinnerlegungen der vergangenen Jahre und der aktuellen Bestandsentwicklung haben wir eine Erwartungshaltung formuliert und diese mit den bilanzierten Werten verglichen. Des Weiteren haben wir für ausgewählte

Teilbestände bzw. Verträge die tarifliche Deckungsrückstellung und die Zinszusatzreserve nachgerechnet. Zusätzlich haben wir Kennzahlen- und Zeitreihenanalysen durchgeführt, um die Entwicklung der Deckungsrückstellung insgesamt sowie für Teilbestände oder Teilkomponenten im Zeitablauf zu plausibilisieren.

Ein Schwerpunkt unserer Prüfung lag in der Ableitung und Nachvollziehbarkeit der zugrundeliegenden Rechnungsgrundlagen.

Zur Prüfung der Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen für die Berechnung der Deckungsrückstellung, insbesondere im Hinblick auf die Wahlrechte des BaFin-Schreibens vom 5. Oktober 2016 für die Berechnung der Zinszusatzreserve, haben wir die Herleitung der Rechnungsgrundlagen auf Basis der historischen und aktuellen Bestandsentwicklung, der Gewinnerlegung sowie der zukünftigen Erwartung des Unternehmens an der Verhalten der Versicherungsnehmer einer kritischen Würdigung unterzogen. Bei unserer Beurteilung der Angemessenheit der angesetzten Rechnungsgrundlagen haben wir insbesondere auch die Empfehlungen und Veröffentlichungen der DAV und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) herangezogen.

Weiterhin haben wir den Erläuterungsbericht sowie den Angemessenheitsbericht des Verantwortlichen Aktuars als auch die Ergebnisse der jährlichen Prognoserechnung gemäß BaFin-Anforderung daraufhin kritisch durchgesehen, ob bei der Bewertung der Deckungsrückstellung alle Risiken im Hinblick auf die Angemessenheit der Rechnungsgrundlagen und die dauernde Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge berücksichtigt wurden.

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir eigene Spezialisten mit Kenntnissen der Versicherungsmathematik eingesetzt.

Aus unseren Prüfungshandlungen haben sich keine Einwendungen gegen die Bewertung der Deckungsrückstellungen einschließlich der Zinszusatzreserve ergeben.

Verweis auf zugehörige Angaben

Die Angaben zu den Grundsätzen der Bewertung der Deckungsrückstellung und der hierbei angesetzten Rechnungsgrundlagen sind im Abschnitt „Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs enthalten.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen

Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass

sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeits, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den

Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden vom Aufsichtsrat am 11. Juli 2017 als Abschlussprüfer bestimmt. Der Aufsichtsrat hat uns mit Schreiben vom 7. August 2017 beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Abschlussprüfer der WGV-Versicherung AG tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Dr. Freiling.

Stuttgart, den 26. März 2018

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart

Dr. Freiling
Wirtschaftsprüfer

Karsak
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat im Berichtszeitraum die Geschäftsführung des Vorstands intensiv überwacht und sich durch den Vorstand regelmäßig und eingehend über den Gang der Geschäfte und die Lage der Gesellschaft unterrichten lassen. In Entscheidungen von grundlegender Bedeutung hat sich der Aufsichtsrat angemessen einbinden lassen. Darüber hinaus standen der Vorsitzende des Aufsichtsrats und der Vorstand in laufendem Kontakt zu wesentlichen Fragestellungen.

Der Aufsichtsrat hat sich mit den Entwicklungen auf den Versicherungs- und Kapitalmärkten, den Folgen der anhaltenden Niedrigzinsphase sowie den Änderungen der regulatorischen Anforderungen und deren Auswirkungen auf die WGV-Lebensversicherung AG beschäftigt. Die Solvabilitätssituation unter Solvency II stand ebenfalls im Blickpunkt.

Geschäfte, die der Zustimmung des Aufsichtsrates bedürfen, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Die einzelnen Themen hat der Aufsichtsrat jeweils ausführlich im Plenum diskutiert und beurteilt.

Der Aufsichtsrat hat sich beim Vorstand regelmäßig und umfassend über alle relevanten Fragen der Geschäftsentwicklung informiert. Dies beinhaltete auch die zeitnahe Unterrichtung über die Risikolage und das Risikomanagement.

Zu seiner Unterstützung hat der Aufsichtsrat einen Ausschuss für Vorstandsangelegenheiten eingerichtet. Der Vorstandsausschuss befasst sich mit der Vorbereitung von Entscheidungen über die Bestellung und Abberufung von Vorstandsmitgliedern und über deren dienstvertragliche Angelegenheiten, soweit die Grundsätze für die Bezüge gemäß § 87 Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 2 AktG betroffen sind, sowie mit der Entscheidung über sonstige dienstvertragliche Angelegenheiten der Vorstandsmitglieder. Der Ausschuss hat sich im Berichtszeitraum insgesamt viermal getroffen.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht 2017 sind durch den gemäß § 341 k Abs. 2 HGB i. V. mit § 318 Abs. 1 Satz 1 HGB bestellten Abschlussprüfer, die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, als Pflichtprüfer geprüft, in Ordnung befunden und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen worden. Der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers vom 26. März 2018 hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Das Ergebnis der Prüfung ist in der Bilanzsitzung des Aufsichtsrats vom 13. April 2018 vom Abschluss-

prüfer erläutert und mit dem Aufsichtsrat ausführlich erörtert worden.

Den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns hat der Aufsichtsrat geprüft. Nach dem Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen nicht zu erheben. Er billigt den Jahresabschluss, der damit gemäß § 172 AktG festgestellt ist, und schließt sich dem Vorschlag des Vorstands für die Gewinnverwendung an.

In der Bilanzsitzung am 13. April 2018 hat der Verantwortliche Aktuar dem Aufsichtsrat über die wesentlichen Ergebnisse seines Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung berichtet. Aufgrund seiner Untersuchungsergebnisse hat der Verantwortliche Aktuar eine uneingeschränkte versicherungsmathematische Bestätigung gemäß § 141 Abs. 5 Nr. 2 Versicherungsaufsichtsgesetz (VAG) abgegeben. Gegen den Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars und seine Ausführungen in der Bilanzsitzung erhebt der Aufsichtsrat keine Einwendungen.

Der Aufsichtsrat hat den Bericht über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen und den Bericht des Abschlussprüfers geprüft. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung sind Einwendungen gegen den Bericht des Vorstands nach § 312 AktG und den Bericht des Abschlussprüfers hierzu, insbesondere aber zu den Erklärungen des Vorstands im Schluss des Berichts über die Beziehungen zu verbundenen Unternehmen, nicht zu erheben.

Stuttgart, den 13. April 2018

Der Aufsichtsrat

Helmut Jahn Vorsitzender	Roger Kehle Stellvertretender Vorsitzender	Prof. Stefan Gläser
Robert Wiedemann	Helmut Himmelsbach	Joachim Walter

